

**Mitgliederversammlung 2019**

**Samstag, 6. April 2019, 9.00 Uhr  
Philipp-Scheidemann-Haus**

***Berichte  
und  
Anträge***



SPD Unterbezirk Kassel-Stadt, Humboldtstr. 8 A, 34117 Kassel

## **Unterbezirksvorstand**

gewählt am 6. Mai 2017

<b>Vorsitzender</b>	Wolfgang Decker
<b>Stellvertreter/in</b>	Petra Ullrich Sascha Gröling
<b>Schatzmeisterin</b>	Judith Boczkowski
<b>Beisitzer für den Arbeitsbereich Mitgliederbetreuung/Mitglieder- gewinnung/Personalentwicklung</b>	Ron-Hendrik Peesel
<b>Beisitzer für den Arbeitsbereich Arbeitsgemeinschaften und Zielgruppen, Betriebs- und Projektgruppen</b>	Ramona Kopec
<b>Beisitzer für den Arbeitsbereich Ortsvereine und Ortsbeiräte, Organisation und Struktur</b>	Armin Ruda
<b>Beisitzer für den Arbeitsbereich Kommunikation und Öffentlichkeit</b>	Esther Kalveram
<b>Drei Beisitzerinnen ohne definierten Aufgabenbereich</b>	
<b>Beisitzer</b>	Patrick Hartmann
<b>Beisitzer</b>	Jens Retting-Frendeborg
<b>Beisitzer</b>	Dr. Rabani Alekuzei
<b>Ausländerbeauftragter</b>	Eric Quiring

## **Bericht des Unterbezirksvorstandes Kassel-Stadt zur Mitgliederversammlung am 6. April 2019**

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum Zeitpunkt meines letzten Berichts im Frühjahr 2018 wurde bereits der Wahlkampf für die Landtagswahl am 28. Oktober eingeläutet. In den folgenden sechs Monaten stand der Wahlkampf im Mittelpunkt unserer parteipolitischen Arbeit im Unterbezirk. Mit unserer Veranstaltungsreihe „Auf ein Wort mit...“ konnten wir zahlreiche interessierte Zuschauer und Zuhörer anziehen. So unter anderem bei unseren öffentlichen Veranstaltungen Sigmar Gabriel auf dem Spohrplatz und mit Bundesaußenminister Heiko Maas auf dem Rudolphsplatz im Vorderen Westen. Darüber hinaus gab es zahlreiche weitere Veranstaltungsformate, von den Mitmachtagen zum Wahlprogramm, eine Unzahl von Verteilaktionen und Infoständen bis hin zum Schlachteessen in Wolfsanger mit einem Besucherrekord. Auch mit unserer zentralen und dezentralen Plakatierung sowie der nahezu flächendeckenden Flyerverteilung haben wir hohe Präsenz gezeigt. Mit großem Engagement wurde die Kampagne von vielen Ortsvereinen und vor allem auch von unseren Jusos unterstützt. Den Abschluss bildete unsere Wahlparty im „Käpt´n“ in der Markthalle.

Allen Genossinnen und Genossen die dabei mitgewirkt haben, sowie unserer Geschäftsstelle sei an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt!

Leider konnten wir nicht alle unsere Wahlziele erreichen. Zwar konnten wir den Wahlkreis Kassel-Ost erneut direkt gewinnen. Leider blieb uns der Sieg im Wahlkreis West sowie eine Regierungsbeteiligung in Wiesbaden vor allem wegen des übermächtigen Bundestrends versagt. An dieser Stelle gilt Patrick Hartmann ein besonderer Dank für seinen überaus engagierten und kräftezehrenden Wahlkampf!

Auch wenn der Wahlkampf im vergangenen Jahr den aller größten Teil unserer Arbeitskraft in Anspruch genommen hat, haben wir uns dennoch mit einer Reihe weiterer politischer Themen befasst. Auch die Ausgestaltung und die Folgen des Berliner Koalitionsvertrages bis hin zu den „Berliner Chaostagen“ im vergangenen Sommer haben uns in Kassel beschäftigt. Ebenso die politischen Auseinandersetzungen um den § 219a, bei der die Kasseler SPD öffentlich Flagge gezeigt und sich aktiv eingemischt hat, allen voran die Genossinnen Esther Kalveram, Ilona Friedrich, Sabine Wurst, Ramona Kopec sowie die Jusos. Mit der Frage „Wer hat Recht?“ überschrieb die Kasseler SPD Kassel ihre Veranstaltung im August in der Treppe 4 zu diesem Thema, bei der sich auch unser Bundestagsabgeordneter Timon Gremmels der Diskussion gestellt hat.

Ebenso erfolgreich war die Nordstadtkonferenz unserer Partei im Herbst des vergangenen Jahres. In dieser Konferenz haben wir uns unter Beteiligung vieler Bürgerinnen und Bürger der künftigen Gestaltung des Stadtteils gewidmet. Einige der dort erzielten Ergebnisse konnten bereits auf SPD-Initiative in Beschlüsse des Ortsbeirates und Stadtverordnetenversammlung umgesetzt werden. Dieses Format ist beispielgebend auch für andere Stadtteile.

Zu Beginn dieses Jahres hat die Kasseler SPD bereits jetzt schon Kurs auf die Kommunalwahl 2021 genommen. Unter der Federführung einer Arbeitsgruppe um Patrick Hartmann, Armin Ruda, Esther Kalveram, Johannes Gerken, Clara Wohltmann, Sabine Wurst und mir wurde im Januar 2019 ein Kommunalparteitag unter breiter Beteiligung der Mitglieder durchgeführt. In diesem gelungenen Veranstaltungsformat wurde einerseits eine Bestandaufnahme durchgeführt, andererseits wurden vielfältige Ideen und Vorschläge für unsere künftige kommunalpolitische Ausrichtung entwickelt. Die Ergebnisse des Parteitages

sowie hierzu formulierte Anträge sollen nun prozesshaft weiterentwickelt werden und am Ende dieses Prozesses in unser Kommunalwahlprogramm 2021 einfließen.

Zu erwähnen ist des Weiteren, das der UBV unter Federführung von Ramona Kopec einen Prozess zur Neugründung einer ASF im Unterbezirk in Gang gesetzt hat.

Gleichzeitig wurde eine Arbeitsgruppe „Wahlanalyse“ ins Leben gerufen, die sich eingehend mit den Kasseler Wahlergebnissen der Bundestags- und Landtags befassen wird. Der Arbeitsgruppe gehören Malte Crome, Armin Ruda, Norbert Sprafke, Ramona Kopec, Eric Quiring und Lukas Glaser an. Ergebnisse hierzu sollen im kommenden September vorgelegt werden.

Bereits im Vorfeld der Wahlen hatte sich auf Beschluss des UBV eine AG „Steigerung der Wahlbeteiligung“ unter Federführung von Eric Quiring, Lukas Kiepe und Hermann Heußner gebildet, die zahlreichen Aktionen mit Schwerpunkt Nordstadt durchgeführt haben.

Ebenfalls zu Beginn des Jahres haben sich UBV und UBA erstmals der vom Landesvorstand beschlossenen Strukturreform der Hessen SPD befasset. In dieser Reform geht es vor allem auch um die künftige Gestaltung der beiden Bezirke sowie um die Stärkung der Unterbezirke. In dieser Reform ist aus Sicht unseres Unterbezirkes besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Nicht zuletzt wegen des Bundestags- und Landtagswahlkampfes wurde die Fortführung unseres Kasseler Reformprozesses einstweilen zurückgestellt. Der UBV hat jedoch festgelegt, den Prozess im Laufe dieses Jahres wiederaufzunehmen. Dies wird Aufgabe des neu gewählten Vorstandes sein.

Gleichzeitig hatte sich der UBV zum Ziel gesetzt, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unter der Leitung von Esther Kalveram, in enger Zusammenarbeit mit der Fraktion, zu verbessern und zu intensivieren. Besonderes Augenmerk galt dabei auch den sozialen Netzwerken. Auch hier konnte erreicht werden, dass die Kasseler SPD wesentlich präsenter wahrnehmbarer geworden ist.

Auch die Kasseler SPD wird der Einführung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren besondere Aufmerksamkeit widmen. Unter Federführung von Ilona Friedrich, Judith Boczkowski und Sabine Wurst wird derzeit ein Festakt vorbereitet, der am 25. Mai stattfinden soll.

Die nächsten Wochen stehen im Zeichen des Europawahlkampfes. Dabei gilt es, alle Parteigliederungen für den Wahlkampf zu mobilisieren. Ziel muss sein, dass unsere Kandidatin Martina Werner wieder ins Europaparlament einzieht und die SPD in der Region ein möglichst gutes Ergebnis erzielt.

Zum Schluss möchte ich Danke sagen!

Ich danke allen Akteurinnen und Akteuren für ihr Engagement. Ich danke den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften für ihre Arbeit und Unterstützung.

Mein besonderer Dank gilt meinen beiden Stellvertretern Petra Ullrich und Sascha Gröling für ihre Vertretung. Ebenso der bereits ausgeschiedenen Petra Friedrich. Unserer Schatzmeisterin Judith Boczkowski für den wachen Blick auf unsere Finanzen. Allen Beisitzerinnen und Beisitzern für ihre Tätigkeit in ihren vielfältigen Disziplinen.

Ebenfalls danken möchte ich unserem Oberbürgermeister Christian Geselle, unserem jetzigen Fraktionsvorsitzenden Patrick Hartmann sowie seinem Vorgänger Günther Schnell für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Dank sage ich auch meinen Abgeordnetenkollegen Uwe Frankenberger, Timon Gremmels und Martina Werner für erfolgreiches gemeinsames Wirken auf vielfältiger Ebene.

Mein herzlicher Dank gilt Sabine Wurst und Sarah Schumacher für ihre keinesfalls einfache, aber gute Arbeit in unserer Geschäftsstelle.

Mit ebenso freundlichen wie solidarischen Grüßen  
Euer

Wolfgang Decker



Kassel, 05.04.2019

## Arbeitsbericht als Mitgliederbeauftragter im UBV Kassel-Stadt

Liebe Genossinnen und Genossen,  
seit zwei Jahren vertrete ich eure Interessen im Unterbezirksvorstand der SPD Kassel-Stadt. Mein Aufgabenbereich umfasst die Neumitglieder- und Mitgliederbetreuung im Kasseler Stadtgebiet. Dieser Bericht gibt euch einen kurzen Überblick über die bisherigen Umsetzungen meiner Anregungen und die Vorhaben für das kommende Jahr.

### Erfolgreiche Einführung von Neumitgliedern –Paten/ Patinnen

In unserer Partei haben wir einen großen Schatz an Mitgliedern mit jahrzehntelanger SPD-Erfahrung. Diese Erfahrungen haben wir durch ein Paten-/ Patinnenverfahren an mehr als zehn Neumitglieder auf Parteitagen weitergegeben. Jedes Neumitglied, welches sich im Vorfeld oder am Parteitag gemeldet hat, erhielt eine erfahrene Genossin oder Genossen für Parteiveranstaltungen zur Seite. Die Aufnahme in unseren Kreis mit der Hilfestellung wurde von den Neumitgliedern sehr positiv aufgenommen und soll daher die Praxis für alle künftigen Parteiveranstaltungen werden.

### Auswertung der jährlichen Abgänge im Zeitraum 31.07.17 – 31.08.2018

Zum besseren Verständnis der Abgänge aus unserer Partei habe ich für euch die Daten für den Zeitraum 31.07.17 – 31.08.2018 ausgewertet. In der folgenden Tabelle findet ihr die Statistik zu den Abgängen.

	Anzahl	Prozent	Prozent ohne verstorben und Wegzug	Frauen	Prozent	Männer	Prozent
<b>Abgang Sonstige</b>	8	5,0%	7,8%	2	5,4%	6	4,9%
<b>Austritt finanzielle Gründe</b>	1	0,6%	1,0%	1	2,7%	0	0,0%
<b>Unbekannte Gründe</b>	55	34,6%	53,9%	11	29,7%	44	36,1%
<b>örtliche Querelen</b>	3	1,9%	2,9%	0	0,0%	3	2,5%
<b>Pension/Alter</b>	2	1,3%	2,0%	2	5,4%	0	0,0%
<b>persönliche Gründe</b>	9	5,7%	8,8%	3	8,1%	6	4,9%
<b>Bundespolitik</b>	22	13,8%	21,6%	4	10,8%	18	14,8%
<b>Kommunalpolitik</b>	2	1,3%	2,0%	0	0,0%	2	1,6%
<b>verstorben</b>	30	18,9%		8	21,6%	22	18,0%
<b>Wegzug</b>	27	17,0%		6	16,2%	21	17,2%
<b>Summe</b>	159			37		122	

### Abgänge nach Jahren ohne verstorben und Wegzug

	Anzahl	Prozente
< 1 Jahr	47	46,1%
< 2 Jahre	9	8,8%
2-5 Jahre	9	8,8%
5-10 Jahre	7	6,9%
>10 Jahre	30	29,4%

Bei den Gründen für einen Austritt der Partei fällt auf, dass der häufigste Grund „unbekannte Gründe“ hat. Hier sind die Ortsvereine noch stärker gefragt, die Gründe für den Austritt bei ihren Mitgliedern zu erfragen. An zweiter Stelle für einen Austritt stehen Unstimmigkeiten mit der Bundespolitik. Bei den Austritten nach Mitgliedschaftsjahren ist hervorzuheben, dass es uns besonders schwerfällt, Mitglieder innerhalb des ersten Jahres zu binden. In diesem Jahr spielt sicherlich die Abstimmung des Koalitionsvertrags eine besondere Rolle, da einige Mitglieder nach der Abstimmung wieder ausgetreten sind. Ebenfalls zu beachten ist, dass fast 30 % der Abgänge von Genossinnen und Genossen erfolgt, die mehr als zehn Jahre in der Partei sind.

### **3 erfolgreiche Neumitgliederseminare in 24 Monaten**

In den letzten 24 Monaten haben drei Neumitgliederseminare stattgefunden. Hierbei habe ich mit dem Landesverband oder dem Bezirk zusammengearbeitet, um unseren Neumitgliedern interessante und hilfreiche Seminare anbieten zu können. Auch in diesem Jahr wird wieder ein Neumitgliederseminar stattfinden. Über einen Termin werde ich die Ortsvereine und Neumitglieder bis zum Unterbezirksparteitag informieren.

### **Wiedereinführung des Neumitgliederfrühstücks**

Das Mitgliederfrühstück soll in diesem Sommer wieder stattfinden. Im Vordergrund wird der lockere Austausch in geselliger Runde stehen. Im vergangenen Jahr fand im Rahmen des Landtagswahlkampfes das Sommerfest auf dem Fahrgastschiff "Hessen" statt. Ein gesondertes Mitgliederfrühstück gab es nicht.

### **Vermittlung eines/ einer Erstgesprächspartners/ -partnerin aus dem Unterbezirk**

Falls es bei einem Ortsverein mal eng mit den Terminen oder der Anzahl an aktiven Mitgliedern wird, greife ich euch gerne unter die Arme und vermittele eine Genossin oder einen Genossen oder lade selbst das Neumitglied auf eine Tasse Kaffee ein. Bitte meldet euch bei mir, wenn ihr Unterstützung braucht.

### **Ziele für die nächsten 2 Jahre als Mitgliederbeauftragter**

Die Arbeit mit den Neumitgliedern muss weiter verstetigt werden und das Neumitgliederseminar, das Neumitgliederfrühstück und das Patenprogramm müssen zum festen Bestandteil der Jahresplanung des Unterbezirksvorstands werden. Ein Schwerpunkt der kommenden zwei Jahre ist die Gewinnung von Menschen des öffentlichen Lebens in den Stadtteilen für die Wahlen der Ortsbeiräte im Jahr 2021. Im Rahmen des Parteireformprozesses gilt es weiterhin, die Parteiveranstaltungen offen und zugänglich für jede/n zu machen und langatmige Monologe bereits durch das Format zu begrenzen. Unsere Neumitglieder sind häufig sehr engagiert in den Wahlkämpfen und finden somit eine gute Bindung zur Partei. Dieses Potenzial wird von den Ortsvereinen häufig bereits genutzt. Mein Ziel ist es, den Einbezug der Neumitglieder durch die zentralen Wahlkampfleitungen zu verstärken.

Falls du noch weitere Fragen oder Anregungen zu meiner Arbeit im Vorstand hast, freue ich mich auf ein persönliches Gespräch, eine E-Mail oder einen Anruf von dir.

Mit solidarischen Grüßen

Ron-Hendrik Peesel

## Rechenschaftsbericht von Ramona Kopec

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Arbeitsgemeinschaften der SPD Kassel-Stadt haben sich im letzten Jahr gut entwickelt. Während die AsJ im letzten Jahr wieder nach einem Zeitraum von etwa 2 Jahren einen neuen Vorstand gestellt hat und somit wieder im Unterbezirk aktiv ist, haben sich die Jusos und die AfA zu mitgliederstarken Arbeitsgemeinschaften entwickelt, die viele junge Menschen für Politik begeistern können. Auch die AG60+ ist nach wie vor eine starke Truppe! Ein Projekt, das ich dieses Jahr bereits gestartet habe ist die neue Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Frauen. Ziel ist, mehr Frauen für die Sozialdemokratie in Kassel zu gewinnen, sie zu vernetzen und die Politik vor Ort weiblicher zu gestalten. Seit 100 Jahren haben wir Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Wir dürfen wählen und gewählt werden. Dennoch ist Politik auch heute noch Männersache. Frauen gehen zwar genauso häufig wählen wie Männer, allerdings können sie mehrheitlich männlichen Kandidaten ihre Stimme geben. Auch in der SPD Kassel sind Frauen unterrepräsentiert. Bei einer Gesamtzahl von 1464 Mitglieder\*innen sind lediglich 481 Frauen, was einem Anteil von etwa 32,8% entspricht. Da können wir mehr!

Mit einer aktiven AsF hoffe ich mehr Frauen für unsere Politik zu begeistern. Einen ersten Grundpfeiler haben wir bereits im Vorstand gesetzt. Jetzt möchte ich unser Konzept für starke Frauen auch umsetzen! Deswegen stelle ich mich erneut zur Wahl und hoffe, eure Stimme zu erhalten um die nächsten zwei Jahre für eine starke AsF zu sorgen.

Mit solidarischen Grüßen

Ramona

Beisitzerin für den Arbeitsbereich Arbeitsgemeinschaften und Zielgruppen, Betriebs- und Projektgruppen



## Tätigkeitsbericht Beisitzerin Aufgabenbereich Kommunikation und Öffentlichkeit

Der Bereich Kommunikation und Öffentlichkeit wurde durch die Parteireform 2014 in Anerkennung der Tatsache, dass Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Parteiarbeit stetig an Bedeutung gewinnen, neu geschaffen. Ich habe dies als Querschnittsaufgabe verstanden und mich in der Funktion der Beisitzerin für diesen Aufgabenbereich an fast allen Aktivitäten des Vorstandes und an allen Veranstaltungsplanungen und –nachbereitungen beteiligt.

Der Vorstand hat sich in den letzten zwei Jahren das Ziel gesetzt im Internet wieder präsenter und wahrnehmbarer zu werden. Dies haben wir zum einen mit einer neu gestalteten Homepage erreicht, zum anderen mit einem deutlich intensivierten Facebook-Auftritt.

So lagen in der Woche vor der Landtagswahl die Zugriffszahlen auf die Facebookseite „SPD Kassel“ weit über den Zugriffszahlen aller anderen Parteien in Kassel. An dieser Stelle: Einen ganz herzlichen Dank an Daniel Bettermann für die kreative und gute Zusammenarbeit im Wahlkampf und darüber hinaus.

Seitdem sind die Zugriffszahlen zwar erwartbar zurückgegangen, aber nach wie vor liegen wir im Bereich „Zugriffe auf die Seite“ und „Interaktionen mit der Seite“ um einiges vor den entsprechenden Seiten von CDU oder Grünen. Erreicht wird dies durch einen Mix von Posts mit Kasseler SPD Themen, Sharepics zu allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen, Fotos von Veranstaltungen, aber auch dem Teilen von Fotos der Hessen und Bundes SPD. Zurzeit steht der Europawahlkampf im Fokus. Nach wie vor gilt: Facebook sollte man nicht überschätzen, aber man darf soziale Medien eben auch nicht unterschätzen. Sie liefern uns die Möglichkeit direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern aufzunehmen. Menschen zu erreichen, die nicht mehr zu unseren Veranstaltungen oder an unsere Infostände kommen.

In den sozialen Netzwerken ist es oft wesentlich schnell zu reagieren. Dafür ist eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Parteivorsitz und Fraktionsvorsitz von grundlegender Bedeutung. Abstimmungen zu einem Themenposts müssen oft schnell und unkompliziert vorgenommen werden. Das war in den letzten zwei Jahren problemlos möglich. Danke für das mir in dieser Hinsicht entgegen gebrachte Vertrauen. Zurzeit liegt unser Schwerpunkt in den sozialen Netzwerken ausschließlich bei Facebook, aber da gerade die jüngere Generation mehr und mehr auf Instagram aktiv ist, wäre ein Account der SPD Kassel bei Instagram künftig wünschenswert. Die Jusos Kassel Stadt sind dabei ein positives Beispiel wie man Instagram und Facebook miteinander verknüpfen kann. Ebenso scheint es ratsam den alten Twitteraccount der SPD Kassel zu reanimieren. Diese Vernetzung bietet viele weitere Möglichkeiten, gerade auch für den anstehenden Kommunalwahlkampf.

Des Weiteren habe ich Presseanfragen an den Unterbezirk bearbeitet und beantwortet. Das betrifft neben der HNA auch den HR, der oft kurzfristig nach O- Tönen, vor allem zu Bundesthemen fragt.

Die Kommunikation miteinander ist neben der Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiger Bestandteil der Parteiarbeit. Nicht nur, aber auch der Kommunalparteitag hat gezeigt, dass sie in einigen Bereichen verbesserungswürdig ist. Daran müssen wir weiterhin arbeiten und gerade hier sollten neue Formen erprobt werden. Mein Wunsch für die Zukunft: Öfter vorab miteinander kommunizieren, statt hinterher gegeneinander.

Für einen reibungslosen Ablauf meiner Arbeit sorgte vor allem die immer gute Zusammenarbeit mit unserer Geschäftsstelle. Also abschließend vor allem ein ganz dickes Dankeschön an Sabine und Sarah.

Esther Kalveram

## **Bericht zum ordentlichen Parteitag am 06.04.2019**

Patrick Hartmann

Beisitzer

Als Beisitzer im Unterbezirksvorstand ohne festen Arbeitsbereich habe ich mich im letzten Jahr vornehmlich in die Organisation und Vorbereitung von Veranstaltungen eingebracht. Daneben besuchte ich regelmäßig die Unterbezirksvorstands- und Ausschusssitzungen.

Mit der Vorbereitung und der Durchführung der Nordstadtkonferenz starteten wir nach dem Parteitag in das „neue Vorstandsjahr“. Die Konferenz konnte als Erfolg gewertet werden, da das offene Format angenommen wurde und Handlungsaufträge an die SPD Ortsbeirats- und Stadtverordnetenfraktion formuliert wurden.

Die Beiträge der SPD zum Zissel und der Wehlheider Kirmes wurden von mir geplant und durchgeführt. Ebenso das Sommerfest unter dem Motto „Schnuddeln auf der Fulle“ mit unserer Generalsekretärin, Nancy Faeser, das auch eine Vielzahl an Multiplikatoren auf unseren Fluss lockte. Den roten Rummel durfte ich ebenfalls planen und mit dem Büro durchführen. Sicherlich kann man festhalten, dass dies auch in meiner Funktion als Kandidat geschah, allerdings mussten keine zusätzlichen Kräfte des UBVs hierfür gebunden werden.

Nach dem Wahlkampf wurde vom UBV die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Kommunalpolitischen Parteitags initiiert. Dieser Gruppe gehörte ich ebenfalls an und bereitete den Parteitag zum einen vor und auch nach, da der UBV die gute Stimmung aufnehmen und fortführen möchte. Deshalb entschied sich die Arbeitsgruppe, dem UBV einen Vorschlag zu machen, in dem wir einen Leitantrag erstellten, der den Prozess bis zur Kommunalwahl beschreibt.

Abschließend möchte ich mich für die gute Zusammenarbeit beim Unterbezirksvorstand und der Geschäftsstelle bedanken. Ich habe mich dazu entschlossen, nach 8 Jahren nicht mehr für den UBV zu kandidieren, da ich als Fraktionsvorsitzender zeitlich stark eingebunden bin und eine Doppelfunktion für nicht zielführend halte, da ich dem UBV zukünftig mit beratender Stimme angehören werde.

Uns allen wünsche ich einen harmonischen Parteitag mit der dazugehörigen Entschlossen- und Geschlossenheit, damit wir gut in die Phase des beginnenden Kommunalwahlkampfes für das Jahr 2021 starten können.

## **Bericht der Arbeitsgemeinschaft 60 plus**

Die Monatstreffen der Arbeitsgemeinschaft 60 plus finden regelmäßig am ersten Dienstagnachmittag im Monat im W. Pfannkuch Haus statt.

Im Mittelpunkt des letzten Jahres stand natürlich der Landtagswahlkampf. Im Vorfeld hatten wir die Kandidaten eingeladen. Im Wahlkampf waren wir präsent mit einem eigenen Wahlkampfstand, außerdem unterstützte die Arbeitsgemeinschaft die Mobilität im Park Wilhelmshöhe – Aktion von Patrick Hartmann. Den Wahlausgang haben wir in zwei Sitzungen analysiert.

Ein weiterer Schwerpunkt waren Seniorenthemen, Sicherheit für Senioren: Digitale Sicherheit, Sicherheit zu Hause, Sicherheit vor Betrug.

Wir haben uns außerdem für den präventiven Hausbesuch und für die Weiterführung des gedruckten Fahrplanbuches der KVG eingesetzt.

Kritisch bewertete die Arbeitsgemeinschaft die Absicht der Bundesregierung für die Finanzierung der Mütterrente keine Steuermittel zur Verfügung zu stellen. Dabei sehen wir die von der Koalition beabsichtigte „Schließung der Gerechtigkeitslücke“ in der Mütterrente grundsätzlich positiv, nicht aber das Ziel, die Mütter, die weniger als 3 Kinder vor 1992 geboren haben, dabei auszugrenzen und die Finanzierung den Arbeitnehmern aufzulasten.

Für den ordentlichen Parteitag 2018 haben wir einen grundsätzlichen Antrag zum Ehrenamt in Kassel eingebracht, der vom Parteitag beschlossen wurde und jetzt im Rathaus beraten wird.

Für den Parteitag 2019 hat die Arbeitsgemeinschaft einen Antrag zur Reform der Agenda 2010 / Hartz-Regelungen beigebracht. Wenn auch die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe positiv zu bewerten ist, so wird der Grundgedanke der Agenda 2010, der Übergang von einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zu einer „aktivierenden Arbeitsmarktpolitik“, die den einzelnen Arbeitslosen für seine Arbeitslosigkeit verantwortlich macht und nicht mehr das Marktgeschehen – seltsam, wo sonst immer alles dem Markt überlassen wird - , die Schaffung eines riesigen Bereichs von Niedriglöhnern, Leiharbeitern und befristet Beschäftigten, die zur Lohndrückerei auch für die Regelarbeitnehmer führt, die Drangsalierung der Hartz IV Empfänger ( Regelung des Schonvermögens, Sanktionierungen, Zumutbarkeitsregelungen ) von der AG 60 plus kritisch bewertet. Auch die angeblichen Wirkungen der Agenda 2010, die darin bestehen sollen, dass Deutschland weltwirtschaftlich gut positioniert ist, wird inzwischen von vielen kritisch bewertet. Auch ist es ein mathematisch einfach nachvollziehbares Problem: bei 5 Mio. Arbeitslosen und 1 Mio. freier Stellen kann es nicht am Arbeitslosen liegen, dass er arbeitslos ist?

## Ortsvereins- und Arbeitsgemeinschaftsvorsitzende

Stand: März 2019

### Vorsitzende der Ortsvereine

Ortsverein	Vorsitzende/r
Altkassel-Bettenhause	Enrico Schäfer
Brasselsberg	Dr. Cornelia Janusch
Fasanenhof	Manfred Merz
Forstfeld	Esther Kalveram
Harleshausen	Reinhard Wintersperger
Holland	Ron-Hendrik Peesel Natalia Franz
Jungfernkopf	Dr. Günther Schnell
Kirchditmold	Judith Bozkowski Thomas Platzek
Niederzwehren	Petra Ullrich
Nordshausen	Christian Knauf
Oberzwehren	Philipp Humburg
Philippinenhof/W.	Stefan Markl
Rothenditmold	Daniel Aleksic
Südstadt	Heinz Körner
Süsterfeld/H.	Jens Retting-Frendeborg
Vorderer Westen	Mario Lang
Waldau	Dirk Seeger
Wehlheiden	Andreas Dietz
Wesertor	Dietmar Bürger
Wilhelmshöhe	Armin Ruda
Wolfsanger/H.	Wolfgang Decker

### Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaften

Arbeitsgemeinschaft	Vorsitzende/r
AG 60plus	Norbert Sprafke
AfA	Marvin Schulze
AsJ	Wolfgang Schwerdtfeger
Jusos	Johanna Kindler



# Timon Gremmels

## Mitglied des Deutschen Bundestages

Timon Gremmels MdB, Humboldtstraße 8A, 34117 Kassel

Kassel, im März 2019

### **Bericht zum Unterbezirksparteitag der SPD Kassel-Stadt**

Liebe Genossinnen und Genossen,

das erste Jahr der Regierungsverantwortung liegt nun hinter uns – ein wahrlich ereignisreiches Jahr. Nach einem für uns alle kraftzehrenden Diskussionsprozess über eine Neuauflage der Großen Koalition sind wir in Berlin zügig an die Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele gegangen. Wir Sozialdemokraten wollen das Leben der Menschen in unserem Land verbessern. Deshalb haben wir uns dafür nach intensiver Diskussion entschieden, Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Nach außen hin gab es den Anschein, die Regierung würde vor allem durch den Dauerstreit der Union gelähmt. Aber abseits dieser unsäglichen Diskussionen wurden wichtige Reformen umgesetzt: Endlich zahlen Arbeitnehmer und Arbeitgeber wieder zu gleichen Teilen den Krankenversicherungsbeitrag. Das schafft Gerechtigkeit.

Mit der Einführung des sozialen Arbeitsmarktes schaffen wir neue Perspektiven, um der Langzeitarbeitslosigkeit zu entkommen. Arbeitnehmer\*Innen sollen dabei ein Recht auf Qualifizierung haben und die Arbeitslosenversicherung soll zur Arbeitsversicherung weiterentwickelt werden.

Ein weiterer wichtiger Baustein im Bereich der Arbeitsmarktpolitik ist die Einführung des Rückkehrrechts von Teilzeit in Vollzeit. Vor allem Mütter sind oftmals nach der Elternzeit in der Teilzeitfalle gefangen. Das wollen wir ändern.

Durch eine Erhöhung des Kindergeldes und Steuererleichterungen sorgen wir für eine spürbare Entlastung von Familien.

Wir stoppen ein weiteres Absinken des Rentenniveaus und schreiben das Rentenniveau bei 48% fest. Und die Rentensteigerungen orientieren sich künftig wieder an der Lohnentwicklung.

Was mich persönlich sehr freut, ist dass der Bund künftig die Länder und Kommunen bei wichtigen Aufgaben direkt unterstützen kann. Mit der im Vermittlungsausschuss erzielten Einigung zwischen Vertretern des Bundestags und Bundesrats in Bezug auf die im Herbst 2018 beschlossenen Änderungen des Grundgesetz wollen wir den Bund befähigen, besondere Aufgaben stärker zu fördern. Als erstes Projekt soll der Digitalpakt Schule umgesetzt werden. Der Bund wird zukünftig die Möglichkeit haben, den Ländern zusätzliche finanzielle Mittel bereitzustellen, um die digitale Schulinfrastruktur zu verbessern. Dem Land Hessen stehen somit ca. 75 Mio. Euro jährlich zusätzlich zur Verfügung. Davon profitieren auch die Schülerinnen und Schüler in den Schulen in Stadt und Landkreis Kassel, um sie endlich fit für die digitale Zukunft zu machen.

Die Einigung zwischen Bund und Ländern sieht vor, dass der Bund sich an besonderen Aufgaben im Bildungsbereich, sozialen Wohnungsbau und zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs direkt

finanziell beteiligen kann. Die Länder erhalten das Geld des Bundes künftig zusätzlich, es muss zweckgebunden eingesetzt werden. Nach der Einigung im Vermittlungsausschuss und der Abstimmung mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Deutschen Bundestag, muss der Bundesrat in seiner Sitzung am 15. März 2019 der Einigung zustimmen.

Aber auch in der Gesundheitspolitik haben wir ein Sofortprogramm aufgelegt, um den Mangel an Pflegekräften zu begegnen. Mit dem Sofortprogramm sollen 13.000 zusätzliche Stellen in stationären Pflegeeinrichtungen geschaffen werden. Damit die Arbeitsbedingungen in der Pflege spürbar verbessert werden.

Mit der Einführung der „Eine-für-Alle-Klage“ wurden die Rechte der Verbraucher\*Innen gegenüber Konzernen deutlich gestärkt. Mit der Musterfeststellungsklage erhalten wir als Verbraucherinnen und Verbraucher endlich mehr Möglichkeiten, um im Falle von möglichen Schäden gegen Konzerne mit ihren Rechtsabteilungen effektiv klagen zu können. Bestes Beispiel ist die Diesellaffäre, die unzählige Autokäufer betrifft und die ihre Forderungen gegenüber den Autokonzernen durchgesetzt wissen möchten.

Eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit betrifft das Wohnen. Bezahlbare Wohnungen werden vor allem in Ballungszentren zunehmend Mangelware. Vor allem in den Städten benötigen wir mehr preiswerten Wohnraum. Und wir benötigen einen Schutz von Mietern, die aufgrund von Sanierungen Mieterhöhungen erhalten, die dazu führen, dass Mieter ihre Wohnung nicht mehr bezahlen können. Das schafft Unzufriedenheit und führt zur weiteren Spaltung der Gesellschaft. Wir führen eine Begrenzung der Modernisierungsumlage ein, so dass Mieten nur noch maximal zwischen 2,- und 3,- Euro pro Quadratmeter innerhalb von 6 Jahren erhöht werden dürfen. Damit bleiben sinnvolle Modernisierungen weiterhin möglich, aber unnötige Luxussanierungen, die dem Zweck des „Herausmodernisierens“ dienen sollen, werden erschwert und zudem mit einem Bußgeld belegt, wenn Bauherren hier missbräuchlich tätig sind. Und wir sorgen dafür, dass Kommunen bundeseigene Immobilien verbilligt erwerben und als Wohnraum entwickelt werden können.

Mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ haben wir ein weiteres Gesetz beschlossen, dass der Betreuung und Qualitätsverbesserung in den Kitas dienen soll. Der Bund stellt den Ländern hierfür 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Familien mit geringem Einkommen, die etwa Wohngeld oder andere Sozialleistungen erhalten, sollen so von der Beitragszahlung befreit und deutlich entlastet werden. Damit ebnen wir allen Kindern den Weg zu guter frühkindlicher Bildung.

Gemeinsam mit vielen Kollegen und Kolleginnen habe ich mich für eine Abschaffung des umstrittenen Paragraphen 219a eingesetzt. Mit den Kasseler Frauenärztinnen Nora Szász und Natascha Nicklaus haben wir uns solidarisiert und für das Recht auf Selbstbestimmung der Frau eingesetzt. Dem steht der §219a eindeutig entgegen. Dieser Paragraph ist Ausdruck eines Misstrauens gegenüber Frauen und der selbstbestimmten Entscheidung über ihren Körper. Auch in der gesellschaftlichen Debatte, die wir in letzter Zeit erleben durften, wird immer wieder ein Frauenbild der Bevormundung deutlich – ein Frauenbild, das wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ablehnen. Nach langen und schwierigen Verhandlungen gelang im Februar ein Kompromiss mit der Union, der Frauenärzten künftig erlaubt, etwa auf ihren Internetseiten rechtssicher über die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen zu informieren und auf Informationen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zu verlinken. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, den wir mittragen, aber das Ziel einer kompletten Streichung des Paragraphen bleibt.

Der Bund fördert eine Reihe kommunaler Vorhaben. Zu Beginn des Jahres durfte ich einen Förderbescheid des Bundesverkehrsministeriums in Höhe von 4.142.348 € an unseren Verkehrsdezernenten Dirk Stochla überreichen. Der Bund fördert die Stadt beim Aufbau einer digitalen Infrastruktur für einer umweltsensitiven Verkehrssteuerung . Durch Optimierungen in der

Ampelschaltung kann so ein Beitrag für mehr Umweltschutz geleistet werden, um die Luftschadstoffbelastung zu reduzieren.p

Die Förderung stammt aus Digitalisierungsmitteln, die für ein Projekt im Rahmen des Sofortprogramms Saubere Luft der Bundesregierung bewilligt wurden. Dieses wird in Kooperation zwischen dem Straßenverkehrs- und Tiefbauamt sowie dem Umwelt- und Gartenamt der Stadt Kassel durchgeführt.

Bei allen Erfolgen, die wir als Sozialdemokraten errungen haben, bleibt weiterhin viel zu tun. Zum einen müssen wir unsere Erfolge besser verkaufen. Interne Störfeuer helfen uns nicht weiter. Und wir müssen unser sozialdemokratisches Profil weiter schärfen.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat im Februar ein vielbeachtetes Konzept der Grundrente vorgestellt. Damit wollen wir erreichen, dass Menschen, die 35 Jahre lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, eine Rente oberhalb der Grundsicherung erhalten - ohne Wenn und Aber. Das ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Die Weiterentwicklung des Sozialstaats steht für uns im Fokus der Regierungsarbeit. Wir wollen das Leben der Menschen Stück für Stück verbessern. Dazu soll auch eine Abkehr vom bisherigen System „Hartz IV“ gehören. Wir wollen die Grundsicherung zu einem „Bürgergeld“ weiterentwickeln und den Fall vom Arbeitslosengeld I in die Grundsicherung abdämpfen und die Bezugsdauer des ALG erhöhen.

Am 26. Mai 2019 ist die Europawahl. Bei dieser Wahl steht viel auf dem Spiel. Lasst uns alle gemeinsam anpacken, um ein Zeichen für ein freies und friedliches Europa zu setzen. Wir stehen für ein soziales und gerechtes Europa. Wir wollen ein Europa, das für die Menschen da ist. Wir wollen ein Europa, das in die Zukunft investiert und in die soziale Sicherheit. Konkret setzen wir uns für ein Europa ein, das allen Schutz bietet – durch die Einhaltung fairer Löhne und Arbeitsbedingungen. Lasst uns unsere nordhessische Europaabgeordnete Martina Werner nach Kräften unterstützen, denn Europa ist unsere Antwort auf Frieden, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit.

Wenn Ihr regelmäßig über meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis informiert werden möchtet, meldet Euch bitte für meinen Newsletter an. Sendet dazu einfach eine E-Mail an mein Wahlkreisbüro unter [timon.gremmels.wk@bundestag.de](mailto:timon.gremmels.wk@bundestag.de). Auf meiner Homepage [www.timon-gremmels.de](http://www.timon-gremmels.de) erfahrt ihr alles Wissenswertes rund um mein Mandat sowie die Möglichkeit, an Berlinfahrten teilzunehmen.

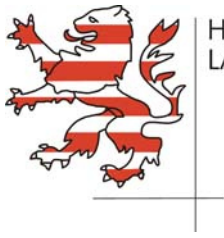
Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Unterbezirksvorstand bedanken. Genauso danke ich für die gute Zusammenarbeit mit unserem Oberbürgermeister Christian Geselle, der Bürgermeisterin Ilona Friedrich und dem Verkehrsdezernenten Dirk Stochla.

Weiterhin bedanke ich mich bei meinem Landtagskollegen Wolfgang Decker. Dir, lieber Uwe Frankenberger, danke ich für die allzeit gute Zusammenarbeit und wünsche Dir einen schönen (Un-)Ruhestand und viele schöne Stunden unterwegs mit dem Wohnmobil.

Und ich danke den vielen weiteren politisch Verantwortlichen Genossinnen und Genossen in der Stadtverordnetenversammlung sowie in den Ortsbeiräten. Natürlich möchte ich auch Dankeschön sagen für die tolle Unterstützung meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Sabine und Sarah aus dem UB-Büro und den Arbeitsgemeinschaften sowie Euch in den Ortsvereinen.

Euer

Timon



HESSISCHER  
LANDTAG

**WOLFGANG DECKER**  
MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGES  
VORSITZENDER DES HAUSHALTSAUSCHUSSES  
SPRECHER FÜR ARBEITSMARKT- UND RENTENPOLITIK  
DER SPD-FRAKTION

Wolfgang Decker, MdL, Humboldtstr.8a 34117 Kassel

## **Bericht aus dem Landtag**

Liebe Genossinnen und Genossen,

anlässlich unseres diesjährigen Parteitages möchte ich Euch über meine Arbeit im Landtag berichten. Auch das vergangene Jahr war geprägt von einer Fülle von politischen Themen und Aufgabenstellungen, mit denen ich mich zu befassen hatte.

Euch, liebe Genossinnen und Genossen, gilt mein herzlicher Dank für die gute und freundschaftliche Zusammenarbeit und für Eure Unterstützung, insbesondere im Landtagswahlkampf.

Um den Bericht nicht ausufern zu lassen, nenne ich im Folgenden nur Stichpunkte zu meinen Tätigkeitsbereichen.

### **Arbeitsmarktpolitik**

In meinen zahlreichen Debattenbeiträgen, Gesprächen und Presseveröffentlichung ging es im Wesentlichen um nachfolgende Arbeitsmarktthemen: Stärkung der Tarifbindung, Entfristung von Arbeitsverträgen, Sachgrundlose Beschäftigung, Rückkehr Tarifgemeinschaft Deutscher Länder, Personalverstärkung im öffentlichen Dienst (insbesondere Polizei und Justiz), Verbesserung der Besoldungsstrukturen, Brückenteilzeit, Mindestlohn und Mindestlohnkontrolle, Arbeitsbedingungen in der Flugbranche sowie im Dienstleistungsbereich.

### **Rentenpolitik**

Vorschlag hessischer CDU-Minister für eine Deutschlandrente, Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung und Stärkung von Betriebsrenten. Einführung einer Grundrente (Vorschlag Hubertus Heil).

### **Sozialpolitik**

Ausbau und Finanzierung Kita-Plätze (Vorschlag der SPD-Fraktion versus Gesetz der Schwarz-Grünen Landesregierung) Neuordnung der Behindertenhilfe (Zuständigkeiten des LWV).

### **Finanzpolitik**

Beratung Doppelhaushalt 2018/2019, Befassung mit umfänglichen Haushalts- und Finanzangelegenheiten sowie Liegenschaftsangelegenheiten. Abschaffung der



Straßenausbaubeiträge (Antrag der SPD-Fraktion versus Gesetz der Schwarz-Grünen Landesregierung), Auswirkungen der Neuordnung der Bund-Länder Finanzbeziehungen auf Hessen, Kommunaler Finanzausgleich (Unterfinanzierung der hessischen Kommunen – Insbesondere Investitionsstau Schulbau-Sanierung), Unterfinanzierung ÖPNV und Straßenausbau, Kommunales Investitionsprogramm des Bundes (KIP) einschließlich mangelhafter Ko-Finanzierung durch das Land, Verluste durch umstrittene Derivat-Geschäfte.

### **Wahlkreisarbeit**

Zahlreiche Kontakte zu heimischen Firmen, Betriebsräten und Gewerkschaften zur Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen (Bombardier, Volkswagen, Wingas, Wintershall, Kaufhof, Polizei etc.)

Einsatz für Technik-Museum auf Landesebene, Sicherung der Karlswiese für Zissel-Fahrgeschäfte, Sicherung Kassel-Airport als Flughafen, Schaffung von Wohnraum auf dem Areal des ehemaligen Versorgungsamtes, Sanierung Schleuse, Ausbau Lärmschutz A7/A49.

Intensive Kontaktpflege zu zahlreichen Vereinen und Verbänden in den Bereichen Sport, Soziales, Kirchen, Kultur, Volksfesten, Handwerk.

Vielfältige Präsenzen bei Veranstaltungen und Festen.

### **Ehrenamt**

Neben der hauptberuflichen Tätigkeit als Mitglied des Hessischen Landtages ehrenamtlicher Stadtverordneter, Vorsitzender UB Kassel-Stadt, Ortsvereinsvorsitzender Wolfsanger/Hasenhecke, Aufsichtsrat Kassel-Marketing und Beiratsmitglied Wirtschaftsförderung Kassel. Mitglied in zahlreichen Vereinen und in der Gewerkschaft Ver.di.

Mit solidarischen und herzlichen Grüßen

Euer



Kassel, im März 2019

# Wahlvorschläge

Stand: 05.04.2019

Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 6. April 2019

Wahlvorschlag 1	1. Vorsitzende/r		
	Name	Ortsverein	vorgeschlagen von
	Peesel, Ron-Hendrik	Holland	Holland, Vorderer Westen, Wehlheiden

Wahlvorschlag 2	stellvertretende Vorsitzende		
	Name	Ortsverein	vorgeschlagen von
	Alekuzei, Rabani Dr.	Wehlheiden	Vorderer Westen, Wehlheiden
	Ayalp, Teslihan	Vorderer Westen	Vorderer Westen, Jusos
	Ullrich, Petra	Niederzwehren	Niederzwehren

Wahlvorschlag 3	Schatzmeister/in		
	Name	Ortsverein	vorgeschlagen von

Wahlvorschlag 4	Beisitzer/in für den Bereich Mitgliederbetreuung/Mitglieder-gewinnung/Personal-entwicklung		
	Name	Ortsverein	vorgeschlagen von
	Peesel, Ron-Hendrik	Holland	Jusos
	Wohltmann, Clara	Holland	Holland

Wahlvorschlag 5	Beisitzer/in für den Bereich Arbeits-gemeinschaften und Zielgruppen, Betriebs- und Projektgruppen		
	Name	Ortsverein	vorgeschlagen von
	Kopec, Ramona	Wilhelmshöhe	Wilhelmshöhe, Jusos

Wahlvorschlag 6	Beisitzer/in für den Bereich Ortsbeiräte und Ortsvereine, Organisation und Struktur		
	Name	Ortsverein	vorgeschlagen von
	Dietz, Andreas	Wehlheiden	Wehlheiden, Jusos
	Hintsche, Patrick	Vorderer Westen	Altkassel-Bettenhausen

<b>Wahlvorschlag 7</b>	<b>Beisitzer/in für den Bereich Kommunikation und Öffentlichkeit</b>		
	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>	<b>vorgeschlagen von</b>

<b>Wahlvorschlag 8</b>	<b>3 weitere Vorstandsmitglieder</b>		
	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>	<b>vorgeschlagen von</b>
	Crome, Malte	Wehlheiden	AG 60 plus
	Hennemann, Lars	Altkassel-Bettenhausen	Altkassel-Bettenhausen
	Hintsche, Patrick	Vorderer Westen	Vorderer Westen
	Retting-Frendeborg, Jens	Süsterfeld/H.	Süsterfeld/H.
	Seidel, Dieter	Vorderer Westen	Vorderer Westen
	Wohltmann, Clara	Holland	Jusos

<b>Wahlvorschlag 9</b>	<b>Ausländerbeauftragte/r des UBV</b>		
	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>	<b>vorgeschlagen von</b>
	Mohanadhasan, Thevagar	Altkassel-Bettenhausen	Altkassel-Bettenhausen, Jusos

<b>Wahlvorschlag 10</b>	<b>8 Mitglieder des UBA</b>		
	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>	<b>vorgeschlagen von</b>
	Bergmann, Anke	Wehlheiden	Wehlheiden
	Lenz, Fabian	Holland	Holland
	Möller, Anja	Harleshausen	Harleshausen

<b>Wahlvorschlag 11</b>	<b>Delegierte Bundesparteitag</b>		
	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>	<b>vorgeschlagen von</b>
	Crome, Malte	Wehlheiden	Wehlheiden
	Fiedler, Sebastian	Wilhelmshöhe	Wilhelmshöhe, Jusos
	Hintsche, Patrick	Vorderer Westen	Vorderer Westen
	Kalveram, Esther	Forstfeld	Forstfeld
	Kindler, Johanna	Altkassel-Bettenhausen	Altkassel-Bettenhausen
	Peesel, Ron-Hendrik	Holland	Holland
	Schäfer, Enrico	Altkassel-Bettenhausen	Altkassel-Bettenhausen
	Schuy, Hajo	Kirchditmold	Kirchditmold
	Wohltmann, Clara	Holland	Holland, Jusos

<b>Wahlvorschlag 12</b>	<b>Delegierte Landesparteitag</b>		
	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>	<b>vorgeschlagen von</b>
	Alekuzei, Rabani Dr.	Wehlheiden	Wehlheiden
	Ayalp, Teslihan	Vorderer Westen	Vorderer Westen
	Bürger, Dietmar	Wesertor	Wesertor
	Decker, Wolfgang	Wolfsanger/H.	Wolfsanger/H.
	Edeer, Talha	Wolfsanger/H.	Wolfsanger/H.
	Fiedler, Sebastian	Wilhelmshöhe	Wilhelmshöhe, Jusos
	Franz, Natalia	Holland	Holland
	Glaser, Lukas	Vorderer Westen	Jusos
	Hartmann, Patrick	Harleshausen	Harleshausen
	Hennemann, Lars	Altkassel-Bettenhausen	Altkassel-Bettenhausen
	Kalveram, Esther	Forstfeld	Forstfeld
	Kindler, Johanna	Altkassel-Bettenhausen	Altkassel-Bettenhausen, Jusos
	Lang, Mario	Vorderer Westen	Vorderer Westen
	Mohanadhasan, Thevagar	Altkassel-Bettenhausen	Jusos
	Möller, Anja	Harleshausen	Harleshausen
	Peesel, Ron-Hendrik	Holland	Holland
	Sander, Stefan	Holland	Jusos
	Schäfer, Enrico	Altkassel-Bettenhausen	Altkassel-Bettenhausen
	Schulze, Marvin	Altkassel-Bettenhausen	Jusos
	Wohltmann, Clara	Holland	Holland, Jusos
	Wurst, Sabine	Altkassel-Bettenhausen	Altkassel-Bettenhausen

<b>Wahlvorschlag 13</b>	<b>Delegierte Bezirksparteitag</b>		
	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>	<b>vorgeschlagen von</b>
	Ayalp, Teslihan	Vorderer Westen	Vorderer Westen
	Bürger, Dietmar	Wesertor	Wesertor
	Crome, Malte	Wehlheiden	Wehlheiden
	Decker, Wolfgang	Wolfsanger/H.	Wolfsanger/H.
	Dietz, Andreas	Wehlheiden	Wehlheiden, Jusos
	Edeer, Talha	Wolfsanger/H.	Wolfsanger/H.
	Fiedler, Sebastian	Wilhelmshöhe	Jusos
	Franz, Natalia	Holland	Holland
	Gerken, Johannes	Holland	Holland
	Glaser, Lukas	Vorderer Westen	Jusos
	Hartmann, Patrick	Harleshausen	Harleshausen
	Hennemann, Lars	Altkassel-Bettenhausen	Altkassel-Bettenhausen, Jusos
	Hintsche, Patrick	Vorderer Westen	Vorderer Westen
	Kalveram, Jan	Forstfeld	Forstfeld
	Kindler, Johanna	Altkassel-Bettenhausen	Altkassel-Bettenhausen, Jusos
	Kopec, Ramona	Wilhelmshöhe	Wilhelmshöhe, Jusos
	Lang, Mario	Vorderer Westen	Vorderer Westen
	Lenz, Fabian	Holland	Jusos

	Mohanadhasan, Thevagar	Altkassel-Bettenhausen	Jusos
	Möller, Anja	Harleshausen	Harleshausen
	Nitsch, Andreas	Wehlheiden	Wehlheiden
	Peesel, Ron-Hendrik	Holland	Holland
	Sander, Stefan	Holland	Holland, Jusos
	Schäfer, Enrico	Altkassel-Bettenhausen	Altkassel-Bettenhausen
	Schulze, Marvin	Altkassel-Bettenhausen	Jusos
	Ullrich, Petra	Niederzwehren	Niederzwehren
	Weise, Gabriel	Wilhelmshöhe	Wilhelmshöhe, Jusos
	Westphal, Anton	Vorderer Westen	Jusos
	Wohltmann, Clara	Holland	Holland, Jusos
	Wurst, Sabine	Altkassel-Bettenhausen	Altkassel-Bettenhausen

<b>Wahlvorschlag 14</b>	<b>Bezirksausschuss</b>		
	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>	<b>vorgeschlagen von</b>
	Glaser, Lukas	Vorderer Westen	Jusos
	Wohltmann, Clara	Holland	Jusos

<b>Wahlvorschlag 15</b>	<b>Schiedskommission Vorsitzende/r</b>		
	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>	<b>vorgeschlagen von</b>
	Eckehart, Blume	Wolfsanger/H.	Wolfsanger/H.

<b>Wahlvorschlag 16</b>	<b>Schiedskommission stellvertretende Vorsitzende</b>		
	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>	<b>vorgeschlagen von</b>

<b>Wahlvorschlag 17</b>	<b>Schiedskommission Beisitzer/Innen</b>		
	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>	<b>vorgeschlagen von</b>

<b>Wahlvorschlag 18</b>	<b>Revision</b>		
	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>	<b>vorgeschlagen von</b>
	Markl, Stefan	Philippinenhof/W.	Philippinenhof/W.

<b>Wahlvorschlag 19</b>	<b>Bezirksvorstand</b>		
	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>	<b>vorgeschlagen von</b>
	Geselle, Christian	Niederzwehren	Niederzwehren
	Kalveram, Esther	Forstfeld	Forstfeld
	Schwerdtfeger, Wolfgang	Wilhelmshöhe	Wilhelmshöhe

<b>Wahlvorschlag 20</b>	<b>Landesparteirat</b>		
	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>	<b>vorgeschlagen von</b>

	Kindler, Johanna	Altkassel-Bettenhausen	Jusos
	Mohanadhasan, Thevagar	Altkassel-Bettenhausen	Jusos

<b>Wahlvorschlag 21</b>	<b>Parteikonvent</b>		
	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>	<b>vorgeschlagen von</b>
	Peesel, Ron-Hendrik	Holland	Holland
	Fiedler, Sebastian	Wilhelmshöhe	Jusos
	Wohltmann, Clara	Holland	Jusos

<b>Wahlvorschlag 22</b>	<b>SPE-Kongress</b>		
	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>	<b>vorgeschlagen von</b>
	Malekzada, Asib	Altkassel-Bettenhausen	Altkassel-Bettenhausen

**Mitgliederversammlung am 6. April 2019****Stand: 05.04.2019****Meldungen der Ortsvereine für die Antragsprüfungs- und Zählkommission**

<b>Ortsverein</b>	<b>Antragsprüfungskommission</b>	<b>Zählkommission</b>
<b>Altkassel-Bettenhausen</b>		
<b>Brasselsberg</b>	Tobias Bauer	
<b>Fasanenhof</b>		
<b>Forstfeld</b>	Esther Kalveram	Jan Kalveram
<b>Harleshausen</b>	Reinhard Wintersperger	Gitta Wintersperger
<b>Holland</b>	Clara Wohltmann	Fabian Lenz
<b>Jungfernkopf</b>	Dr. Günther Schnell	Ludwig Vogt
<b>Kirchditmold</b>	Hajo Schuy	Judith Boczkowski
<b>Niederzwehren</b>	Helmut Schäfer	Björn Henkel
<b>Nordshausen</b>		
<b>Oberzwehren</b>	Andrés Hurtado	
<b>Philippinenhof/W.</b>	Dieter Andreas	Udo Baier-Eckhardt
<b>Rothenditmold</b>		Rolf Löscking
<b>Südstadt</b>	Heinz Körner	Wolfgang Hebel
<b>Süsterfeld/H.</b>	Jens Retting-Frendeborg	Delia Brand
<b>Vorderer Westen</b>	Patrick Hintsche Lukas Kiepe	Mario Lang
<b>Waldau</b>	Dirk Seeger	Renate Volkhardt
<b>Wehlheiden</b>	Norbert Sprafke	Andreas Dietz
<b>Wesertor</b>		Ingeborg Jordan
<b>Wilhelmshöhe/W.</b>	Armin Ruda	Ulrike Siebert-Karl
<b>Wolfsanger/H.</b>	Tobias Maurer	Talha Edeer
<b>AG 60 plus</b>	Malte Crome	





K2	Wehlheiden	Gendergerechte Sprache in der Verwaltung
K3	Jusos	Gendergerechte Sprache in der Kasseler Verwaltung
K4	Brasselsberg	Umdenken und Handlungsnotwendigkeit in der Drogenpolitik
K5	Jusos	Zentrales Silvesterfeuerwerk – schöner, gesünder, ökologischer
K6	Wehlheiden	Anteil der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau in der Stadt Kassel
K7	Wehlheiden	Diakonie-Ticket weiterentwickeln
K8	Oberzwehren	Zisternen im öffentlichen Raum
K9	Wehlheiden	Lehrschwimmbad Hupfeldschule
K10	Wehlheiden	Einführung eines qualifizierten Mietspiegels für die Stadt Kassel
K11	Wehlheiden	Den Radverkehr in Kassel voranbringen
K12	Jusos	Lebensmittelverschwendung eindämmen
K13	Altkassel-Bettenhausen	Energie und Klimaschutz
K14	Altkassel-Bettenhausen	Gebäudewirtschaft und Klimaschutz
K15	Altkassel-Bettenhausen	Mobilität und Klimaschutz
K16	Jusos	Ernährung und Klima in Kassel

### **Organisationsanträge**

O1	Jusos	Diskussionskultur einladender gestalten
O2	AG 60 plus	Diskussionskultur einladender gestalten
O3	Wehlheiden	Diskussionskultur einladender gestalten
O4	Holland	Diskussionskultur einladender gestalten
O5	Wehlheiden	UBAs langfristig terminieren
O6	Holland	Sachstandsbericht Parteierneuerungsprozess
O7	Altkassel-Bettenhausen	Für mehr Ideen in der Öffentlichkeitsarbeit
O8	Jusos	Zeitliche Begrenzung von Grußworten
O9	Jusos	Öffnung der innerparteilichen Demokratie
O10	Jusos	Paritätische Wahllisten
O11	Holland	Urwahl der Kanzlerkandidat*in
O12	Wehlheiden	Kasseler Manifest

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Leitantrag 1

---

Antragsteller: UBV

Adressat: Mitgliederversammlung  
Unterbezirksvorstand

Betrifft: Einrichtung einer Arbeitsgruppe  
Kommunalprogrammprozess

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Die konstruktive Arbeit des kommunalpolitischen Parteitages soll weiter genutzt und vertieft  
2 werden. Die Arbeitsergebnisse des Parteitages sollen in einem lebendigen  
3 Diskussionsprozess innerhalb der Partei weiterentwickelt werden. Die  
4 Mitgliederversammlung wird gebeten, die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Kommunalpolitik  
5 zu beschließen, mit folgender Zielsetzung:

6

7 Nach der Konstituierung des Unterbezirksvorstands wird dieser aus interessierten  
8 Mitgliedern Prozessverantwortliche benennen, die den Prozess organisieren sollen. Die  
9 Arbeitsgruppe soll sich in die drei Untergruppen Aufschwung, Lebensqualität und Bildung  
10 gliedern. Die Grundlage dieser Arbeitsgruppen sind die Ergebnissammlungen des a. o.  
11 Kommunalparteitag vom 15.01.2019. Hierbei können und sollen einzelne Themen aus der  
12 jeweiligen Sichtweise der einzelnen Untergruppen diskutiert werden. Die Arbeitsgruppen sind  
13 in ihrer Arbeit nicht auf die genannten Themen beschränkt und nicht trennscharf voneinander  
14 zu unterscheiden. Themen können für mehr als eine Arbeitsgruppe relevant sein und die  
15 Gruppen können auch untereinander kooperieren.

16

17 Am Ende des Prozesses wird die Arbeitsgruppe auf einer mitgliederoffenen Gremiensitzung  
18 die Ergebnisse präsentieren und beschließen, um diese als Grundlage für das  
19 Kommunalwahlprogramm 2021 zu verwenden.

20

21 Die Kasseler Sozialdemokratie hat den Anspruch, die Stadt weiterhin erfolgreich zu  
22 gestalten. Zentral dabei ist für uns die Steigerung der Lebensqualität in der Stadt Kassel. Zu  
23 ebenso wie ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr sowie der Ausbau und die  
24 Steigerung des Radverkehrs. Die Herausforderungen des demographischen Wandels  
25 müssen noch intensiver diskutiert werden, damit ein selbstbestimmtes Leben auch im Alter  
26 gewährleistet werden kann. Der Erhalt und qualitative Ausbau der sozialen Infrastrukturen,  
27 die allen Menschen in unserer Stadt Teilhabe ermöglichen soll, bleibt Herzensangelegenheit  
28 der Kasseler SPD.

29

30 Bildungspolitisch stellt sich die Kasseler SPD der großen Verantwortung, endlich eine  
31 Schulbausanierung im großen Stil zu initiieren. Alle Kinder in der Stadt Kassel sollen die  
32 gleichen Bildungschancen in einem modernen Lernumfeld haben. Dazu gehört auch das  
33 außerschulische Lernumfeld und die Weiterentwicklung und Begleitung des  
34 Jugendparlaments und der weitere Ausbau der Jugendsozialarbeit.

35

36 Kassel ist eine Stadt im Aufschwung. Diesen gilt es weiter zu fördern, in dem die  
37 Kulturwirtschaft und die Tourismusförderung ausgebaut wird. Die Kasseler SPD betreibt eine  
38 zielgerichtete Wirtschaftsförderung und entwickelt Konzepte gegen den Fachkräftemangel in  
39 der Stadt. Dies gilt insbesondere für die Förderung von Gleichstellung zwischen Frau und  
40 Mann.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag EU1

---

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag  
SPD-Bezirksparteitag  
SPD-Landesparteitag  
SPD-Bundesparteitag  
S&D-Fraktion  
Juso-Bezirkskonferenz  
Juso-Bundeskongress

Betrifft: Europäische Datensteuer einführen

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Erarbeitung und Implementierung eines europäischen Besteuerungskonzepts
- 2 auf das Verarbeiten von personenbezogenen Daten zu kommerziellen Zwecken.

3

#### 4 **Begründung:**

5

6 Die Marktwirtschaft besteht schon lange nicht mehr nur aus den „klassischen“  
7 Geschäftsmodellen der Produktions- oder Dienstleistungsunternehmen. Mittlerweile gehören  
8 Digitalisierungsriesen wie z.B. Amazon, Facebook oder Google zu den größten und  
9 einflussreichsten Konzernen auf der Welt.

10

11 Facebook hat im Jahr 2017 allein einen Nettogewinn von fast 16 Milliarden US-Dollar  
12 eingefahren. Eine Grundlage für die horrenden Gewinne stellt jeder einzelne Nutzer der  
13 besagten Plattformen zur Verfügung: die eigenen personenbezogenen Daten. Facebook  
14 könnte ohne diese Daten keine personalisierten Werbeanzeigen schalten und somit auch  
15 nicht seine entgeltlichen Werbedienste für Unternehmen usw. anbieten. Amazon könnte den  
16 Nutzern keine personalisierten Angebote anzeigen und darüber hinaus das Kaufverhalten  
17 und die Interessen der einzelnen Nutzer nicht analysieren, um die Plattform  
18 gewinnmaximierend anzupassen bzw. zu optimieren. Diese Beispiele sind auf nahezu alle  
19 ähnlich aufgestellten Konzerne übertragbar und zeigen, dass die Verarbeitung von  
20 personenbezogenen Daten mittlerweile in einigen Branchen einen essentiellen Bestandteil  
21 an der Wertschöpfung der Konzerne ausmacht.

22

23 Eine Besteuerung von Erträgen, die zum Großteil durch die Verarbeitung der  
24 personenbezogenen von Nutzern, also Bürgerinnen und Bürgern, überhaupt erst ermöglicht  
25 werden, ist eine grundsätzliche Frage der Gerechtigkeit. Durch die besagte Besteuerung  
26 kann sichergestellt werden, dass der Anteil der Bürgerinnen und Bürger an den Erträgen der  
27 beispielhaft genannten Konzerne, in angemessener Art und Weise zu den Bürgerinnen und  
28 Bürgern in Form von Investitionen der EU zurückfließt.

29 Des Weiteren kann die Umsetzung eines Besteuerungskonzepts für die Verarbeitung von  
30 personenbezogenen Daten für kommerzielle Zwecke dafür sorgen, dass im Rahmen der  
31 digitalen Marktwirtschaft ein restriktiverer Umgang mit personenbezogenen Daten folgt.  
32 Generell gilt: Je mehr Daten über sich selbst verarbeitet werden, desto stärker kann sich  
33 diese auf die Wahrnehmung der eigenen Rechte und Freiheiten auswirken. Eine Person, die  
34 weiß, dass sie videoüberwacht wird verhält sich unter Umständen anders als wenn sie nicht  
35 überwacht werden würde. Eine Person, die weiß, dass ihre politischen Äußerungen in  
36 sozialen Netzwerken gespeichert werden, unterlässt unter Umständen das Kundtun der  
37 eigenen politischen Meinung. Eine restriktivere Handhabung von Verarbeitungen von  
38 personenbezogenen Daten ist folglich notwendig, um unter Umständen Einschränkungen  
39 von Grundrechten, wie die Meinungsfreiheit zu verhindern oder dem zumindest  
40 entgegenzuwirken. Gleichermaßen ist das Ziel der „Datenminimierung“ bereits als ein  
41 Grundsatz für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten in Art. 6 Abs. lit. c DSGVO  
42 durch den europäischen Gesetzgeber festgehalten worden.

43  
44 Zusammengefasst eignet sich eine Umsetzung eines europäischen Besteuerungskonzepts  
45 für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten für kommerzielle Zwecke zum einen als  
46 Finanzierungsmittel für Investitionsinitiativen der Europäischen Union und gleichermaßen als  
47 Steuerungsmittel gegenüber den verarbeitenden Unternehmen und Konzernen.  
48

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B1

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Philippinenhof/W.

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
Kasseler SPD-Fraktion  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat  
SPD-Bundestagsabgeordneter WK 168

Betrifft: Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen -  
Mobilität

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Die Bundesregierung hat einen Klimaschutzplan 2050 vorgelegt, der das bestehende  
2 deutsche Klimaschutzziel 2050 und die vereinbarten Zwischenziele im Lichte der Ergebnisse  
3 der Klimaschutzkonferenz von Paris konkretisiert und mit Maßnahmen unterlegt. Ziel ist, den  
4 Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur deutlich unter 2° Celsius und die  
5 Begrenzung auf 1,5 °C zu halten. Tatsache ist aber, dass die nationalen  
6 Treibhausgasemissionen in den letzten Jahren gestiegen sind. Um die gesetzten Klimaziele  
7 zu erreichen, müssen die Zwischenziele für die Reduktion der Treibhausgase für die Jahre  
8 2030 und 2040 ambitionierter formuliert und die Zwischenziele und Sektorenziele im  
9 Klimaschutzplan gesetzlich verankert werden

#### 10 **Mobilität und Klimaschutz**

11 Ein Fünftel des in Deutschland ausgestoßenen CO<sub>2</sub> geht auf das Konto des Verkehrs.  
12 Während die Treibhausgasemissionen in anderen Bereichen seit 1990 rückläufig sind,  
13 steigen die durch den Verkehr verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen an. Das bedeutet, dass  
14 mindestens die obere Zielmarke der im Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung  
15 verankerte Spanne erreicht werden muss. Die Ziele werden nur durch einen weitgehend  
16 treibhausgasneutralen Verkehr in der Zukunft erreicht werden.

- 17 • Die CO<sub>2</sub>-Regulierung für PKW und leichte Nutzfahrzeuge sollen früher als geplant  
18 einsetzen, um die Emissionsminderung bis 2030 zu erreichen. Ebenso bedarf es  
19 verbindliche Vorgaben zur Effizienzsteigerung für schwere Nutzfahrzeuge. Auch hier  
20 müssen wie z. B. bei Pkw CO<sub>2</sub>-Grenzwerte eingeführt werden.

- 21 • Die Kfz- und Dienstwagenbesteuerung sollte Schritt für Schritt umgestaltet werden  
22 nach Co2 und Laufleistung.
- 23 • Die steuerliche Subventionierung von Dieselmotoren ist ebenso abzubauen wie die  
24 von Flugbenzin.
- 25 • Um den Umstieg auf alternative Antriebe zu beschleunigen, bedarf es eines Mixes  
26 intelligenter und aufeinander abgestimmter Maßnahmen. Zu prüfen ist auch ein  
27 Bonus –Malus – System, um Kaufanreize für alternative Antriebe zu unterstützen.
- 28 • Ein zügiger Aufbau einer leistungsfähigen Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative  
29 Kraftstoffe ist notwendig. Der Öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) und der  
30 Umweltverbund aus Fuß- und Radverkehr sowie Bussen und Bahnen müssen massiv  
31 gefördert werden, u. a. auch durch neue Finanzierungsmodelle.
- 32 • Der Gütertransport mit der Bahn muss stärker gefördert, dass hierfür notwendige  
33 Streckennetz massiv ausgebaut werden.

34

35 **Für die Kommunalpolitik in Kassel bedeutet das:**

- 36 • Um stadtgerechte Mobilität in Kassel zu gewährleisten, ist es notwendig, den Kfz-  
37 Anteil gerade bei innerstädtischen Fahrten mit kurzen Wegestrecken spürbar zu  
38 senken.
- 39 • Künftig müssen mehr Wege mit dem Fahrrad, anstatt mit dem Auto zurückgelegt  
40 werden. Für eine nachhaltige Verlagerung innerstädtischer Fahrten mit kurzen  
41 Wegstrecken ist es zwingend erforderlich, den Radverkehr in Kassel strategisch zu  
42 fördern und zusätzliche Ressourcen dafür einzusetzen.
- 43 • Eine Erhöhung des Anteils des öffentlichen Verkehrs (Modal Split) durch einen  
44 weiteren Ausbau von Straßenbahnstrecken, z. B. Strecke Harleshausen über  
45 Rothenditmolde.
- 46 • Die Nutzung des ÖPNV wird attraktiver gestaltet (z. B. bessere Park+Ride-Angebote,  
47 Fahrpreisgestaltung, Verknüpfung Bike+Ride, etc.).
- 48 • Die Umstellung der kommunalen Fahrzeugflotte (Verwaltung, kommunale  
49 Unternehmen und Eigenbetrieben) auf alternative Antriebstechnik, sowie die  
50 gesteigerte Nutzung von Diensträdern.
- 51 • Unterstützung des Carsharingkonzeptes (z. B. durch ausgewiesene Abstellflächen).
- 52 • Errichtung eines leistungsfähigen Fernbusbahnhofes mit guter Erreichbarkeit über  
53 das überregionale Fernstraßennetz und guter Anbindung an das innerstädtische  
54 ÖPNV-Netz

- 55 • Die derzeitige Parkgebührenregelung wird beibehalten, insbesondere eine weitere  
56 Absenkung der Parkgebühren erfolgt nicht.
- 57 • Innerstädtischen Plätze werden zu Begegnungsflächen mit Fuß- und  
58 Radverkehrsflächen ausgestaltet.
- 59 • Zusätzlich sollen pro Jahr mindestens 2.000.000 Euro für Radverkehrsmaßnahmen in  
60 den Haushalt eingeplant werden, die vorwiegend als städtischer Eigenanteil für  
61 spezifisch geförderte Radverkehrsprojekte verwendet werden. Ziel muss es sein, für  
62 den Radverkehr mindestens 7,5 Mio. Euro zusätzliche Eigen- und Fördermittel im  
63 Durchschnitt pro Jahr zur Verfügung zu stellen.
- 64 • Die Ziele des Bürgerbegehrens zur Förderung des Radverkehrs im Gebiet der Stadt  
65 Kassel (Radentscheid Kassel) sollen, soweit baulich und rechtlich zulässig,  
66 umgesetzt werden. Das bedeutet u.a.,
- 67     ○ dass bei künftigen Straßenbauprojekten an Hauptverkehrsstraßen vorrangig  
68 vom Kfz-Verkehr baulich getrennten geschützte Radfahrstreifen vorgesehen  
69 werden
- 70     ○ dass bei den Planungsvarianten innerhalb von Straßenbauprojekten die  
71 Regelmaße für den Radverkehr verwendet werden
- 72     ○ die Radrouten im Nebenstraßennetz komfortabler und durchgängiger  
73 befahrbar zu machen sowie den KFT- Durchgangsverkehr zu reduzieren und  
74 zu entschleunigen
- 75     ○ im Umkreis von Schulen und Kindergärten die Fuß- und  
76 Radverkehrsinfrastruktur durch bauliche Maßnahmen sicherer zu machen
- 77     ○ gemessen an den Kfz-Abstellplätzen mindestens 40% Fahrradabstellplätze im  
78 öffentlichen Raum insbesondere in der Innenstadt und an den Bahnhöfen  
79 einzurichten
- 80     ○ über die Stellplatzsatzung sicherzustellen, dass in gleicher Relation  
81 Radabstellplätze an Versorgungsbetrieben (insbes. Supermärkten)  
82 vorgehalten werden
- 83     ○ sichere und komfortable Radverkehrsanlagen (z. B. aufgeweitete  
84 Radaufstellbereiche, deutlich wahrnehmbare Radverkehrsführungen)  
85 einzurichten
- 86     ○ dauerhafte Kampagnen für mehr Rücksichtnahme im Straßenverkehr und zur  
87 besseren Akzeptanz des Rad- und Fußverkehrs aufzulegen



- 88 • In einem Sofortprogramm Fahrrad sollen bis zum Dezember 2019:
- 89 ○ Bestehende Fahrradübergänge an Kreuzungen und bisherige Fahrradwege  
90 farblich deutlich gekennzeichnet werden.
- 91 ○ Die Fahrradstraßen sollen für den Verkehr durch Kennzeichnung optisch  
92 wahrnehmbarer gestaltet werden.
- 93 ○ Die Verkehrsteilnehmer\*innen sind durch eine zielgerichtete Kampagne über  
94 die Bedeutung von Fahrradstraßen nach der StVo aufzuklären.
- 95 • In das Nextbikeverleihsystem sollen Lastenfahrräder oder Lastenanhänger  
96 eingebunden werden. Die Stadt Kassel soll für diese Forderung Gespräche mit den  
97 Kooperationspartnern und der Nextbike GmbH führen und eigene Mittel zur  
98 Verfügung stellen.
- 99 • Die Bediensteten der Stadt sollen kostenfrei oder vergünstigt mit Nextbike fahren  
100 können.
- 101 • Es soll geprüft werden, ob E-Bikes im Nextbikesystem zu einem smarten Kassel  
102 passen.
- 103 • Die Wohnbaugenossenschaften sollen aufgefordert werden, zeitnah Stellplätze für  
104 Fahrräder schaffen (mindestens einen pro Wohneinheit).
- 105 • In Abstimmung mit den Lieferdiensten ist der Einsatz von Lastenrädern,  
106 insbesondere im Innenstadtbereich, zu erproben und dafür zu werben.

107  
108 **Begründung:**  
109  
110 Erfolgt mündlich.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag Nr. B2

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Altkassel-Bettenhausen  
Adressat: SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Bundesminister  
Betrifft: Die SPD setzt sich für die Bewahrung unser natürlichen Lebensgrundlagen ein - Klimawandel und Klimaschutz

angenommen       abgelehnt       überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Minister/innen in der Bundesregierung, werden  
2 aufgefordert, sich für die folgenden Ziele und Rahmenbedingungen einzusetzen:  
3  
4 Die Bundesregierung hat einen Klimaschutzplan 2050 vorgelegt, der das bestehende  
5 deutsche Klimaschutzziel 2050 und die vereinbarten Zwischenziele im Lichte der Ergebnisse  
6 der Klimaschutzkonferenz von Paris konkretisiert und mit Maßnahmen unterlegt. Ziel ist, den  
7 Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur deutlich unter 2° Celsius und die  
8 Begrenzung auf 1,5 °C zu halten. Tatsache ist aber, dass die nationalen  
9 Treibhausgasemissionen in den letzten Jahren gestiegen sind. Um die gesetzten Klimaziele  
10 zu erreichen, müssen die Zwischenziele für die Reduktion der Treibhausgase für die Jahre  
11 2030 und 2040 ambitionierter formuliert und die Zwischenziele und Sektorenziele im  
12 Klimaschutzplan gesetzlich verankert werden müssen.

13

#### 14 **1. Mobilität und Klimaschutz**

15 Ein Fünftel des in Deutschland ausgestoßenen CO<sub>2</sub> geht auf das Konto des Verkehrs.  
16 Während die Treibhausgasemissionen in anderen Bereichen seit 1990 rückläufig sind,  
17 steigen die durch den Verkehr verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen an. Das bedeutet, dass  
18 mindestens die obere Zielmarke der im Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung  
19 verankerte Spanne erreicht werden muss (wieso bedeutet das dies, was ist das für eine  
20 Zielmarke?). Die Ziele werden nur durch einen weitgehend treibhausgasneutralen Verkehr in  
21 der Zukunft erreicht werden.

22 Die CO<sub>2</sub>-Regulierung für PKW und leichte Nutzfahrzeuge sollen früher als geplant einsetzen,  
23 um die Emissionsminderung (welches Ziel/welcher Wert?) bis 2030 zu erreichen. Ebenso  
24 bedarf es verbindliche Vorgaben zur Effizienzsteigerung für schwere Nutzfahrzeuge. Auch  
25 hier müssen wie z. B. bei Pkw CO<sub>2</sub>-Grenzwerte eingeführt werden.

26

27 Die Kfz- und Dienstwagenbesteuerung sollte Schritt für Schritt umgestaltet werden nach Co<sub>2</sub>  
28 und Laufleistung (erwartete Laufleistung? Was ist gemeint?).

29

30 Die steuerliche Subventionierung von Dieselmotoren ist ebenso abzubauen wie die von  
31 Flugbenzin.

32

33 Um den Umstieg auf alternative Antriebe zu beschleunigen, bedarf es eines Mixes  
34 intelligenter und aufeinander abgestimmter Maßnahmen. Zu prüfen ist auch ein Bonus –  
35 Malus – System, um Kaufanreize für alternative Antriebe zu unterstützen.

36

37 Ein zügiger Aufbau einer leistungsfähigen Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative  
38 Kraftstoffe ist notwendig. Der Öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) und der Umweltverbund aus  
39 Fuß- und Radverkehr sowie Bussen und Bahnen müssen massiv gefördert werden, u. a.  
40 auch durch neue Finanzierungsmodelle.

41

42 Der Gütertransport mit der Bahn muss stärker gefördert, dass hierfür notwendige  
43 Streckennetz massiv ausgebaut werden.

44

## 45 **2. Energie und Klimaschutz**

46 Um die vereinbarten Grenzen der globalen Erwärmung einzuhalten, bedarf es bei der  
47 Energiewende in Deutschland einer deutlicheren Beschleunigung bei der Transformation.  
48 Dabei sind die Bürger, Genossenschaften, kleine Unternehmen und Kommunen zu  
49 beteiligen. Diese Vielfalt bietet die Chance auf echte Teilhabe für innovative regionale  
50 Versorgungskonzepte und regionale Wertschöpfung und ist damit eine wichtige Bedingung  
51 für die Akzeptanz der Anlagen vor Ort.

52

53 Die Vorschläge der Kohlekommission zum Ausstieg aus der Kohle sind zügig umzusetzen.  
54 Ein geordneter und gesetzlich verankerter Kohleausstiegspfad muss auch die Möglichkeit  
55 bieten, dass für alte und längst abgeschriebene Kraftwerke keine umfangreichen  
56 Entschädigungszahlungen an Kraftwerksbetreiber gezahlt werden. Es soll weiterhin  
57 angestrebt werden, dass das letzte Kohlekraftwerk in Deutschland auch schon vor 2038 vom  
58 Netz geht.

59 Alle Potenziale der Energieeinsparung und Energieeffizienz müssen zielgerichtet und  
60 konsequent genutzt und Einsparpotenziale transparent gemacht werden.

61

62 Der Europäische Emissionshandel muss so reformiert werden, dass die  
63 Lenkungswirkung zu einer Emissionsminderung auch tatsächlich erfolgt.

64

### 65 **3. Ernährung, Landwirtschaft und Forstwirtschaft und Klimaschutz**

66 Abhängig von vielen verschiedenen Faktoren gelingt Menschen eine leckere, gesunde und  
67 nachhaltige Ernährung. Viele dieser Faktoren sind durch die Gesellschaft und Politik  
68 beeinflusst. Die Politik muss sich folglich überlegen, wo sie sich zurückziehen will um den  
69 Individuen und dem Markt das Feld zu überlassen und wo sie steuernd eingreifen muss.  
70 Häufig müssen wir feststellen, dass einerseits die Verbraucher\*innen nicht die Mittel für eine  
71 leckere, gesunde und nachhaltige Ernährung haben oder von der Auswahl überfordert sind  
72 und der Markt andererseits weit davon entfernt ist die besten langfristigen Entscheidungen  
73 für Menschen zu treffen. Zudem darf sich der Staat einerseits nicht selbst überfordern und  
74 andererseits nicht den Eindruck vermitteln, er würde die Menschen bevormunden.

75 Im Haushalt der Europäischen Union ist die Landwirtschaft mit 58 Milliarden Euro (40 %) der  
76 größte Posten. Durch die GAP bekommt Deutschland über die erste Säule (Europäische  
77 Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)) 5 Mrd. Euro und über die zweite Säule  
78 (Europäische Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER)) 1,3 Mrd. Euro.  
79 Diese Gelder werden heutzutage aus Umwelt- und Klimaperspektive nicht optimal  
80 eingesetzt.

81

82 Die Lebensmittel- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen schätzt, dass die  
83 Viehhaltung weltweit für 14,5 Prozent aller Treibhausgase verantwortlich ist. Andere Studien  
84 kommen auf bis zu 25 % Treibhausgasausstoß durch die globale Tierproduktion. Das BMUB  
85 geht für das Industrieland Deutschland davon aus, dass die Landwirtschaft direkt rund 8 %  
86 und mit Mineraldünger sogar 15 % der Treibhausgase verursacht.

87

88 Auch der Agrarsektor und die Landwirtschaft muss ihren Beitrag zur Reduzierung von  
89 Treibhausgasemissionen leisten. Das bedeutet in erster Linie, dass die Emissionen aus der  
90 Tierhaltung reduziert werden müssen, hierzu bedarf es vor allem klar kommunizierte und  
91 messbare Reduktionsziele bei der Tierproduktion. Die offensive Exportstrategie von  
92 tierischen Produkten ist unmittelbar zu beenden. Der ökologische Landbau ist so zu fördern,  
93 dass bis 2030 mindestens ein Anteil von 20 % Ökolandbau an der landwirtschaftlichen  
94 Nutzfläche erreicht wird. Das bedeutet auch eine Neuausrichtung der gemeinsamen EU-  
95 Agrarpolitik. Durch Förderprogramme sollen Grünlandflächen gesichert und möglichst  
96 ausgedehnt werden.

97 Um den Kohlestoffspeicher der Wälder zu nutzen, müssen die Waldflächen ausgeweitet  
98 werden. Der in den letzten Jahren stark gestiegene Holzeinschlag muss reduziert werden.  
99

#### 100 **4. Gebäudewirtschaft und Klimaschutz**

101 Im Gebäudebestand liegt das größte Minderungspotential von Treibhausgasemissionen.  
102 Deshalb muss die Sanierungsquote von Wohngebäuden sowie öffentlichen Gebäuden durch  
103 finanzielle Anreize gesteigert werden, um den Energieverbrauch zu senken. Dazu ist eine  
104 Sanierungsstrategie mit einem langfristigen Orientierungsrahmen notwendig.

105 Nachhaltiges Bauen bedeutet Gebäude auf Basis nachwachsender und wiederverwertbarer  
106 Rohstoffe zu bauen und dabei den Verbrauch von Wasser und Energie zu minimieren.

107

108 "Nachhaltige Städte und Gemeinden" zu schaffen, ist eins der 17 globalen Ziele für  
109 nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030, die bereits im September 2015 auf dem  
110 Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen von allen Mitgliedstaaten  
111 verabschiedet wurde.

112 Das Prinzip der Nachhaltigkeit muss auch in der Gebäudewirtschaft konsequente  
113 Anwendung finden, hier in den Bereichen Ökonomie, Soziales und Ökologie:

114

- 115 • Ökonomie - gebäudebezogene Kosten des Lebenszyklus, die Wirtschaftlichkeit und  
116 die Wertstabilität
- 117 • Soziales - Erhalt der menschlichen Gesundheit sowie hohe gestalterische und  
118 städtebauliche Qualitäten, die positiv auf die Lebensqualität einwirken kann
- 119 • Ökologie - Schonung der natürlichen Ressourcen und Wiederverwendung von  
120 Reststoffen aus Recyclingkreisläufen

121

122 **Begründung:**

123

124 Erfolgt mündlich.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B3

---

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Landesparteitag  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Landtagsfraktion  
SPD-Bundestagsfraktion  
Juso-Bezirkskonferenz  
Juso-Bundeskongress

Betrifft: Aufwertung des Freiwilligen Sozialen (FSJ) und  
Ökologischen Jahres (FÖJ) sowie des Bundes-  
freiwilligendienstes (Bufdi)

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Wir fordern: Eine deutliche Verbesserung der Konditionen für Menschen, welche sich in  
2 einem FSJ, FÖJ sowie im Bufdi engagieren wollen. Für Verpflegung, Unterbringung und  
3 Fahrtkosten müssen einheitliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Um die  
4 Teilnehmer\*innen finanziell zu unterstützen, soll die Entlohnung an den Tariflohn für  
5 Auszubildende angepasst werden.

6

### 7 **Begründung:**

8

9 Der Freiwilligendienst ist ein Angebot für Menschen jeden Alters sich außerhalb der Schule  
10 und des Berufs für das Allgemeinwohl einzusetzen. Er ermöglicht es Menschen neue  
11 praktische Erfahrungen zu sammeln und sich über Berufsperspektiven, ehrenamtliches  
12 Engagement und Chancen zur Teilhabe ein Bild zu machen. Jedoch muss ein freiwilliges  
13 Jahr auch Sicherheiten bieten. Wer in Vollzeit arbeitet und sich für das Gemeinwohl  
14 engagiert sollte auch dementsprechend vergütet werden.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B4

---

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Landesparteitag  
SPD-Landtagsfraktion  
SPD-Bundestagsfraktion  
S&D-Fraktion

Betrifft: Verbesserung der Situation junger pflegender Menschen

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern: Eine deutliche Verbesserung für junge pflegende Menschen (sog. Young
- 2 Carers).
- 3
- 4 Dazu muss § 38 SGB V dahingehend geändert werden, dass der Anspruch auf
- 5 Haushaltshilfe auch bei Kindern bis 18 Jahren gilt und nicht wie bisher bis zum 12.
- 6 Lebensjahr. Außerdem fordern wir eine Verlängerung für die Zeiten der Inanspruchnahme
- 7 von 4 Wochen bzw. 26 Wochen, da gerade Langzeiterkrankte eine viel längere Pflege
- 8 brauchen und insofern auch einen längeren Anspruch auf Haushaltshilfe gewährt bekommen
- 9 sollten.
- 10
- 11 Wir fordern eine zentrale Stelle, die sich um die Angelegenheiten junger pflegender
- 12 Menschen kümmert, in Schulen und Bildungseinrichtungen informiert und aktiv über die
- 13 Angebote und die Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Unterstützung informiert.
- 14 Außerdem muss diese zentrale Stelle eine Regelfinanzierung gewährleisten, sodass sich
- 15 kein Flickenteppich aus einzelnen privat gegründeten Initiativen ergibt.
- 16
- 17 Wir fordern eine aufklärende Kampagne mit dem Ziel das Stigma für junge pflegende
- 18 Menschen zu beseitigen und diesen vermittelt, dass man sie bei der Pflege von Angehörigen
- 19 unterstützt.
- 20
- 21

22 **Begründung:**

23

24 In Deutschland werden viele geschätzt 1,8 Millionen pflegebedürftige Menschen ohne  
25 professionelle Hilfe versorgt, oft von minderjährigen Kindern Die Pflege der Angehörigen  
26 kann zu einer großen Belastung in vielerlei Hinsicht führen. So kommen neben der  
27 psychischen Belastung durch die Krankheit der Angehörigen die Einbuße von Freizeit und  
28 weniger Zeit für Schule und Bildung hinzu. Außerdem befürchten viele stigmatisiert zu  
29 werden.

30

31 Ziel dieses Antrages ist es junge pflegende Menschen zu stärken, für das Thema zu  
32 sensibilisieren sowie eine zentrale Stelle einzurichten, die sich intensiv mit den einzelnen  
33 Problemen, die mit der Pflege von Angehörigen einhergehen, auseinandersetzt.

34

35 Junge pflegende Menschen leben oft ein Schattendasein, da sie sich nicht trauen über die  
36 Situation zu Hause zu sprechen und Angst haben vor einer Stigmatisierung.



# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B5

---

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Landesparteitag  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion  
S&D-Fraktion  
Juso- Bezirkskonferenz  
Juso-Bundeskongress

Betrifft: Konsequente Unterbindung von Rüstungsexporten an unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligte Staaten

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Wir fordern die Ausweitung und die konsequente Einhaltung des im Koalitionsvertrags  
2 vereinbarten Stopps von Rüstungsexporten an die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligten  
3 Staaten. Der Stopp dieser Rüstungsexporte muss konsequent und ohne Ausnahmen  
4 erfolgen. Gleichermaßen müssen die entsprechenden Unternehmen dazu verpflichtet  
5 werden, dass Sie nur mit Staaten verhandeln, bei denen eine künftige Beteiligung am  
6 Jemen-Krieg ausgeschlossen werden kann.

7

8 Der Stopp von Rüstungsexporten an Saudi-Arabien soll aufrechterhalten werden bis  
9 nachhaltige Verbesserungen für die jemenitische Zivilbevölkerung vorgewiesen werden  
10 können.

11

### 12 Begründung:

13

14 Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition besagt unter der Überschrift „Für eine restriktive  
15 Rüstungspolitik“ (S. 149, Z. 7033 ff.), dass fortan keine Ausfuhren von Rüstungsgütern an  
16 Ländern erfolgen wird, wenn diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Im September  
17 2018 wurden vom Bundessicherheitsrat jedoch millionenschwere Waffenlieferungen an  
18 gleich mehrere am Jemen-Krieg beteiligte Länder genehmigt. Laut Spiegel (u.a. SPIEGEL  
19 ONLINE - 19.09.2018) begründete die Bundesregierung die Genehmigung von  
20 Waffenlieferungen im September 2018 damit, dass Deutschland Schlüsselkomponenten für  
21 bestimmte Waffensysteme liefere. Ohne diese Lieferungen wären die entsprechenden  
22 Systeme nicht mehr einsetzbar und auf deutsche Rüstungsunternehmen kämen folglich  
23 hohe Strafzahlungen, die letztlich von der Bundesregierung zu tragen wären.

24 Diesbezüglich wurden ausschließlich wirtschaftliche Argumente (Schadensersatzzahlungen,  
25 Arbeitsplätze) aufgeführt, wenn es um die tatsächlich restriktive Handhabe von deutschen  
26 Rüstungsexporten geht. Eine sozialdemokratische Friedenspolitik ist im Allgemeinen  
27 unvereinbar mit dem weiteren Export von deutschen Rüstungsgütern in alle vergleichbaren  
28 Krisengebiete, wie dem Jemen und alle unmittelbar beteiligten Staaten. Inwiefern deutsche  
29 wirtschaftliche Interessen das Wohl von mehreren Millionen Menschen überwiegen sollen,  
30 lässt die Bundesregierung offen. Geld stellt kein Argument für weitere Waffenlieferungen an  
31 am Jemen-Krieg unmittelbar beteiligte Staaten und somit für die weitere Eskalation der  
32 dortigen kriegerischen Handlungen dar.

33  
34 Neben der Einigung auf eine „restriktive“ Rüstungspolitik wurde außerdem die Bekämpfung  
35 von Fluchtursachen im Koalitionsvertrag (S. 103, Z. 4814 ff.) vereinbart. Krieg ist weltweit die  
36 Fluchtursache Nr. 1 und durch die weitere Einfuhr bzw. Ausfuhr von Rüstungsgütern werden  
37 Kriege und Konflikte lediglich angeheizt und zwar insbesondere auf Kosten der  
38 Zivilbevölkerung.

39  
40 Insofern stellt der im September 2018 genehmigte Export von Waffengütern in Länder, die  
41 am Jemen-Krieg unmittelbar beteiligt sind einen doppelten inhaltlichen Bruch des  
42 Koalitionsvertrages dar.

43  
44 Durch den momentanen Stopp der Waffenlieferungen an Saudi-Arabien kommt es dazu,  
45 dass Rüstungsunternehmen alternative Abnehmer für die jeweiligen Rüstungsgüter suchen.  
46 Ein solcher alternativer Abnehmer ist vor kurzem (Januar 19; hierzu) Ägypten, selbst am  
47 Jemen-Krieg beteiligt, geworden. Hierdurch wird deutlich, dass lediglich der Stopp von  
48 Rüstungsexporten an Saudi-Arabien noch lange keine deeskalierende Wirkung auf die  
49 Situation im Jemen haben kann. Sämtliche unmittelbar beteiligte Staaten sind von deutschen  
50 Rüstungsexporten auszuschließen.

51  
52 Folglich ist es zwingend erforderlich, dass ein lückenloser Exportstopp von deutschen  
53 Rüstungsgütern verabschiedet wird.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B6

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Holland

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Landesparteitag  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft: Konsequente Unterbindung von Rüstungsexporten an unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligte Staaten

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Forderung:

- 1 Wir fordern die Ausweitung und die konsequente Einhaltung des im Koalitionsvertrags
- 2 vereinbarten Stopps von Rüstungsexporten an die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligten
- 3 Staaten. Der Stopp dieser Rüstungsexporte muss konsequent und ohne Ausnahmen
- 4 erfolgen. Gleichermäßen müssen die entsprechenden Unternehmen dazu verpflichtet
- 5 werden, dass Sie nur mit Staaten verhandeln, bei denen eine künftige Beteiligung am
- 6 Jemen-Krieg ausgeschlossen werden kann.

7

### 8 **Begründung:**

9

10 Der [Koalitionsvertrag der Großen Koalition](#) besagt unter der Überschrift „Für eine restriktive  
11 Rüstungspolitik“ (S. 149, Z. 7033 ff.), dass fortan keine Ausfuhren von Rüstungsgütern an  
12 Ländern erfolgen wird, wenn diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Im September  
13 2018 wurden vom Bundessicherheitsrat jedoch millionenschwere Waffenlieferungen an  
14 gleich mehrere am Jemen-Krieg beteiligte Länder genehmigt. Laut Spiegel (u.a. SPIEGEL  
15 ONLINE - 19.09.2018) begründete die Bundesregierung die Genehmigung von  
16 Waffenlieferungen im September 2018 damit, dass Deutschland Schlüsselkomponenten für  
17 bestimmte Waffensysteme liefere. Ohne diese Lieferungen wären die entsprechenden  
18 Systeme nicht mehr einsetzbar und auf deutsche Rüstungsunternehmen kämen folglich  
19 hohe Strafzahlungen, die letztlich von der Bundesregierung zu tragen wären.

20

21 Diesbezüglich wurden ausschließlich wirtschaftliche Argumente (Schadensersatzzahlungen,  
22 Arbeitsplätze) aufgeführt, wenn es um die tatsächlich restriktive Handhabe von deutschen  
23 Rüstungsexporten geht. Eine sozialdemokratische Friedenspolitik ist im Allgemeinen  
24 unvereinbar mit dem weiteren Export von deutschen Rüstungsgütern in alle vergleichbaren  
25 Krisengebiete, wie dem Jemen und alle unmittelbar beteiligten Staaten. Inwiefern deutsche  
26 wirtschaftliche Interessen das Wohl von mehreren Millionen Menschen überwiegen sollen,  
27 lässt die Bundesregierung offen. Geld stellt kein Argument für weitere Waffenlieferungen an

28 am Jemen-Krieg unmittelbar beteiligte Staaten und somit für die weitere Eskalation der  
29 dortigen kriegerischen Handlungen dar.

30

31 Neben der Einigung auf eine „restriktive“ Rüstungspolitik wurde außerdem die Bekämpfung  
32 von Fluchtursachen im Koalitionsvertrag (S. 103, Z. 4814 ff.) vereinbart. Krieg ist weltweit die  
33 Fluchtursache Nr. 1 und durch die weitere Einfuhr bzw. Ausfuhr von Rüstungsgütern werden  
34 Kriege und Konflikte lediglich angeheizt und zwar insbesondere auf Kosten der  
35 Zivilbevölkerung.

36

37 Insofern stellt der im September 2018 genehmigte Export von Waffengütern in Länder, die  
38 am Jemen-Krieg unmittelbar beteiligt sind einen doppelten inhaltlichen Bruch des  
39 Koalitionsvertrages dar.

40

41 Durch den momentanen Stopp der Waffenlieferungen an Saudi-Arabien kommt es dazu,  
42 dass Rüstungsunternehmen alternative Abnehmer für die jeweiligen Rüstungsgüter suchen.  
43 Ein solcher alternativer Abnehmer ist vor kurzem (Januar 19; [hierzu](#)) Ägypten, selbst am  
44 Jemen-Krieg beteiligt, geworden. Hierdurch wird deutlich, dass lediglich der Stopp von  
45 Rüstungsexporten an Saudi-Arabien noch lange keine deeskalierende Wirkung auf die  
46 Situation im Jemen haben kann. Sämtliche unmittelbar beteiligte Staaten sind von deutschen  
47 Rüstungsexporten auszuschließen.

48

49 Folglich ist es zwingend erforderlich, dass ein lückenloser Exportstopp von deutschen  
50 Rüstungsgütern verabschiedet wird.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B7

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Philippinenhof/W.

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft:

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Alleinerziehende werden in die Steuerklasse 3 eingestuft.

2

#### 3 **Begründung:**

4

5 Die Kinder Alleinerziehender sind sehr viel häufiger von Armut bedroht. Die Möglichkeiten  
6 die heute an Alleinerziehende eingeräumt werden sind häufig nicht ausreichend und  
7 diskriminierend. So sind etliche Behördengänge und auch Anwaltskosten notwendig bei  
8 Ausbleiben von Zahlung Unterhaltspflichtiger Personen. Zu der seelischen Belastung außer  
9 Trennung folgt nach die der finanziellen.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B8

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Altkassel-Bettenhausen

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD Landesparteitag Hessen  
SPD-Bundesparteitag  
SPD Bundestagsfraktion

Betrifft: Verpflichtende Möglichkeit der Kartenzahlung

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Möglichkeit der Kartenzahlung als  
2 verpflichtende Möglichkeit neben der Barzahlung für jedwede Transaktion im Gesetz zu  
3 verankern.

4

5 Dabei soll die in § 14 Abs. 1 Satz 2 BBankG festgelegte Möglichkeit der Barzahlung erweitert  
6 und nicht ersetzt werden.

7

### 8 **Begründung:**

9

10 In der digitalisierten und globalisierten Welt ist Deutschland nach wie vor langsam bei der  
11 Durchdringung und Akzeptanz neuer Technologien in unserem Alltag und bleibt im Vergleich  
12 zu anderen Ländern zurück. Daher muss die Politik hier korrektiv mit kleinen Maßnahmen  
13 eingreifen.

14

15 Bisher scheitert die Umsetzung in der Praxis vor allem an den Gebühren, die auf  
16 Transaktionen erhoben werden und die Gewerbetreibenden im Vergleich zum Bargeld  
17 finanziell schlechter dastehen lässt.

18

19 Die Vorteile überwiegen am Ende jedoch. Das kontaktlose Bezahlen schafft  
20 Geschwindigkeit, die Transaktionen verhindern Geldwäsche und Schwarzarbeit.

21

22 Aus diesen Gründen sollte die verpflichtende Möglichkeit der Kartenzahlung neben der  
23 Bargeldzahlung etabliert werden.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B9

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Philippinenhof/W.

Adressat: An die Bundespartei  
SPD-Bundesparteitag

Betrifft: Gleichbehandlung der Schöffen

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Zur Gleichbehandlung der Schöffen:

2 Erläuterung

3 Das Bundesarbeitsgericht (BAG) Erfurt hatte im Januar 2009 entschieden, dass Angestellte  
4 im öffentlichen Dienst nur in der Kernarbeitszeit freizustellen sind. Im Richtergesetz heißt es  
5 jedoch: „Die ehrenamtlichen Richter werden von der Arbeit freigestellt“. Das hat zur Folge,  
6 dass Angestellte, die in einem Gleitzeit-modell arbeiten, alles außerhalb der Kernzeiten  
7 nacharbeiten müssen. Beamte sind jedoch dazu nicht verpflichtet, da für sie nicht der TVöD  
8 gilt, der die Rechtsbasis für dieses Urteil bildet.

9

10 Der Bundesparteitag möge beschließen:

11 Ein Schöffe obgleich Beamter oder Angestellter wird von Dienst während seiner  
12 Schöffentätigkeit befreit, so wie es im Richtergesetz festgeschrieben steht.

13

### 14 Begründung:

15

16 Die Schöffentätigkeit ist ein besonderes Ehrenamt, denn hierbei führt der Staat hoheitliche  
17 Aufgaben aus, die dazu dienen den Rechtsstaat zu stärken und zu ermöglichen. Der Schöffe  
18 ist somit ein Grundpfeiler der demokratischen Grundordnung. Der Richterspruch orientiert  
19 sich lediglich an tarifrechtlichen Rahmenbedingungen und lässt Zweifel aufkommen, ob die  
20 Richter sich ihrer Verantwortung für diesen Staat und auch für das Funktionieren eines  
21 Justizapparates bewusst waren. Um auch in Zukunft genau dies zu gewährleisten und auch  
22 zur Abschaffung einer durch nichts zu begründeten Ungleichbehandlung der Angestellten  
23 des öffentlichen Dienstes zu den Beamten, muss hier wieder der Grundsatz für alle gelten  
24 wie es im Richtergesetz steht:

25 „Die ehrenamtlichen Richter werden von der Arbeit freigestellt“.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B10

---

Antragsteller: AG 60 plus

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Bundesparteitag

Betrifft: Beitragsrecht

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion  
2 werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die mit dem unter sozialdemokratischer  
3 Verantwortung beschlossenen Gesundheitsmodernisierungsgesetz 2004 eingeführte volle  
4 Beitragsbelastung der Betriebsrenten zur Kranken- und Pflegeversicherung gestrichen wird.

5

6 Wie in der gesetzlichen Rentenversicherung soll künftig auch auf die ausgezahlten  
7 Betriebsrenten nur der halbe Beitragssatz berechnet werden.

8

9 Die dadurch in der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung entstehende  
10 Finanzierungslücke ist durch Steuerfinanzierung zu decken.

11

### 12 **Begründung:**

13

14 Der politische Einsatz für eine Stärkung der Betriebsrenten als einer Säule der  
15 Alterssicherung bleibt unglaublich, wenn es weiterhin bei einer Doppelbelastung der  
16 Betriebsrentner\*innen aus Sozialabgaben bleibt.



# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B11

---

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Landesparteitag  
SPD-Bundesparteitag  
Juso-Bezirkskonferenz  
Juso-Landeskonferenz  
Juso-Bundeskongress

Betrifft: Wir fahr'n fahr'n fahr'n auf der Autobahn

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Klimaschutzes streben wir eine allgemeine
- 2 Geschwindigkeitsbegrenzung in Höhe von 130 km/h auf den Autobahnen in Deutschland an.

3

#### 4 **Begründung:**

5

- 6 Auf dem Parteitag in Hamburg 2007 haben wir beschlossen: „Ein schneller und unbüro-
- 7 kratischer Weg zum Klimaschutz ist die Einführung einer allgemeinen Geschwindigkeits-
- 8 begrenzung von 130 km/h.“

9

- 10 Diesen Weg wollen wir nun endlich gehen, denn neben dem klimatischen Argument gesellen
- 11 sich Berechnungen, nach denen ca. 140 Menschen jährlich weniger auf deutschen
- 12 Autobahnen sterben müssen, wenn es ein Tempolimit gibt.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B12

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Philippinenhof/W.

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord

Betrifft: Rentensystem umbauen

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Das Rentensystem in Deutschland soll entsprechend des Schweizer Rentensystems  
2 umgebaut werden. Das Rentensystem der Schweiz beruht auf drei Säulen. In Deutschland  
3 soll zukünftig anlehnend an das Schweizer Modell dieselbe Rentensystematik eingeführt  
4 werden. In der ersten Säule der Allgemeinen Rentenkasse sollen alle Berufsgruppen als  
5 Einzahler einbezogen werden. Der Beitragssatz soll vom Einkommen abhängig sein wobei  
6 eine Mindestrente als auch eine Höchstrente ausbezahlt wird. Beide Eckwerte sind nicht an  
7 die jeweils eingezahlten Rentenbeiträge gekoppelt.

8

### 9 Begründung:

10

11 Es wird immer nur am bestehenden Rentensystem operiert, wohlwissend, dass die stärksten  
12 Jahrgänge in ca. 15 bis 20 Jahren erst noch in Rente gehen werden. Der demographische  
13 Wandel macht das bisherige System mit seiner zu geringen Einzahlerbasis unattraktiv. Die  
14 jetzige Rente müsste vom Staat her höher subventioniert werden, oder das  
15 Renteneintrittsalter wird auf absurde 70 Jahre und höher klettern. Ein System mit einer  
16 breiten Basis an Einzählern ist deshalb durchfinanziert, weil der Beitrag zur Rente vom  
17 Einkommen abhängig wäre nicht jedoch die spätere Rentenauszahlung! In diesem System  
18 werden die sehr Wohlhabenden mit sehr hohen Beiträgen einen guten Teil des  
19 Rentensystems finanzieren bzw. subventionieren, weil ihr Rentenanspruch geringer ist, als  
20 die gezahlten Rentenbeiträge. Gleichzeitig werden Geringverdiener trotz eines niedrigen  
21 Rentenbeitrages eine existenzsichernde Rente beziehen können. Berufsverbände, die dies  
22 für ihre Mitglieder ablehnen, täuschen die eigenen Leute in Wahrheit, denn zukünftig wird der  
23 Steuerzahler das bisherige System verstärkt finanzieren müssen, hiervon ausgenommen  
24 einige wenige, die in dieses Steuersystem nicht einzahlen müssen.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B13

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Philippinenhof/W.

Adressat: An die Bundespartei

Betrifft: Schieneninfrastruktur

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Die SPD setzt sich für den Vorrang der Schiene bei der Verbesserung der Infrastruktur ein:  
2

3 **Begründung:**  
4

5 Seit den achtziger Jahren ist in das System Schiene unzulänglich investiert worden.  
6 Deutschland ist im Jahr 1996 mit den Niederlanden und der Schweiz Verträge zum  
7 Schienenausbau eingegangen und hat sie bis heute nicht umgesetzt. Während die Schweiz  
8 den Gotthardtunnel für 12 Mrd. SF fertiggestellt hat und die Niederländer für ca. 10 Mrd. €  
9 Güterverkehrsstrecken gebaut haben, sind in Deutschland trotz veralteter Infrastruktur die  
10 Mittel in fragwürdige Großprojekte gesteckt worden. Stattdessen wurden sogar noch ca.  
11 5.000 km Gleise abgebaut. Das Ergebnis dieser Politik sind von LKW's überfüllte  
12 Autobahnen, marode Straßen und Brückenbauwerke, die den Belastungen nicht mehr  
13 standhalten. Im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn werden aktuell in Deutschland  
14 pro Kopf in 69 Euro in die Schieneninfrastruktur investiert, in Schweden sind es 207 € und in  
15 der Schweiz 362 Euro. Selbst bei der Signal- und Sicherungstechnik arbeitet die Bahn immer  
16 noch mit der Technik vom Beginn des letzten Jahrhunderts! In fast 1000 mechanischen und  
17 elektromechanischen Stellwerken kontrollieren die Fahrdienstleiter Gleisfreiheit nur auf Sicht!

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B14

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Vorderer Westen

Adressat: SPD Bezirkspartei  
SPD Landesparteitag  
SPD Bundesparteitag

Betrifft: HARTZ IV: Reform überfällig!

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Arbeitslosengeld II (Hartz 4) muss grundlegend und nach struktureller Art und im Hinblick auf
- 2 bisher objektiv zu stark eingeschränkte Leistungsansprüche reformiert werden.
- 3
- 4 Im Einzelnen muss folgendes erreicht werden:
- 5 • Abschaffung des Instituts der Bedarfsgemeinschaft und damit der Berücksichtigung des
- 6 Partnereinkommens nur dann, wenn das Einkommen den individuellen Bedarf des
- 7 Partners übersteigt.
- 8 • Verbesserung der Leistungen für Kinder:
- 9 – keine Anrechnung des Kindeseinkommens auf das Einkommen der übrigen
- 10 Mitglieder der Familie (keine Bedarfsgemeinschaft, s. zuvor);
- 11 – vollständige Lernmittelfreiheit an den Schulen und Übernahme des tatsächlichen
- 12 Schulbedarfs darüber hinaus;
- 13 – keine Anrechnung von anderen Sozialleistungen auf Leistungen für Kinder nach
- 14 dem SGB II;
- 15 – alle Leistungen für Kinder aus einer Hand.
- 16 • Reduzierung der Sanktionen auf einen Kernbereich (z.B. Ablehnung einer zumutbaren
- 17 Arbeit); d.h. konkret Abschaffung der Sanktionen wegen Meldeversäumnissen und
- 18 Nichtbefolgung von Obliegenheiten aus der Eingliederungsvereinbarung soweit sie
- 19 nicht den benannten Kernbereich betreffen;
- 20 • Abschaffung der Sanktionierung in Unterkunftsleistungen;

- 21 • Einräumung eines Ermessens für die Verwaltung bei der Frage des „Ob“ der  
22 Sanktionierung sowie der Höhe der Sanktion;
- 23 • Abschaffung der besonderen Sanktionierung von Unter-25-Jährigen;
- 24 • lange Karenzzeit beim Übergang von Leistungen nach dem SGB III zum  
25 Leistungsbezug nach SGB II, insbesondere bei langjähriger Beitragszahlung zur  
26 Arbeitslosenversicherung und langer Erwerbsbiografie;
- 27 • Erweiterung der Freistellung einer selbstgenutzten Immobilie (wenn diese aus einem  
28 kleinen bis mittleren Einkommen heraus finanziert wurde);
- 29 • Bereitstellung ausreichender personeller (Fallzahlen) und sächlicher Ressourcen die ein  
30 wirksames Case Management auf der Basis der individuellen Entwicklungsfähigkeit und  
31 der persönlichen Ausgangslage des Leistungsberechtigten ermöglichen;
- 32 • stärkere Berücksichtigung von individuellen Kenntnissen und Fähigkeiten der  
33 Leistungsberechtigten bei der Beurteilung, ob eine angebotene Maßnahme oder eine  
34 berufliche Tätigkeit zumutbar ist;
- 35 • Abschaffung des starren Katalogs der Voraussetzungen für die Zumutbarkeit einer  
36 Arbeit;
- 37 • stärkere Implementierung der Möglichkeiten auch Weiter- und Fortbildung durch  
38 Eingliederungsleistungen des SGB II zu finanzieren, die nicht ausschließlich auf die  
39 Aufnahme einer Tätigkeit zur Überwindung oder Minderung des Hilfebedarfs, sondern  
40 eine längerfristige Integration in den ersten Arbeitsmarkt durch Qualifizierung gerichtet  
41 sind;
- 42 • höhere Hinzuverdienstgrenzen;
- 43 • Anhebung der Steuerfreigrenzen für niedrige Einkommen;
- 44 • Schaffung einer Norm, nach der Anspruch auf die Deckung einmaliger unvorhersehbar  
45 auftretender Bedarfe besteht (weiße Ware etc.)

46

47 **Begründung:**

48

49 Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit!

50 Im Interesse des Ausbaus der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland sowie des Abbaus  
51 sozialer Ungleichheit und Benachteiligung fordern wir eine Reform des SGB II, ohne das  
52 System vollständig aufzugeben. Existenzsicherung ist durch den Staat nach Art. 1 Abs. 1  
53 i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG zu gewährleisten. Der Staat muss seinen Bürgern Mittel zur  
54 Ermöglichung eines würdevollen Lebens auch in bedrängenden finanziellen Situationen zur  
55 Verfügung stellen. Der Fokus des Gesetzes muss jedoch in Zukunft mehr auf Leistungen für  
56 Hilfen zum Befähigungsausbau der Leistungsbezieher gerichtet sein. Nur so kann  
57 gewährleistet werden, dass es Leistungsbeziehern gelingt, ein würdevolles Leben auch  
58 (wieder) ohne finanzielle staatliche Hilfe führen zu können.

- 59 Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit verlangt auch eine gerechte Verteilungspolitik.  
60 Sozialpolitik muss gerechte Verteilungspolitik sein und damit zu einem gerechten Ausgleich  
61 der Vermögens- und Einkommensverhältnisse führen.
- 62 Die Herstellung und Aufrechterhaltung sozialer Gerechtigkeit bedeutet den Schutz von  
63 Demokratie und Rechtsstaat.
- 64 Soziale Gerechtigkeit bedeutet:
- 65 - das Ermöglichen einer gleichberechtigten Teilhabe von Kindern und Erwachsenen an  
66 gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Prozessen und Entwicklungen.  
67 Der Staat muss seine Bürger\*innen vor strukturell bedingten Notlagen schützen und bei  
68 biografischen Bruchstellen Hilfsangebote machen, um seinen Bürger\*innen eine  
69 gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dies  
70 ermöglicht soziale Sicherheit und damit sozialen Frieden.
  - 71 - Soziale Gerechtigkeit braucht dabei solidarisches Miteinander.
  - 72 - Jeder Bürger und jede Bürgerin muss darauf vertrauen können, dass die solidarische  
73 Gesellschaft für die Sicherstellung des sächlichen Existenzminimums und die  
74 Sicherstellung der Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben  
75 sorgt.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B15

---

Antragsteller: AG 60 plus  
Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
Betrifft: HARTZ IV: REFORM ÜBERFÄLLIG!

angenommen       abgelehnt       überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit!  
2  
3 Für eine moderne und solidarische Arbeitsmarktpolitik  
4 Im Interesse des Ausbaus der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland sowie des Abbaus  
5 sozialer Ungleichheit und Benachteiligung fordern wir eine Reform des SGB II, ohne das  
6 System vollständig aufzugeben. Existenzsicherung ist durch den Staat nach Art. 1 Abs. 1  
7 i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG zu gewährleisten. Der Staat muss seinen Bürgern Mittel zur  
8 Ermöglichung eines würdevollen Lebens auch in bedrängenden finanziellen Situationen zur  
9 Verfügung stellen. Der Fokus des Gesetzes muss jedoch in Zukunft mehr auf Leistungen für  
10 Hilfen zum Befähigungsausbau der Leistungsbezieher gerichtet sein. Nur so kann  
11 gewährleistet werden, dass es Leistungsbeziehern gelingt, ein würdevolles Leben auch  
12 (wieder) ohne finanzielle staatliche Hilfe führen zu können.  
13  
14 Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit verlangt auch eine gerechte Verteilungspolitik.  
15 Sozialpolitik muss gerechte Verteilungspolitik sein und damit zu einem gerechten  
16 Ausgleich der Vermögens- und Einkommensverhältnisse führen.  
17  
18 Die Herstellung und Aufrechterhaltung sozialer Gerechtigkeit bedeutet den Schutz von  
19 Demokratie und Rechtsstaat.  
20  
21 Soziale Gerechtigkeit bedeutet:  
22  
23 • das Ermöglichen einer gleichberechtigten Teilhabe von Kindern und Erwachsenen an  
24 gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Prozessen und Entwicklungen.  
25 Der Staat muss seine Bürger\*innen vor strukturell bedingten Notlagen schützen und  
26 bei biografischen Bruchstellen Hilfsangebote machen, um seinen Bürger\*innen eine  
27 gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dies  
28 ermöglicht soziale Sicherheit und damit sozialen Frieden.  
29  
30 • Soziale Gerechtigkeit braucht dabei solidarisches Miteinander.  
31  
32 • Jeder Bürger und jede Bürgerin muss darauf vertrauen können, dass die solidarische  
33 Gesellschaft für die Sicherstellung des sächlichen Existenzminimums und die  
34 Sicherstellung der Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen  
35 Leben sorgt.

36 Es geht vor dem Hintergrund dieser unabdingbaren Grundsätze aktuell nicht darum, die  
37 Hartz IV Gesetze abzuschaffen, sondern deren offensichtliche Defizite struktureller Art und  
38 im Hinblick auf bisher objektiv zu stark eingeschränkte Leistungsansprüche zu reformieren.  
39 Im Einzelnen muss folgendes erreicht werden:

40

41 • Abschaffung des Instituts der Bedarfsgemeinschaft und damit der Berücksichtigung  
42 des Partnereinkommens nur dann, wenn das Einkommen den individuellen Bedarf  
43 des Partners übersteigt.

44

45 • Verbesserung der Leistungen für Kinder:

46 - keine Anrechnung des Kindeseinkommens auf das Einkommen der übrigen  
47 Mitglieder der Familie (keine Bedarfsgemeinschaft, s. zuvor);

48

49 - vollständige Lernmittelfreiheit an den Schulen und Übernahme des tatsächlichen  
50 Schulbedarfs darüber hinaus;

51

52 - keine Anrechnung von anderen Sozialleistungen auf Leistungen für Kinder nach dem  
53 SGB II;

54 - alle Leistungen für Kinder aus einer Hand.

55

56 • Reduzierung der Sanktionen auf einen Kernbereich (z.B. Ablehnung einer  
57 zumutbaren Arbeit); d.h. konkret Abschaffung der Sanktionen wegen  
58 Meldeversäumnissen und Nichtbefolgung von Obliegenheiten aus der  
59 Eingliederungsvereinbarung soweit sie nicht den benannten Kernbereich betreffen;

60

61 • Abschaffung der Sanktionierung in Unterkunftleistungen;

62

63 • Einräumung eines Ermessens für die Verwaltung bei der Frage des „Ob“ der  
64 Sanktionierung sowie der Höhe der Sanktion;

65

66 • Abschaffung der besonderen Sanktionierung von Unter-25-Jährigen;

67

68 • lange Karenzzeit beim Übergang von Leistungen nach dem SGB III zum  
69 Leistungsbezug nach SGB II, insbesondere bei langjähriger Beitragszahlung zur  
70 Arbeitslosenversicherung und langer Erwerbsbiografie;

71

72 • Erweiterung der Freistellung einer selbstgenutzten Immobilie (wenn diese aus einem  
73 kleinen bis mittleren Einkommen heraus finanziert wurde);

74

75 • Bereitstellung ausreichender personeller (Fallzahlen) und sächlicher Ressourcen die  
76 ein wirksames Case Management auf der Basis der individuellen  
77 Entwicklungsfähigkeit und der persönlichen Ausgangslage des Leistungsberechtigten  
78 ermöglichen;

79

80 • stärkere Berücksichtigung von individuellen Kenntnissen und Fähigkeiten der  
81 Leistungsberechtigten bei der Beurteilung, ob eine angebotene Maßnahme oder eine  
82 berufliche Tätigkeit zumutbar ist;

83

84 • Abschaffung des starren Katalogs der Voraussetzungen für die Zumutbarkeit einer  
85 Arbeit;

86

87 • stärkere Implementierung der Möglichkeiten auch Weiter- und Fortbildung durch  
88 Eingliederungsleistungen des SGB II zu finanzieren, die nicht ausschließlich auf die  
89 Aufnahme einer Tätigkeit zur Überwindung oder Minderung des Hilfebedarfs, sondern  
90 eine längerfristige Integration in den ersten Arbeitsmarkt durch Qualifizierung  
91 gerichtet sind;



92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99

- höhere Hinzuverdienstgrenzen;
- Anhebung der Steuerfreigrenzen für niedrige Einkommen;
- Schaffung einer Norm, nach der Anspruch auf die Deckung einmaliger unvorhersehbar auftretender Bedarfe besteht (weiße Ware etc.).

100 **Begründung:**

101

102 Erfolgt mündlich.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B16

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Wehlheiden

Adressat: SPD-Bezirkspartei  
SPD-Landesparteitag  
SPD-Bundesparteitag

Betrifft: Hartz IV Reform überfällig

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit!

2

3 Im Interesse des Ausbaus der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland sowie des Abbaus  
4 sozialer Ungleichheit und Benachteiligung fordern wir eine Reform des SGB II, ohne das  
5 System vollständig aufzugeben. Existenzsicherung ist durch den Staat nach Art. 1 Abs. 1  
6 iVm Art. 20 Abs. 1 GG zu gewährleisten. Der Staat muss seinen Bürgern Mittel zur  
7 Ermöglichung eines würdevollen Lebens auch in bedrängenden finanziellen Situationen zur  
8 Verfügung stellen. Der Fokus des Gesetzes muss jedoch in Zukunft mehr auf Leistungen für  
9 Hilfen zum Befähigungsausbau der Leistungsbezieher gerichtet sein. Nur so kann  
10 gewährleistet werden, dass es Leistungsbezieher gelingt, ein würdevolles Leben auch  
11 (wieder) ohne finanzielle staatliche Hilfe führen zu können.

12

13 Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit verlangt auch eine gerechte Verteilungspolitik.  
14 Sozialpolitik muss gerechte Verteilungspolitik sein und damit zu einem gerechten  
15 Ausgleich der Vermögens- und Einkommensverhältnisse führen.

16

17 Die Herstellung und Aufrechterhaltung sozialer Gerechtigkeit bedeutet den Schutz von  
18 Demokratie und Rechtsstaat.

19

20 Soziale Gerechtigkeit bedeutet:

21

22 → das Ermöglichen einer gleichberechtigten Teilhabe von Kindern und Erwachsenen an  
23 gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Prozessen und Entwicklungen.

24 Der Staat muss seine Bürger\*innen vor strukturell bedingten Notlagen schützen und  
25 bei biografischen Bruchstellen Hilfsangebote machen, um seinen Bürger\*innen eine  
26 gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dies  
27 ermöglicht soziale Sicherheit und damit sozialen Frieden.

28

29 Soziale Gerechtigkeit braucht dabei solidarisches Miteinander.

30

31 Jeder Bürger und jede Bürgerin muss darauf vertrauen können, dass die solidarische  
32 Gesellschaft für die Sicherstellung des sächlichen Existenzminimums und die  
33 Sicherstellung der Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen  
34 Leben sorgt.

35

36 Es geht vor dem Hintergrund dieser unabdingbaren Grundsätze aktuell nicht darum, die  
37 Hartz IV Gesetze abzuschaffen, sondern deren offensichtliche Defizite struktureller Art und  
38 im Hinblick auf bisher objektiv zu stark eingeschränkte Leistungsansprüche zu reformieren.

39

40 Im Einzelnen muss folgendes erreicht werden:

41

42 • Abschaffung des Instituts der Bedarfsgemeinschaft und damit der Berücksichtigung  
43 des Partnereinkommens nur dann, wenn das Einkommen den individuellen Bedarf des  
44 Partners übersteigt.

45 • Verbesserung der Leistungen für Kinder

46 - keine Anrechnung des Kindeseinkommens auf das Einkommen der übrigen  
47 Mitglieder der Familie (keine Bedarfsgemeinschaft, s. zuvor);

48

49 - Vollständige Lernmittelfreiheit an den Schulen und Übernahme des tatsächlichen  
50 Schulbedarfs darüber hinaus;

51

52 - Keine Anrechnung von anderen Sozialleistungen auf Leistungen für Kinder nach  
53 dem SGB II

54

55 - Alle Leistungen für Kinder aus einer Hand

56

57 • Reduzierung der Sanktionen auf einen Kernbereich (zB Ablehnung einer zumutbaren  
58 Arbeit); dh konkret Abschaffung der Sanktionen wegen Meldeversäumnissen und  
59 Nichtbefolgung von Obliegenheiten aus der Eingliederungsvereinbarung soweit sie  
60 nicht den benannten Kernbereich betreffen;

61 • Abschaffung der Sanktionierung in Unterkunftsleistungen;

- 62 • Einräumung eines Ermessens für die Verwaltung bei der Frage des "Ob" der  
63 Sanktionierung sowie der Höhe der Sanktion;
- 64 • Abschaffung der besonderen Sanktionierung von Unter-25-Jährigen  
65
- 66 • Lange Karenzzeit beim Übergang von Leistungen nach dem SGB III zum  
67 Leistungsbezug nach SGB II, insbesondere bei langjähriger Beitragszahlung zur  
68 Arbeitslosenversicherung und langer Erwerbsbiografie
- 69 • Erweiterung der Freistellung einer selbstgenutzten Immobilie (wenn diese aus einem  
70 kleinen bis mittleren Einkommen heraus finanziert wurde)
- 71 • Bereitstellung ausreichender personeller (Fallzahlen) und sächlicher Ressourcen die  
72 ein wirksames Casemanagement auf der Basis der individuellen  
73 Entwicklungsfähigkeit und der persönlichen Ausgangslage des Leistungsberechtigten  
74 ermöglichen.
- 75 • Stärkere Berücksichtigung von individuellen Kenntnissen und Fähigkeiten der  
76 Leistungsberechtigten bei der Beurteilung, ob eine angebotene Maßnahme oder eine  
77 berufliche Tätigkeit zumutbar ist; Abschaffung des starren Katalogs der  
78 Voraussetzungen für die Zumutbarkeit einer Arbeit.
- 79 • Stärkere Implementierung der Möglichkeiten auch Weiter- und Fortbildung durch  
80 Eingliederungsleistungen des SGB II zu finanzieren, die nicht ausschließlich auf die  
81 Aufnahme einer Tätigkeit zur Überwindung oder Minderung des Hilfebedarfs, sondern  
82 eine längerfristige Integration in den ersten Arbeitsmarkt durch Qualifizierung  
83 gerichtet sind,
- 84 • Höhere Hinzuverdienstgrenzen
- 85 • Anhebung der Steuerfreigrenzen für niedrige Einkommen
- 86 • Schaffung einer Norm, nach der Anspruch auf die Deckung einmaliger  
87 unvorhersehbar auftretender Bedarfe besteht (weiße Ware etc.)

88

89 **Begründung:**

90

91 Erfolgt mündlich.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B17

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Wehlheiden

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft: Keine Rekrutierung Minderjähriger

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Im Jahr 2017 wurden 2.126 Minderjährige als Soldatinnen bzw. Soldaten eingestellt. Die
- 2 Bundeswehr spricht durch gezielte Werbung insbesondere Teenager an, sich zu bewerben.
- 3 Die SPD Kassel fordert, das Rekrutierungsalter auf mindestens 18 Jahre hochzusetzen.

4

#### 5 **Begründung:**

6

- 7 Ab 18 wird erst die nötige geistige Reife vorausgesetzt, um für den Bundestag zu wählen.
- 8 Die volle Strafmündigkeit wird mit 18 bzw. 21 Jahren angenommen, aber die Bundeswehr
- 9 sucht sich gezielt Minderjährige als Rekruten.

10

- 11 Im Jahr 2017 wurden 843 Soldatinnen und Soldaten von der Bundeswehr entlassen, die bei
- 12 der Einstellung erst 17 Jahre waren.

13

- 14 Unicef definiert alle Soldaten unter 18 als Kindersoldaten.

15

- 16 Deutschland hat 2004 das Fakultativprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet,
- 17 das grundsätzlich ein Mindestalter von 18 Jahren vorsieht. Seitdem wird von einer
- 18 Sonderregelung Gebrauch gemacht, die sich immer mehr zur Regel entwickelt.

19

- 20 Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes forderte bereits 2008, das
- 21 Mindestrekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B18

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Wehlheiden

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft: Mindestlohn für Langzeitarbeitslose

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Der gewünschte Effekt der Einstellung Langzeitarbeitsloser hat sich nicht gezeigt, daher soll
- 2 der Mindestlohn auch für Langzeitarbeitslose gelten, sobald sie eine Beschäftigung
- 3 aufnehmen. Zur Umsetzung soll §22 Abs. 4 Millog ersatzlos gestrichen werden.

4

### 5 **Begründung:**

6

7 Erfolgt mündlich.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag B19

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Wehlheiden

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Landesparteitag  
SPD-Bundesparteitag

Betrifft: Neuausrichtung der SPD

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Dem laut SPD-Parteibeschluss notwendigen inhaltlichen und organisatorischen  
2 Neuaufstellungsprozess fehlen bisher die Konturen, sowohl programmatisch als auch  
3 strukturell und personell. Wir brauchen deshalb von der Ebene der OV's über die UB's bis hin  
4 zur Bundespartei Kommissionen, die diesen Prozess mit Inhalten füllen und sich dabei an  
5 dem orientieren, was für die große Mehrheit der Menschen am dringendsten und darüber  
6 hinaus perspektivisch am nötigsten politisch auf den Weg gebracht werden muss.

7

8 Diese Kommissionen, die offen für alle Mitglieder sein müssen, sollen das Gerüst innerhalb  
9 der SPD entwickeln, um Richtungsänderungen der bisherigen Politik voranzubringen, die für  
10 die Menschen in beruflicher Beschäftigung und im Geflecht der Sozial- und Bildungssysteme  
11 spürbare Erfolge bringen und zwar mittel- und langfristig.

12

### 13 **Begründung:**

14

15 Statt die programmatische Linie der Ex-Regierungen H. Schmidt und G. Schröder  
16 fortzusetzen, muss sich die Partei wieder in die Traditionen von August Bebel und Willy  
17 Brandt stellen. W. Brandt hat damals mit seiner Reformpolitik junge Generationen  
18 mitgerissen und so die SPD mehrheitsfähig gemacht.

19

20 Andreas als damals verkörpert die SPD heute keine überzeugende Alternative zu den  
21 übrigen Parteien, was die verheerenden Wahlergebnisse zeigen.

22

23 Was sie braucht, sind Inhalte mit fortschrittlichen Ideen und neue Köpfe, die eine politische  
24 Aufbruchstimmung verbreiten.

25

26 Nehmen wir das Bildungswesen als zentralen Punkt, welches im Zeitalter des  
27 Neoliberalismus durch eine zunehmende Spaltung in verwahrloste öffentliche Schulen für  
28 die vielen und staatliche subventionierten Bildungsstätten für Wenige daherkommt.

29

30 Dieser Prozess muss gestoppt werden.

31

32 Ein Hinweis in diesem Zusammenhang: Mit einer 0,5%igen Steuer auf Vermögen könnte die  
33 Zahl der Lehrkräfte auf das Niveau von Finnland oder Luxemburg gebracht werden.

34

35 Also, was wir brauchen: eine deutliche Bildungsexpansion, einen kommunalen  
36 Wohnungsbau, eine „echte“ Mietpreisbremse, eine Bodenrechtsreform, eine Agrarwende  
37 und real Schritte zum Klimaschutz. Dies wären systemüberwindende Reformen, die den  
38 Raum der öffentlichen Güter und der Daseinsvorsorge erweitern und alles, was ein gutes  
39 Leben sichert, dem Markt entziehen würde. Ein sozusagen investierender, aktiver Staat wäre  
40 eine epochale Antwort auf eine Wirtschaft im Neoliberalismus, deren Dynamik das Leben der  
41 Einzelnen zunehmend unsicher macht. An dieser Stelle wären wir bei der Parole der alten  
42 Sozialdemokratie angelangt, nämlich den Zukunftsstaat zu schaffen.

43

44 Ganz im Sinne von Parlamentariern wie A. Bebel oder W. Brandt, die diese Visionen konkret  
45 dargestellt und als motivierenden Horizont des täglichen Handelns begriffen und dies nicht  
46 nur im „Kurzfristdenken“ der heutigen Zeit von einer Wahlperiode zur nächsten letztlich  
47 untergehen lassen. Die SPD von heute muss also den Versuch wagen, auch mit neuen  
48 Köpfen grundsätzliche Richtungsänderungen im o.g. Sinne anzupacken. Das heißt aber  
49 auch, dass mit der Generation Schröder solche Politikfelder eher nicht umzusetzen sind. Wer  
50 meint, dies sei alles in der jetzigen Zeit sehr unrealistisch, dem sei mit B. Brecht gesagt,  
51 dass „Umwälzungen nur in Sackgassen stattfinden“.



# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag L1

---

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Landesparteitag  
Juso-Bezirkskonferenz  
Juso-Landeskonferenz

Betrifft: Bürgerbegehren reformieren

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Die Gemeindeordnung soll so geändert werden, dass die Initiator\*innen eines  
2 Bürgerbegehren bereits bei 1/10 der erreichten Stimmen eine Zulässigkeitsprüfung  
3 einfordern können. Bei kleineren Beanstandungen soll das Begehren weiterlaufen und  
4 angepasst werden. Die bereits gesammelten Stimmen sollen weiterzählen. Bei größeren  
5 Beanstandungen müssen die Initiator\*innen jedoch von vorne mit der  
6 Unterschriftensammlung beginnen.

7

### 8 **Begründung:**

9

10 Die aktuelle Vorgehensweise bei Bürgerbegehren erzeugt unnötigen Frust. Das bekommen  
11 wir besser hin.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag L2

---

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Landesparteitag  
SPD-Landtagsfraktion  
Juso-Bezirkskonferenz  
Juso-Landeskonferenz

Betrifft: Psychologieunterricht in allgemeinbildenden Schulen

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 In Hessen soll in allgemeinbildenden Schulen Psychologie als eigenständiges  
2 Unterrichtsfach eingeführt werden!

3

#### 4 **Begründung:**

5

6 Schule hat vor allem das Ziel Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten ein  
7 mündiges Mitglied der Gesellschaft sein zu dürfen und auf berufliche Werdegänge  
8 vorzubereiten. Ganz gleich welchen Weg eine Person einnimmt führt kein Weg daran vorbei  
9 mit Eigenarten des menschlichen Erlebens und Verhaltens konfrontiert zu werden und sich  
10 damit auseinander zu setzen. Sei es mit der Dynamik von Gruppen, wie z.B. Prozesse der  
11 Abgrenzung und Konformität mit sozialen Normen, oder mit den psychologischen Strategien,  
12 die genutzt werden, um Produkte oder Projekte besser im Markt zu positionieren (z.B.  
13 Marketing, Nudging, Defaultstrategien). Damit junge Menschen ihr Verhalten selbst  
14 bestimmen können, sollten sie im schulischen Kontext die Gelegenheit bekommen sich mit  
15 den unbewussten Prozessen auseinanderzusetzen, um sich ihnen bewusst entgegen  
16 stellen zu können. Darüber hinaus sieht sich Schule in vieler Hinsicht mit psychosozialen  
17 Schwierigkeiten, wie Leistungsängste, Gewalt, Diskriminierung, Mobbing u.ä. konfrontiert.  
18 Zudem sind Defizite im Gesundheitsverhalten wahrzunehmen, beispielsweise der adäquate  
19 Umgang mit Stressereignissen und der Umgang mit Suchtverhalten. Bei 12-18 Jährigen liegt  
20 z.B. eine Einjahresprävalenz von 3,1 % allein für Depression vor. Diese Argumente  
21 verdeutlichen die Relevanz von Psychologie in der Schule und so sprechen sich auch seit  
22 langem die bundesweiten Verbände von Psycholog\*innen wie der Executive Council der  
23 European Federation of Psychologists' Associations (EFPA), der Berufsverband Deutscher  
24 Psychologinnen und Psychologen (BDP), die Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs)  
25 und die Kommission Psychologie in den Lehramtsstudiengängen für eine qualifizierte  
26 psychologische Bildung in die Schulen in allen Bundesländern aus.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag K1

---

Antragsteller: AG 60 plus

Adressat: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Betrifft: Gendergerechte Sprache in der Verwaltung

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die SPD- Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung wird aufgefordert, sich für die
- 2 Erarbeitung und Umsetzung eines Konzeptes für die gendergerechte Sprache in der
- 3 Verwaltung der Stadt Kassel einzusetzen. Dadurch sollen auch die 102 365 Frauen
- 4 (Stand 2017) und alle anderen Geschlechter von der Stadt angesprochen werden.

5

### 6 **Begründung:**

7

- 8 Laut Artikel 3 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes sind Männer und Frauen gleichberechtigt und
- 9 kein Mensch darf aufgrund des Geschlechtes benachteiligt oder bevorzugt werden. Dies ist
- 10 durch die derzeitig verwendete Sprache der Verwaltung nicht gegeben. Die gendergerechte
- 11 Sprache ermöglicht die Gleichberechtigung von Frauen und Menschen anderer
- 12 Geschlechtszugehörigkeit und macht diese sichtbar. Dabei geht es auch um das
- 13 grundsätzliche Ziel der Gleichberechtigung in allen gesellschaftlichen Bereichen.

14

- 15 Das die Umsetzung eines solchen Konzeptes möglich ist zeigt die Stadt Hannover. Eine
- 16 Orientierung an ihrem Konzept wäre wünschenswert. Dazu werden in den meisten Fällen die
- 17 Pluralformen verwendet (Bsp. Auszubildender – die Auszubildenden; Mitarbeiterinnen und
- 18 Mitarbeiter – die Mitarbeitenden), bei der Nennung beider Formen wird der „Gender-Star“
- 19 benutzt (Bsp. Kolleg\*innen).

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag K2

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Wehlheiden  
Adressat: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung  
Betrifft: Gendergerechte Sprache in der Verwaltung

angenommen       abgelehnt       überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung wird aufgefordert, sich für die  
2 Erarbeitung und Umsetzung eines Konzeptes für die gendergerechte Sprache in der  
3 Verwaltung der Stadt Kassel einzusetzen. Dadurch sollen auch die 102.365 Frauen (Stand  
4 2017) und alle anderen Geschlechter von der Stadt angesprochen werden.

5  
6 **Begründung:**

7  
8 Laut Artikel 3 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes sind Männer und Frauen gleichberechtigt und  
9 kein Mensch darf aufgrund des Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt werden. Dies ist  
10 durch die derzeitig verwendete Sprache der Verwaltung nicht gegeben. Die gendergerechte  
11 Sprache ermöglicht die Gleichberechtigung von Frauen und Menschen anderer  
12 Geschlechtszugehörigkeit und macht diese sichtbar. Dabei geht es auch um das  
13 grundsätzliche Ziel der Gleichberechtigung in allen gesellschaftlichen Bereichen.

14  
15 Dass die Umsetzung eines solchen Konzeptes möglich ist zeigt die Stadt Hannover. Eine  
16 Orientierung an ihrem Konzept wäre wünschenswert. Dazu werden in den meisten Fällen die  
17 Pluralformen verwendet (Bsp. Auszubildender – die Auszubildenden; Mitarbeiterinnen und  
18 Mitarbeiter – die Mitarbeitenden), bei einer Nennung beider Formen wird der „Gender-Star“  
19 benutzt (Bsp. Kolleg\*innen).

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag K3

---

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
Kasseler SPD-Fraktion  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat

Betrifft: Geschlechtergerechte Sprache in der Kasseler  
Verwaltung

angenommen                       abgelehnt                       überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Die Fraktionsmitglieder der Stadtverordnetenversammlung, sowie die sozialdemokratischen  
2 Magistratsmitglieder setzen sich für die Erarbeitung und Umsetzung eines Konzeptes für die  
3 geschlechtergerechte Sprache in der Verwaltung der Stadt Kassel ein. Dadurch sollen auch  
4 die 102 365 Frauen (Stand 2017) und alle anderen Geschlechter von der Stadt  
5 angesprochen werden.

6  
7 **Begründung:**

8  
9 Laut Artikel 3 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes sind Männer und Frauen gleichberechtigt und  
10 kein Mensch darf aufgrund des Geschlechtes benachteiligt oder bevorzugt werden. Dies ist  
11 durch die derzeitig verwendete Sprache der Verwaltung nicht gegeben. Die gendergerechte  
12 Sprache ermöglicht die Gleichberechtigung von Frauen und Menschen anderer  
13 Geschlechtszugehörigkeit und macht diese sichtbar. Dabei geht es auch um das  
14 grundsätzliche Ziel der Gleichberechtigung in allen gesellschaftlichen Bereichen.

15  
16 Dass die Umsetzung eines solchen Konzepts möglich ist, zeigt die Stadt Hannover. Eine  
17 Orientierung an ihrem Konzept wäre wünschenswert. Dazu werden in den meisten Fällen die  
18 Pluralformen verwendet (Bsp. Auszubildender – die Auszubildenden; Mitarbeiterinnen und  
19 Mitarbeiter - die Mitarbeitenden), bei einer Nennung beider Formen wird der „Gender-Star“  
20 benutzt (Bsp. Kolleg\*innen).

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag K4

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Brasselsberg  
Adressat: SPD-Kassel  
SPD-Fraktion im Kasseler Rathaus  
Betrifft: Umdenken und Handlungsnotwendigkeit in der Drogenpolitik

angenommen       abgelehnt       überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die Stadt Kassel soll sich beim Bundesamt für Betäubungsmittel (BfArM) für ein
- 2 Modellprojekt der staatlich kontrollierten und regulierten Cannabisabgabe bewerben.

#### 3 4 **Begründung:**

5  
6 Die Drogenpolitik der Bundesrepublik Deutschland ist nachweislich gescheitert, die  
7 Maßnahmen der Restriktion und Prohibition haben nach jahrzehntelanger Praxis nicht zu  
8 dem gewünschten Effekt, der Eindämmung des Drogenkonsums, geführt.

9  
10 Schätzungsweise geht man davon aus, dass es trotz der praktizierten Prohibition von  
11 Cannabis  
12 ca. vier Millionen Cannabiskonsumenten in Deutschland gibt. Nach aktueller Gesetzeslage  
13 werden diese Menschen kriminalisiert und müssen im Extremfall mit massiven und  
14 unverhältnismäßigen Maßnahmen rechnen, die ganze Existenzen an den Abgrund führen.  
15 Menschen werden aufgrund ihres Cannabiskonsums stigmatisiert, verfolgt, in  
16 Vollzugsanstalten gesperrt, oder im Falle von pädagogischen Berufen, mit einem  
17 Berufsverboten belegt.

18  
19 Diese Linie wird von unserer Bundesdrogenbeauftragten Marlene Mortler von der CSU,  
20 vehement verteidigt, trotz aktuellsten Studien und Erkenntnissen, die eine neue Einstufung  
21 von Cannabis deutlich empfehlen.

22  
23 Anzuführen ist hierbei der Schildower Kreis, ein Zusammenschluss von  
24 Strafrechtsprofessoren und Juristen, welche die Legalisierung von Cannabis einfordern, mit  
25 der Begründungen der Unverhältnismäßigkeit und dem Einbezug von wissenschaftlichen  
26 Erkenntnissen.

27 Hierbei ist im Besonderen Andreas Müller zu erwähnen, der als härtester Jugendrichter  
28 Deutschlands gilt und sich ebenfalls im Schildower Kreis und dem Deutschen Hanfverband  
29 (DHV) engagiert.

30 Zu empfehlen ist sein Buch: „Kiffen und Kriminalität“, welches die Problematik der deutschen  
31 Drogenpolitik auf präzise Weise beschreibt und aufschlüsselt.

32

33 Auch aus Kreisen der Polizei ist mit immer lauter werdender Stimme zu vernehmen, dass sie  
34 die Prohibitionspolitik als gescheitert betrachten und nach eigenen Aussagen „ für den  
35 Papierkorb arbeiten“, da ein Großteil der Anzeigen wegen geringfügiger Mengen wieder  
36 eingestellt werden müssen. Zuletzt hat der Bund der deutschen Kriminalbeamten (BDK) die  
37 Entkriminalisierung von Cannabiskonsumenten gefordert.

38 BDK- Chef André Schulz sagt dazu: „Die Prohibition ist, historisch betrachtet, willkürlich  
39 erfolgt und bis heute weder intelligent noch zielführend.“ Nach eigenen Aussagen setzt sich  
40 der BDK für eine komplette Entkriminalisierung von Cannabiskonsumenten ein.

41  
42 Weltweit gibt es ein Umdenken in der drogenpolitischen Ausrichtung westlicher Länder. So  
43 haben Kanada und Uruguay Cannabis komplett legalisiert und in den USA haben einige  
44 Bundesstaaten sehr erfolgreich die Freigabe eingeleitet.

45  
46 Auch in Europa gibt es ein Umdenken, wie Spanien mit den Cannabis Social-Clubs  
47 erfolgreich unter Beweis stellt.

48  
49 Zu den Vorteilen einer staatlich kontrollierten und regulierten Abgabe von Cannabis kann  
50 man die Trockenlegung des Schwarzmarktes und der damit verbundenen Kriminalität  
51 zählen, sowie die Installation eines präventiven Jugendschutzes, den es nach aktueller  
52 Gesetzeslage nicht gibt, sowie die Einnahme von Steuern, die in Präventionsarbeit investiert  
53 werden kann.

54 Darüber hinaus stellt man eine Versorgung der Konsumenten mit einer sauberen Droge  
55 sicher, die nicht, wie auf dem Schwarzmarkt üblich, mit Streckmitteln, wie Bleistaub,  
56 Glasstaub, oder Haarspray versetzt ist.

57  
58 Der deutsche Hanfverband (DHV) unterstützt die Städte, die sich für ein Modellprojekt  
59 bewerben. So kann man fehlendes Wissen, von fachlicher Quelle, in diesen Vorgang  
60 miteinbeziehen.

61  
62 Als Leitfaden und Orientierungshilfe ist das von den Grünen entwickelte  
63 Cannabiskontrollgesetz (CannKG) zu empfehlen, welches in kompletter und detaillierter  
64 Form ausformuliert ist und als Unterstützung ebenfalls eine Hilfe sein kann.

65  
66 Als SPD sollten wir fortschrittlich sein und uns nicht den ausschließlich ideologisch geführten  
67 Argumentationslinien der CSU anschließen, sondern uns für die Bürger, die unter der  
68 aktuellen Drogenpolitik leiden, einsetzen und somit mutig und innovativ nach vorne gehen.

69  
70 Wir, als Sozialdemokratische Partei Deutschlands, müssen wieder für gesellschaftlichen  
71 Wandel und Fortschritt stehen und sollten, bei diesem Thema Vorreiter sein, um den  
72 Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes wieder eine glaubwürdige und realitätsbezogene  
73 Politik zu präsentieren.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag K5

---

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag  
SPD-Fraktion im Kasseler Rathaus  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat  
SPD-Bundestagsabgeordneter WK 168

Betrifft: Zentrales Silvesterfeuerwerk - schöner, gesünder,  
ökologischer

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die Adressaten mögen sich für ein oder mehrere zentral organisierte, städtische Feuerwerke  
2 in der Stadt Kassel und gegen private Feuerwerke einsetzen.

3

#### 4 **Begründung:**

5

6 Jedes Jahr zum Jahreswechsel werden in Deutschland an Silvester 4500 Tonnen Feinstaub  
7 in die Luft geblasen, was in etwa 15,5% der jährlichen im Straßenverkehr abgegebenen  
8 Menge im Jahr 2016 entspricht. Die Belastung für die menschliche Gesundheit reicht von  
9 vorübergehenden Beeinträchtigungen der Atemwege bis hin zu Atemwegserkrankungen und  
10 Herz-Kreislauf-Problemen.

11

12 Neben dieser Belastung für die menschliche Gesundheit, vergeht kein Jahr in dem Presse  
13 und soziale Medien nicht über zerfetzte Hände, Verbrennungen, Augenverletzungen oder  
14 Hörschäden berichten. Durch Böller und Feuerwerkskörper werden jedes Jahr Pkw's und  
15 Hauswände beschädigt oder brennen ab.

16

17 Das Zünden von Böllern und Raketen beginnt jedes Jahr mit dem Verkaufsdatum der  
18 Feuerwerkskörper und endet mehrere Tage nach dem Jahreswechsel. Diese wahllose  
19 Knallerei führt zu einer unnötigen Stressbelastung bei Haus- und Wildtieren. Rettungs- und  
20 Einsatzkräfte wurden in den letzten Jahren vermehrt mit Feuerwerkskörpern und Böllern  
21 angegriffen. Dies birgt ein erhöhtes Gefahren- und Verletzungspotenzial für alle Beteiligten.

22

23 In vielen anderen Ländern ist die Ausrichtung eines zentralen Feuerwerks ganz normal.  
24 Auch wurde in den Niederlanden in vielen Kommunen die private Böllerei komplett beendet.  
25 In Deutschland führen immer mehr Städte ein zentrales Feuerwerk ein, und unterlassen das  
26 entzünden in der Innenstadt, allen voran Hannover, München und Nürnberg.

27

28 Ein weiterer Vorteil ist, dass die Berge von Müll, die zum Jahreswechsel bislang entstehen,  
29 sich sowohl von der Menge, als auch vom örtlichen Aufkommen auf ein Minimum  
30 einschränken lassen.



31 Ein zentral veranstaltetes Feuerwerk bietet einen erheblichen, optischen Mehrwert. Als  
32 Organisator der Feuerwerke kämen zum Beispiel die Stadt Kassel oder Zusammenschlüsse  
33 von regionalen Hotels / Gastronomien in Frage. Optisch ansprechende und gut organisierte  
34 Feuerwerke an einem ansehnlichen Ort in Kassel ziehen Touristen an, was zu höheren  
35 städtischen Einnahmen, zum Beispiel im Hotel- und Gastronomiegewerbe führen kann.

36  
37 Die Vorteile liegen auf der Hand. Ein oder mehr zentral organisierte Feuerwerke in der Stadt  
38 Kassel schonen Umwelt und Tiere. Eigene Verletzungen von Privatpersonen, Brände und  
39 Sachbeschädigungen durch unsachgemäße Handhabung, sowie Angriffe auf Einsatz- und  
40 Rettungskräfte werden minimiert. Das Müllaufkommen würde auf wenige regionale Plätze  
41 stark eingeschränkt werden. Die Stadt Kassel würde einen enormen Imagegewinn erfahren  
42 und könnte durch den zunehmenden Tourismus zusätzliche Einnahmen generieren.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag K6

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Wehlheiden

Adressat: SPD Unterbezirk Kassel Stadt  
Kasseler SPD-Stadtverordnete  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat

Betrifft: Anteil der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau in der Stadt Kassel

angenommen       abgelehnt       überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die SPD in Kassel soll sich dafür einsetzen, den Anteil der sozial gebundenen Wohnungen
- 2 in der Stadt Kassel auf einen Anteil von einem Drittel der Anzahl aller Wohnungen in der
- 3 Stadt Kassel frühestmöglich zu erhöhen und diesen Anteil dauerhaft zu halten.
- 4 Für derzeit sozial gebundene Wohnungen, die drohen, aus der Sozialbindung heraus zu
- 5 fallen, soll eine Verlängerung der Sozialbindung erreicht werden. Hier sind Gespräche mit
- 6 den Eigentümern zu führen. Soweit eine Verlängerung nicht möglich ist, sollen die aus der
- 7 Sozialbindung fallenden Wohnungen durch neu zu bauende Wohnungen in Sozialbindung
- 8 ersetzt werden, wobei diese baupolitisch vorrangig behandelt werden sollen.

9

### 10 **Begründung:**

11

12 Zunehmend knapper Wohnraum in Städten und daraus resultierend steigende Mieten  
13 machen das Thema Wohnen zu einem der sozialen Themen unserer Zeit. Nicht ohne Grund  
14 war Wohnen eines der drei Kernthemen der hessischen SPD im vergangenen  
15 Landtagswahlkampf. In Zeiten einer wachsenden Einkommensschere sollte der soziale  
16 Wohnungsbau das Mittel der Wahl sozialdemokratischer Wohnungsbaupolitik sein, um es  
17 gerade Menschen ohne (u.a. Erwerbslose, Geflüchtete) oder mit niedrigem Einkommen (u.a.  
18 Studierende, Bezieher einer niedrigen Rente) zu ermöglichen, adäquaten Wohnraum zu  
19 finden, den sie sich auch finanziell leisten können.

20 Weiterhin hat der soziale Wohnungsbau eine wohnungsmarktpolitische Komponente: als  
21 eine Art „Treibanker“ hat er eine konsolidierende Wirkung auf den Mietspiegel, welche allen  
22 Mietern zu Gute kommt.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag K7

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Wehlheiden  
Adressat: SPD-Fraktion in der Kasseler  
Stadtverordnetenversammlung  
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel  
Betrifft: Diakonie-Ticket weiterentwickeln

angenommen       abgelehnt       überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die SPD-Mitglieder in Stadtverordnetenversammlung und Magistrat sollen darauf
- 2 hinwirken, dass die Stadt Kassel und die KVG das Diakonie-Ticket zu einem echten
- 3 Sozialticket weiterentwickeln.
- 4 Die Entgelthöhe dieses Tickets darf den in den Sozialleistungen vorgesehenen
- 5 Regelbedarf für Mobilität nicht überschreiten.

6

### 7 Begründung:

8

9 Das Diakonie-Ticket wird im Jahr rund 40.000 Mal verkauft (Hess. Allgemeine vom  
10 8.12.2017). Es darf als Monatsticket von Empfänger/-innen von ALG II, Sozialgeld,  
11 Leistungen zur Grundsicherung, Leistungen aus dem AsylbLG oder Leistungen nach dem  
12 WoGG genutzt werden. 2017 kostete die günstigste Variante (9-Uhr-Ticket Stadt Kassel)  
13 36,50 Euro.

14 Damit kostete das Ticket monatlich 3,60 € mehr als Sozialleistungsempfänger/-innen<sup>1</sup> für  
15 Mobilität erhalten. Der Regelbedarf für Verkehr<sup>2</sup> lag 2017 bei lediglich 32,90 € Euro.

16

Regelbedarfsstufe 1			Diakonieticket Stadt Kassel		Differenz
gültig ab	gesamt	davon entfallen auf Abt. 7 (Verkehr)	Allg. Zeitkarte	9-Uhr-Ticket	
1.1.2017	409 € <sup>4</sup>	32,90 € <sup>3</sup>	47,50 €	36,50 €	-3,60 €

17

18

19 <sup>1</sup> Regelbedarfsstufe 1: Erwachsene Person, die in einer Wohnung lebt & für die nicht Regelbedarfsstufe 2 gilt.

20 <sup>2</sup> Bestimmt sich nach der Einkommens- und Verbraucherstichprobe Abteilung 7 (Verkehr) und umfasst den kompletten (!)  
21 Mobilitätsbedarf (Fahrrad, Nah- und Fernverkehr).

22 <sup>3</sup> § 5 I RBEG 2017: Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2013.

23 Schaal, Michaela (Freitag, 2017): Rund 40 000 fahren vergünstigt. Zahl der Nutzer des  
24 reduzierten Diakonie-Tickets hat sich um das Siebenfache erhöht. In:

25 Hessische/Niedersächsische Allgemeine, Freitag, 08.12.2017 (Hessische Allgemeine  
 26 (Kassel-Mitte)), S. 7.

27  
 28 Hintergrund:

29  
 30 Die Regelbedarfsstufe 1 beträgt:

31

Regelbedarfsstufe 1			Diakonieticket Stadt Kassel		Differenz
gültig ab	gesamt	davon entfallen auf Abt. 7 (Verkehr)	Allg. Zeitkarte	9-Uhr-Ticket	
1.7.2007	347 € <sup>4</sup>	≈ 15,71 € <sup>5</sup> (26 % der EVS) <sup>6</sup>	KS+ 43,50 € <sup>7</sup>	KS+ 32,00 €	-16,29 €
1.7.2008	351 € <sup>4</sup>	≈ 13,88 € (26 % der EVS)	KS+ 43,50 € <sup>8</sup>	KS+ 33,50 €	-19,62 €
1.7.2009	359 € <sup>4</sup>	≈ ... (26 % der EVS)	KS+ 48,00 €	-	-
1.7.2010	359 € <sup>9</sup>	≈ ... (26 % der EVS)	40,00 €	30,00 €	-
1.7.2011	364 € <sup>9</sup>	22,78 € <sup>10</sup>	40,00 €	30,00 €	-7,27 €
1.7.2012	374 € <sup>9</sup>	≈ 22,92 € <sup>11</sup>	42,50 €	32,50 €	-9,08 €
1.7.2013	382 € <sup>9</sup>	≈ 23,55 €	43,50 €	33,50 €	-8,95 €
1.7.2014	391 € <sup>9</sup>	≈ 24,05 €	44,50 €	33,50 €	-9,45 €
1.7.2015	399 € <sup>9</sup>	≈ 24,62 €	45,50 €	34,50 €	-9,88 €
1.7.2016	404 € <sup>9</sup>	≈ 25,43 €	46,50 €	35,50 €	-10,07 €
1.7.2017	409 € <sup>9</sup>	32,90 € <sup>12</sup>	47,50 €	36,50 €	-3,60 €

32

33

34 <sup>4</sup> Bekanntmachung über die Höhe der Regelleistung nach § 20 Abs. 2 Satz 1 des SGB II für die Zeit ab Spalte 1

35 <sup>5</sup> [https://www.boeckler.de/wsimit\\_2010\\_10\\_reich.pdf](https://www.boeckler.de/wsimit_2010_10_reich.pdf)

36 <sup>6</sup> § 2 RSV: 26 % der Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2003, Abteilung 7 (Verkehr)

37 <sup>7</sup> [www.ekkw.de/kassel/aktuell/archiv\\_10404.htm](http://www.ekkw.de/kassel/aktuell/archiv_10404.htm)

38 <sup>8</sup> <http://kassel-zeitung.de/cms1/index.php?archives/7802-Aus-fuer-das-Sozialticket.html>

39 <sup>9</sup> Anlage zu § 28 SGB XII

40 <sup>10</sup> § 5 I RBEG 2011: Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2008

41 <sup>11</sup> <https://harald-thome.de/fa/harald-thome/files/Ruediger-Boeker-Aufteilung-Regel-Bedarf-2011-2016.pdf>

42 <sup>12</sup> § 5 I RBEG 2017: Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2013

43

44

45

1.7.2018	416 € <sup>9</sup>	≈ 33,56 € ≈ 32,90 € +2,02 % ≈ 32,90 +0,66	48,50 €	37,50 €	-3,94 €
1.7.2019	424 € <sup>9</sup>		voraussichtlich 49,50 €	voraussichtlich 38,50 €	-

46

47 Gab wohl schon einmal Ideen in meine Richtung:

48

49 <https://www.attac-netzwerk.de/kassel/initiative-sozialticket/>

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag K8

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Oberzwehren

Adressat: SPD Kassel-Stadt  
SPD Hessen  
SPD Bund

Betrifft: Zisternen im öffentlichen Raum

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mandatsträger\*innen auf, sich dafür einzusetzen, dass  
2 bei Maßnahmen an öffentlichen Gebäuden (Erweiterung, Umbau, Neubau) die Prüfung und  
3 eventuelle Umsetzung der Anlage einer Zisterne in die Maßnahme vorgeschrieben wird.

4

#### 5 **Begründung:**

6

7 Wir alle spüren diesen für unsere Region historischen Sommer. Für viele von uns ist dieses  
8 warme und lichtreiche Wetter ein Segen; nicht aber für unsere Umwelt.

9

10 Ohne Wasser kein Leben.

11

12 Viele Tiere und Pflanzen leiden unter dem Wassermangel und den damit verbundenen  
13 Entwicklungen. Insekten finden keine Nahrung und sterben. Blüten werden nicht bestäubt,  
14 wodurch es zu hohen Ernteaufschlägen kommt und die Folgen werden u. a. höhere Preise für  
15 Lebensmittel sein.

16

17 Um natürliche Ressourcen, wie Regenwasser zu nutzen, möchten wir anstoßen, dass  
18 Zisternen im öffentlichen Raum gebaut werden, aus denen dann ortsnah und mit geringem  
19 Aufwand, auf Regenwasser von zum Beispiel Dachflächen öffentlicher Gebäude  
20 (anliegender Häuser) zurückgreifen werden kann.

21

22 Ich möchte des Weiteren auf die Berichte und Publikationen vom HLNUG und des DWD  
23 siehe unten aufmerksam machen.

24

#### 25 **Pressemitteilung Dezember 2017**

#### 26 **Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt, und Geologie**

27

28 Forschungsergebnisse Klimawandel: Trocken im Südwesten, feucht im Nordosten  
29 Deutschlands

30

#### 31 **Deutscher Wetterdienst [dwd.de](http://dwd.de)**

32 Vorläufiger Rückblick auf den Sommer 2018 - eine Bilanz extremer Wetterereignisse vom  
33 03.08.2018

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag K9

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Wehlheiden  
Adressat: SPD Stadtverordnetenfraktion Kassel  
SPD Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel  
Betrifft: Lehrschwimmbad Hupfeldschule

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Die SPD Kassel fordert SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung und Magistrat  
2 auf, den nach Meinung des Magistrates bestehenden Defiziten in der Bereitstellung von  
3 Lehrschwimmbädern entgegenzuwirken und als Beitrag dazu die Sanierung des  
4 Lehrschwimmbbeckens der Hupfeldschule aktiv voranzubringen, das 2015 geschlossen  
5 wurde. Dies soll schnellstmöglich geschehen, um die aktuell bereitstehenden Fördergelder  
6 für Schwimmbäder (SWIM) des Landes Hessen in Anspruch zu nehmen

#### 7 **Begründung:**

8  
9 In der Stadtverordnetenversammlung am 04.02.2019 wurde durch den Magistrat in der  
10 Fragestunde angemerkt, dass die Bereitstellung von Lehrschwimmbädern in Kassel defizitär  
11 sei.

12 Die hessische Landesregierung legt ein 50-Millionen-Euro-Förderprogramm auf, damit  
13 hessische Hallen- und Freibäder erhalten und modernisiert werden können. Dem  
14 Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm (SWIM) können Kommunen ab  
15 2018 eine Förderung beantragen und ihre Maßnahmen planen. Ab 2019 können dann über  
16 einen Zeitraum von fünf Jahren bestehende Bäder saniert und fit für die Zukunft gemacht  
17 oder Neubauten ermöglicht werden.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag K10

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Wehlheiden

Adressat: SPD Unterbezirk Kassel Stadt  
Kasseler SPD-Stadtverordnete  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat

Betrifft: Einführung eines qualifizierten Mietspiegels für die Stadt  
Kassel

angenommen                       abgelehnt                       überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 SPD-Fraktion und Magistrat der Stadt Kassel setzen sich dafür ein, einen qualifizierten
- 2 Mietspiegel einzuführen.

3

#### 4 **Begründung:**

5

- 6 Durch einen Mietspiegel können überzogene Mieterhöhungen bzw. Anpassungen
- 7 eingedämmt werden, da Vermieter auf diesen und nicht etwa nur auf Vergleichsmieten
- 8 beziehen können, welche sie z.B. aus anderen von ihnen vermieteten Wohnungen erzielen
- 9 (Vermieter begründen Mieterhöhung damit, dass andere Mieter diese auch zahlen).
- 10 Weiterhin hat ein qualifizierter Mietspiegel einen weiteren wichtigen Effekt: Bei der
- 11 Übernahme von Mieten durch das Sozialamt ist es eine Ermessensentscheidung des
- 12 Sachbearbeiters, ob die Miete für eine Wohnung angemessen ist. Ohne einen verbindlichen
- 13 Mietspiegel, der zum Vergleich herangezogen werden kann, hat ein betroffener Mieter keine
- 14 Basis, auf der er einer Entscheidung des Sozialamtes wirksam widersprechen könnte.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag K11

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Wehlheiden  
Adressat: SPD Unterbezirk Kassel Stadt  
Kasseler SPD-Stadtverordnete  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat  
Betrifft: Den Radverkehr in Kassel voranbringen

angenommen                       abgelehnt                       überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Empfänger\*innen: SPD-Vorstand Kassel-Stadt, SPD-Fraktion Kassel, Sozialdemokratische
- 2 Magistratsmitglieder Kassel, SPD-Landtagsabgeordneter Kassel, SPD-
- 3 Bundestagsabgeordneter Kassel
- 4
- 5 Die Kasseler SPD unterstützt die Kernforderungen des Radentscheids und begrüßt das
- 6 große Engagement der Kasseler Bürger\*innen, die sich für eine bessere Radinfrastruktur
- 7 eingesetzt haben.
- 8
- 9 Die im Radentscheid genannten Kernforderungen:
- 10 1. Planung nach aktuellem Stand der Technik,
- 11 2. Kontinuierliche Führung des Radverkehrs,
- 12 3. Sichere und komfortable Radverkehrsanlagen an Hauptverkehrsstraßen,
- 13 4. Nebenstraßen als komfortable durchgängige Routen,
- 14 5. Sichere Nebenstraßen im Umkreis von Schulen und Kindergärten,
- 15 6. Sichere Kreuzungen für Fuß- und Radverkehr,
- 16 7. Mehr Abstellanlagen für Fahrräder und
- 17 8. Kampagnen zur besseren Akzeptanz des Radverkehrs
- 18
- 19 bestärken die Zielsetzung des bereits beschlossenen Verkehrsentwicklungsplanes und des
- 20 Radverkehrskonzeptes. Sie sind nach Ansicht der SPD Kassel geeignet, die dringend
- 21 notwendige Verkehrswende in Kassel voranzubringen.
- 22 Ein wichtiger Baustein der Verkehrswende muss es sein, insbesondere die Strecken von bis
- 23 zu 5 km Länge zukünftig sicher und komfortabel mit dem Fahrrad zu bewältigen. Dies ist ein



24 erheblicher Schritt, die Klima-Emissionen durch den Verkehr in Kassel zu senken und die  
25 Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern.

26 Die Reduktion von Lärm und Schadstoffen ist der SPD Kassel wichtig. Viele Menschen in  
27 unserer Stadt sind von diesen Umweltbelastungen betroffen. Insbesondere die  
28 Anwohner\*innen der Hauptverkehrsstraßen wie Holländischen Straße, Frankfurter Straße  
29 oder Wolfhager Straße.

30

31 Die konsequente Umsetzung des Radverkehrskonzeptes und der Kernforderungen des  
32 Radentscheids würde nach Auffassung der SPD Kassel zudem positiv bei folgenden Zielen  
33 für nachhaltige Entwicklungen der Vereinten Nationen („Sustainable Development Goals“  
34 (SDGs)) wirken:

35

36 3 (Gesundheit und Wohlergehen)

37

38 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur)

39

40 10 (Weniger Ungleichheit)

41

42 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden)

43

44 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz)

45

46 Der Vorstand und unsere Mandatsträger\*innen in Fraktion, Magistrat, Land- und Bundestag  
47 sollen die Forderungen daher wohlwollend prüfen und sich für die Bereitstellung der  
48 erforderlichen zusätzlichen personellen Ressourcen und der entsprechenden Haushaltsmittel  
49 der Stadt einsetzen. Zusätzlich sollen mögliche Fördermittel des Bundes und des Landes  
50 konsequent eingeworben werden. Auch hierfür sind die erforderlichen Personalressourcen  
51 bereitzustellen.

52 Die SPD soll damit als die Partei wahrgenommen werden, die das bürgerliche Engagement  
53 stärkt, die Bevölkerung Kassels vor Schadstoffen und Unfällen schützt und die  
54 Lebensqualität in Kassel erhöht, um so Kassel als "bestes Zuhause" weiter zu stärken.

55

#### 56 **Begründung:**

57

58 Am 12.11.2018 hat das Bürgerbegehren Radentscheid 21.781 Unterschriften an die Stadt  
59 Kassel übergeben. Dies sind rund 10 % der Bevölkerung Kassels! Doch warum sollte sich  
60 die SPD die Kernforderungen des Radentscheids zu Eigen machen?

61

62 Das Fahrrad, die Umwelt und die Gesundheit

63

64 Der Aktivist und Copenhagenize-Gründer Mikael Colville-Andersen stellt in seinen Interviews  
65 heraus, wie Kopenhagen einen Fahrradanteil von 45 % erreicht hat. Dabei stellt er auf den  
66 Kosten-Nutzen-Effekt ab. Er sagt: "Berücksichtigt man die Gesundheitseffekte und den  
67 verringerten Autoverkehr, hat sich ein Kilometer besten Radwegs schon in weniger als fünf  
68 Jahren amortisiert. Für jeden Kilometer, der in Kopenhagen geradelt wird, gewinnt die  
69 Gesellschaft 23 Cent. Für jeden Autokilometer dagegen verlieren wir 85 Cent. Ein  
70 einspuriger Radweg auf einer Straßenseite kann 5.900 Menschen pro Stunde transportieren.  
71 Eine Fahrspur für Autos schafft nur 1.300, selbst wenn gerade kein Stau ist. Insgesamt  
72 tragen Kopenhagens Fahrradfahrer 233 Millionen Euro zur Volksgesundheit bei."

73  
74 In der Publikation Radverkehr in Deutschland. Zahlen, Daten, Fakten des  
75 Bundesverkehrsministeriums werden die Fähigkeiten Ausdauer, Kraft, Schnelligkeit,  
76 Koordination und Beweglichkeit als Trainingseffekte beim Radfahren hervorgehoben. Doch  
77 offensichtlich ist das nicht alles, denn der Energieverbrauch im Personenverkehr und somit  
78 auch die Immissionen und die Lärmbelastung wirken sich gesundheitsschädlich aus und  
79 können durch den Radverkehr gesenkt werden. Aber auch die Versiegelung der Fläche kann  
80 durch Fahrräder verringert werden.

81  
82 Auch so sieht ein nachhaltiger Umgang mit finanziellen Ressourcen und eine Förderung der  
83 Gesundheit der Bevölkerung und der Umwelt aus.

84  
85 Das Fahrrad, die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie

86  
87 Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie beschäftigen sich nicht erst seit heute mit dem  
88 Fahrradverkehr. Anlässlich der Gründung des Arbeiterradfahrerbundes »Solidarität« im  
89 Jahre 1896 hieß es:

90  
91 »Aufs Rad! Aufs Rad – Genossen alle!

92  
93 Frisch auf! Zum letzten heißen Streit!

94  
95 Zertrümmern helfte, was schon im Falle,

96  
97 es gilt dem neuen Geist der Zeit!

98  
99 Ein neuer Bund ist uns erstanden,

100  
101 Wir stehen treu zu seiner Fahn'

102  
103 Er pflanzt sich fort in deutschen Landen,

104  
105 bricht dem gesteckten Ziele Bahn.

106  
107 Drum schüttelt ab von Euch das Joch,

108  
109 die Freiheit lebe hoch!«

110  
111 Bei diesem und anderen Arbeitersportverbänden ging es darum, unter den Leitwerten der  
112 Gleichberechtigung und Solidarität füreinander einzustehen und einen Freiraum abseits der  
113 bürgerlichen, vaterländisch-monarchisch dominierten Verbände zu schaffen. Der mit über  
114 5.000 Ortsgruppen und etwa 350.000 Mitgliedern größte Arbeiterverein der Weimarer  
115 Republik empfahl seinen Mitgliedern eine Richtgeschwindigkeit von 15 km/h, um die Älteren  
116 und Schwächeren nicht abzuhängen. Die Schaffung dieser proletarische Freizeitkultur  
117 verhalf nicht nur vielen Menschen zur gesellschaftlichen Teilhabe, die "Rote Kavallerie" half  
118 auch in den Zeiten der Wahlagitation die Flugblätter in die entlegenen Dörfer zu  
119 transportieren.

120

121 Der Verein verstand sich zudem als Gewerkschaft aller Radfahrer in Deutschland. So hatten  
122 Verkehrserziehung, Forderungen zum Radwegebau, Widerstand gegen bürokratische  
123 Kontrollen und finanzielle Belastungen der Radler (etwa durch Fahrradkarte und -steuer)  
124 sowie gegen Benachteiligungen durch Sperrungen innerstädtischer Straßen für Radfahrer,  
125 einen großen Stellenwert im Aktivitätsspektrum der "Solidarität".  
126

127 Durch eine eigene Fabrik (1.000 Mitarbeiter) und Verkaufsstellen sollten die Arbeiter in die  
128 Lage versetzt werden sich Fahrräder leisten zu können. Denn die Fahrräder verschafften ein  
129 höheres Maß an Autonomie und für die Meisten lagen Autos weitab ihrer finanziellen  
130 Möglichkeiten. Für die Arbeiterbewegung war also die Nutzung und Förderung des  
131 Radverkehrs für alle ein ganz wesentliches Anliegen!  
132

133 Das Fahrrad und die Sozialdemokratie in Kassel  
134

135 Auch für die heutige sozialdemokratische Umwelt-, Klima- und Verkehrspolitik ist eine soziale  
136 Orientierung grundlegend. Da der Kapitalismus noch immer nicht überwunden wurde, es  
137 noch immer soziale Ungleichheiten gibt und der Klimawandel die Menschheit vor die größte  
138 Herausforderung überhaupt stellt, machen wir uns Gedanken, wie wir unser Verkehrssystem  
139 sozialorientiert umbauen können. Noch immer kann das Fahrrad für viele Menschen,  
140 insbesondere die Armen, junge und alte und die verschiedenen Geschlechter einen  
141 wesentlichen Beitrag für Freiheit und  
142 Beteiligung im Alltag leisten. Die sozial- und umweltpolitische Dimensionen und Vorzüge des  
143 Fahrradverkehrs sind der SPD Kassel somit sehr bewusst.  
144

145 Da auch viele Genoss\*innen Fahrrad fahren, es vielen in Kassel aber noch zu unattraktiv  
146 erscheint, ist es auch wenig überraschend, dass die Forderungen des Radentscheids in drei  
147 Ortsbeiräten durch die SPD (Vorderer Westen, Wilhelmshöhe, Südstadt) unterstützt und in  
148 einem (Nord-Holland) eingereicht wurden, um sich für diese soziale Verkehrswende  
149 einzusetzen!

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag K12

---

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
Kasseler SPD-Fraktion  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat

Betrifft: Lebensmittelverschwendung eindämmen

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Elf Millionen Tonnen Lebensmittel werden in Deutschland jedes Jahr weggeworfen. Die  
2 Adressaten mögen sich für eine Ausdehnung der nachfolgenden Verfahrensweise, z.B. im  
3 Rahmen einer Projektgruppe, stark machen, um die Verschwendung von Lebensmitteln  
4 weiter einzudämmen.

5

6 Punkt 1 - Zentraler Sammelpunkt

7

8 Direkt am Eingang eines Supermarktes soll ein Bereich geschaffen werden, in dem alle  
9 (schon reduzierten) Lebensmittel aufbewahrt werden, die kurz vor Ablauf des  
10 Mindesthaltbarkeitsdatums (MHD) sind. Aufzuführen sind hierbei nicht nur Lebensmittel mit  
11 einem MHD, sondern auch Obst und Gemüse, was vom Aussehen und Form nicht der  
12 Handelsnorm entspricht.

13

14 Punkt 2 - Lebensmittel spenden

15

16 Das Spenden von Lebensmitteln an die örtlichen Tafeln und karitativen Einrichtungen wird  
17 stark befürwortet. Sollten einige Lebensmittel nicht gespendet werden können, so sollten  
18 diese am Eingang des Supermarktes an die Kunden verschenkt, anstatt weggeworfen zu  
19 werden. Die Ware sollte hierbei am letzten Tag des MHD angeboten und beworben werden.

20

21 Beide Verfahrensweisen sollen in Kassel Schule machen. Die Stadt Kassel möge ein  
22 Konzept entwickeln um dieses Verfahren für die Supermärkte der Region attraktiv zu  
23 machen.

24 **Begründung:**

25

26 Zu Punkt 1:

27

28 Positiv zu bewerten ist die bereits in weiten Teilen eingeführte Preisreduzierung von  
29 Lebensmitteln, welche kurz vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) stehen.  
30 Problematisch ist, dass der Verbraucher die Reduzierung der Lebensmittel in den Regalen  
31 z.T. nicht sieht, wenn er nicht explizit nach dieser Ware sucht. Wird am Eingang des  
32 Supermarktes ein spezieller Bereich für Waren geschaffen, die kurz vor Ablauf des MHD  
33 sind, sowie solche, die nicht der Handelsnorm entsprechen, würde dies dazu führen, dass  
34 diese Ware einem größeren Personenkreis zugänglich gemacht wird und nicht im gesamten  
35 Supermarkt verteilt ist. Eine Positionierung im Eingangsbereich wäre hierbei am  
36 zielführendsten, da die Kunden die Waren sehen, bevor Sie ihren planmäßigen Einkauf  
37 tätigen. Für den Handel ergäbe sich der Vorteil von niedrigeren Entsorgungskosten und einer  
38 höheren Verwertungsquote bei den Kunden.

39

40 Bei Umsetzung dieses Punktes und zunehmender Akzeptanz der Kunden zu den Waren,  
41 welche nicht unbedingt der Handelsnorm entsprechen, müsste die Produktion diese in  
42 Zukunft nicht mehr aussortieren, wodurch ebenfalls mehr Lebensmittel verwertet und  
43 weniger weggeschmissen wird.

44

45 Zu Punkt 2:

46

47 Leider ist es so, dass es für den Handel zum Teil einfacher ist, die Lebensmittel einfach  
48 wegzuworfen, als diese wie vorgeannt zu verwerten.

49

50 Das Verschenken von Lebensmitteln durch den Einzelhandel wurde bereits getestet. Es wird  
51 auf die Studie der Universität Stuttgart "Ermittlung der weggeworfenen Lebensmittelmengen  
52 und Vorschläge zur Verminderung der Wegwerfrate bei Lebensmitteln in Deutschland",  
53 gefördert durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und  
54 Verbraucherschutz, verwiesen.

55

56 Überregionale Ketten wie Rewe oder regionale Geschäfte wie der AEZ-Markt verfolgen  
57 vorgeanntes Prinzip und bestätigen zuvor genannte Vorteile. Es erfolgt keine Reduzierung  
58 des Umsatzes. Es entstehen weniger Entsorgungskosten und beteiligte Märkte erfahren  
59 einen großen Imagegewinn.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag K13

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Altkassel-Bettenhausen

Adressat: SPD-Mitglieder des Magistrats  
SPD-Rathausfraktion

Betrifft: Energie und Klimaschutz

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

#### 1 Für die Kommunalpolitik in Kassel bedeutet das:

2

3 • Wir halten an unserem Ziel fest, mittelfristig die Energieversorgung in der Region,  
4 insbesondere in den Bereich Strom, zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu  
5 bestreiten Ich dachte, das wäre (theoretisch) schon so.

6 • Weiterer Ausbau von Wind - und Solarenergie durch die Städtischen Werke AG und  
7 die Stadtwerke Union Nordhessen (SUN)

8 • Die Stadt und die Städtischen Werke AG sowie die SUN kooperieren weiterhin mit  
9 den Bürgerenergiegenossenschaften in der Region, und bieten  
10 Beteiligungsmöglichkeiten an Windparks und Solaranlagen an und oder stellen  
11 städtische Dachflächen für Solar- und Solarthermieranlagen auf Basis von  
12 Pachtverträgen zur Verfügung

13 • Wir steigen so bald wie möglich aus der Kohleverstromung beim Kraftwerk  
14 Dennhäuser Straße aus

15 • Das beschlossene Integrierte Klimaschutzkonzept für die Stadt Kassel konsequent  
16 umzusetzen

17 • Steigerung der Stromeffizienz in den kommunalen Liegenschaften (z. B. effizientere  
18 Elektrogeräte, Leuchtmittel, Nutzungsschulungen)

19 • Ausbau der Energieeffizienzberatung für kleine und mittlere Unternehmen  
20 gemeinsam mit IHK, Handwerkskammer, Kasseler Sparkasse und Städtische Werke  
21 AG

- 22 • Nutzung der Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten und  
23 Kontrollmechanismen (zusammen mit der Schornsteinfegerinnung), damit die seit  
24 2010 geltenden Regelungen für Kaminöfen und Holzheizkessel eingehalten werden.  
25 Durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit soll auf die gesetzliche Regelung aufmerksam  
26 gemacht werden, dass Offene Kamine nur gelegentlich betrieben werden dürfen  
27 (unter Gebäudewirtschaft? - vielleicht)
- 28 • Die Stadt wendet zur Verfügung stehende rechtliche Möglichkeiten an, um die  
29 Nutzung von Kaminöfen rechtskonform zu gestalten und soweit wie möglich  
30 einzuschränken

31  
32 **Begründung:**  
33  
34 Erfolgt mündlich.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag K14

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Altkassel-Bettenhausen

Adressat: SPD-Mitglieder des Magistrats  
SPD-Rathausfraktion

Betrifft: Gebäudewirtschaft und Klimaschutz

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 **Für die Kommunalpolitik in Kassel bedeutet das:**

- 2 • Die Energieversorgung aller städtischer Gebäude wird künftig ausschließlich  
3 weitgehend durch erneuerbare Energie sichergestellt; die Verwendung fossiler  
4 Energieträger wird mittelfristig aufgegeben
- 5 • Wohnungen und andere Nutzgebäude werden energieeffizient gebaut und deren  
6 langer Erhalt durch regelmäßige Sanierungen gesichert.
- 7 • Eine stärkere Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Erhöhung der  
8 Energieeffizienz vor allem im Gebäudebereich und kommunalen Liegenschaften
- 9 • Ausweitung der integrierten Quartierskonzepte zur energetischen Sanierung auf  
10 weitere Stadtteile und Betreuung durch Sanierungsmanager
- 11 • Die Erstellung eines energetischen Mietspiegels wird geprüft

12  
13 **Begründung:**

14  
15 Erfolgt mündlich.



# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag K15

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Altkassel-Bettenhausen

Adressat: SPD-Mitglieder des Magistrats  
SPD-Rathausfraktion

Betrifft: Mobilität und Klimaschutz

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

#### 1 Für die Kommunalpolitik in Kassel bedeutet das:

2

3 • Um stadtgerechte Mobilität in Kassel zu gewährleisten, ist es notwendig, den Kfz-  
4 Anteil gerade bei innerstädtischen Fahrten mit kurzen Wegestrecken spürbar zu  
5 senken.

6 • Künftig müssen mehr Wege mit dem Fahrrad, anstatt mit dem Auto zurückgelegt  
7 werden. Für eine nachhaltige Verlagerung innerstädtischer Fahrten mit kurzen  
8 Wegstrecken ist es zwingend erforderlich, den Radverkehr in Kassel strategisch zu  
9 fördern und zusätzliche Ressourcen dafür einzusetzen.

10 • Erhöhung des Anteils des öffentlichen Verkehrs (Modal Split) durch einen weiteren  
11 Ausbau von Straßenbahnstrecken, z. B. Strecke Harleshausen über Rothenditmold

12 • Die Nutzung des ÖPNV wird attraktiver gestaltet (z. B. bessere Park+Ride-Angebote,  
13 Fahrpreisgestaltung, Verknüpfung Bike+Ride, etc.)

14 • Erhöhung Umstellung der kommunalen Fahrzeugflotte (Verwaltung, kommunale  
15 Unternehmen und Eigenbetrieben) mit auf alternative Antriebstechnik,  
16 und gesteigerte Nutzung von Diensträdern. (Welche Priorität, zu welchem Ziel?)

17 • Unterstützung des Carsharingkonzeptes (z. B. durch ausgewiesene Abstellflächen)  
18 (dazu stand etwas in den Unterlagen zum letzten Parteitag)

19 • Errichtung eines leistungsfähigen Fernbusbahnhofes mit guter Erreichbarkeit über  
20 das überregionale Fernstraßennetz und guter Anbindung an das innerstädtische  
21 ÖPNV-Netz (sollen Busunternehmen für Ansteuerung zahlen müssen?) (Anm.: Der

- 22 Fernbusbahnhof wird am alten Stadtbad Ost gebaut werden, das ist sicher)(Na, ist  
23 doch schön - da gibt es gleich etwas zum Abhaken. Das macht Freude)
- 24 • Die derzeitige Parkgebührenregelung wird beibehalten, insbesondere eine weitere  
25 Absenkung (wir haben gerade eine moderate Anpassung beschlossen) der  
26 Parkgebühren erfolgt nicht
- 27 • Innerstädtischen Plätze werden zu Begegnungsflächen mit Fuß- und  
28 Radverkehrsflächen ausgestaltet. Automobilparkflächen werden reduziert und  
29 ausschließlich den Anwohnern (pro Wohneinheit ein Parkplatz) vorbehalten (das  
30 kann man so nicht stehen lassen, die Stellplatzsatzung wird bereits jetzt flexibel  
31 angewendet.)(Müssen wir mal drüber reden; Ziel ist, kein Freiluftparken mehr für  
32 Innenstadtbesucher\*innen)
- 33 • Zusätzlich sollen pro Jahr mindestens 2.000.000 Euro zusätzlich für  
34 Radverkehrsmaßnahmen in den Haushalt eingeplant werden, die vorwiegend als  
35 städtischer Eigenanteil für spezifisch geförderte Radverkehrsprojekte verwendet  
36 werden. Ziel ist muss es sein, für den Radverkehr mindestens 7,5 Mio. Euro  
37 zusätzliche Eigen- und Fördermittel im Durchschnitt pro Jahr zur Verfügung zu  
38 stellen.
- 39 • Die Ziele des Bürgerbegehren zur Förderung des Radverkehrs im Gebiet der Stadt  
40 Kassel (Radentscheid Kassel) sollen, soweit baulich und rechtlich zulässig,  
41 umgesetzt werden. Das bedeutet u.a.,
- 42 • dass bei künftigen Straßenbauprojekten an Hauptverkehrsstraßen vorrangig vom Kfz-  
43 Verkehr baulich getrennten geschützte Radfahrstreifen vorgesehen werden
- 44 • dass bei den Planungsvarianten innerhalb von Straßenbauprojekten die Regelmaße  
45 für den Radverkehr verwendet werden
- 46 • die Radrouten im Nebenstraßennetz komfortabler und durchgängiger befahrbar zu  
47 machen und sowie den KfZ - Durchgangsverkehr zu reduzieren und zu  
48 entschleunigen
- 49 • im Umkreis von Schulen und Kindergärten die Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur  
50 durch bauliche Maßnahmen sicherer zu machen
- 51 • gemessen an den Kfz-Abstellplätzen mindestens 40% Fahrradabstellplätze im  
52 öffentlichen Raum insbesondere in der Innenstadt und an den Bahnhöfen  
53 einzurichten

- 54 • über die Stellplatzsatzung sicherzustellen, dass in gleicher Relation Radabstellplätze  
55 an Versorgungsbetrieben (insbes. Supermärkten) vorgehalten werden
- 56 • sichere und komfortable Radverkehrsanlagen (z. B. aufgeweitete  
57 Radaufstellbereiche, deutlich wahrnehmbare Radverkehrsführungen) einrichten
- 58 • dauerhafte Kampagnen für mehr Rücksichtnahme im Straßenverkehr und zur  
59 besseren Akzeptanz des Rad- und Fußverkehrs aufzulegen
- 60 • In einem Sofortprogramm Fahrrad sollen bis zum Dezember 2020:
- 61 - Bestehende Fahrradübergänge an Kreuzungen und bisherige Fahrradwege farblich  
62 deutlich gekennzeichnet werden
- 63
- 64 - Die Fahrradstraßen sollen für den Verkehr durch Kennzeichnung optisch  
65 wahrnehmbarer gemacht werden.
- 66
- 67 - Die Autofahrer\*innen sind durch eine zielgerichtete Kampagne über die Bedeutung der  
68 von Fahrradstraßen nach der StVO aufzuklären. (Was ist mit den Fahrradfahrer\*innen?  
69 Die sind sich auch nicht immer über die Bedeutung bewusst, Autos dürfen z.B.  
70 überholen)
- 71
- 72 - In das Nextbikeverleihsystem sollen Lastenfahrräder oder Lastenanhänger  
73 eingebunden werden. Die Stadt Kassel für diese Forderung Gespräche mit den  
74 Kooperationspartnern und der Nextbike GmbH führen und eigene Mittel zur Verfügung  
75 stellen. Die Bediensteten der Stadt sollen kostenfrei oder vergünstigt mit Nextbike fahren.  
76
- 77 - Es soll geprüft werden, inwiefern E-Bikes im Nextbikesystem zu einem smarten Kassel  
78 passen.(diesen "richtigen" Punkt sehe ich nicht im Sofortprogramm - er steht auch nach  
79 der Einrückung, gehört also nicht zum Sofortprogramm, ggf. schon durch dich  
80 verschoben?) wie vor ?
- 81
- 82 • Die Wohnbaugenossenschaften sollen unmittelbar aufgefordert werden, zeitnah  
83 Stellplätze für Fahrräder schaffen
- 84 • In Abstimmung mit den Lieferdiensten soll für den Einsatz von Lastenrädern,  
85 insbesondere im Innenstadtbereich, geworben und erprobt werden.
- 86 • Das Wegenetz soll nach niederländischem Vorbild an Knotenpunkten kommuniziert  
87 werden (Stadtkarte mit Knotenpunkten, Schilder mit Richtungsanzeige zu  
88 Knotenpunkten)

89

90 **Begründung:**

91

92 Erfolgt mündlich.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag K16

---

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
Kasseler SPD-Fraktion  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat  
SPD-Bundestagsabgeordneter WK 168

Betrifft: Ernährung und Klima in Kassel

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die Bundesregierung hat einen Klimaschutzplan 2050 vorgelegt, der das bestehende  
2 deutsche Klimaschutzziel 2050 und die vereinbarten Zwischenziele im Lichte der Ergebnisse  
3 der Klimaschutzkonferenz von Paris konkretisiert und mit Maßnahmen unterlegt. Ziel ist, den  
4 Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur deutlich unter 2° Celsius und die  
5 Begrenzung auf 1,5 °C zu halten. Tatsache ist aber, dass die nationalen  
6 Treibhausgasemissionen in den letzten Jahren gestiegen sind. Um die gesetzten Klimaziele  
7 zu erreichen, müssen die Zwischenziele für die Reduktion der Treibhausgase für die Jahre  
8 2030 und 2040 ambitionierter formuliert und die Zwischenziele und Sektorenziele im  
9 Klimaschutzplan gesetzlich verankert werden müssen.  
10
- 11 Ein wichtiger Aspekt bei der Erreichung der Klimaziele ist die Ernährung. Abhängig von  
12 vielen verschiedenen Faktoren gelingt Menschen eine leckere, gesunde und nachhaltige  
13 Ernährung. Viele dieser Faktoren sind durch die Gesellschaft und Politik beeinflusst. Die  
14 Politik muss sich folglich überlegen, wo sie sich zurückziehen will um den Individuen und  
15 dem Markt das Feld zu überlassen und wo sie steuernd eingreifen muss. Häufig müssen wir  
16 feststellen, dass einerseits die Verbraucher\*innen nicht die Mittel für eine leckere, gesunde  
17 und nachhaltige Ernährung haben oder von der Auswahl überfordert sind und der Markt  
18 andererseits weit davon entfernt ist die besten langfristigen Entscheidungen für Menschen zu  
19 treffen. Zudem darf sich der Staat einerseits nicht selbst überfordern und andererseits nicht  
20 den Eindruck vermitteln, er würde die Menschen bevormunden.  
21
- 22 Auch der Agrarsektor und die Landwirtschaft muss ihren Beitrag zur Reduzierung von  
23 Treibhausgasemissionen leisten. Das bedeutet in erster Linie, dass die Emissionen aus der

24 Tierhaltung reduziert werden müssen, hierzu bedarf es vor allem klar kommunizierte und  
25 messbare Reduktionsziele bei der Tierproduktion. Die offensive Exportstrategie von  
26 tierischen Produkten ist unmittelbar zu beenden. Der ökologische Landbau ist so zu fördern,  
27 dass bis 2030 mindestens ein Anteil von 20 % Ökolandbau an der landwirtschaftlichen  
28 Nutzfläche erreicht wird. Das bedeutet auch eine Neuausrichtung der gemeinsamen EU-  
29 Agrarpolitik. Durch Förderprogramme sollen Grünlandflächen gesichert und möglichst  
30 ausgedehnt werden.

31

### 32 **Für die Kommunalpolitik in Kassel bedeutet das:**

33

34 Während kommunale Ernährungspolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein unumgängliches  
35 Feld politischen Handelns war, erinnert sei an den Betrieb von kommunalen Schlachthöfen  
36 zur Verbesserung der hygienischen Bedingungen in der Stadt, aber auch die Tierproduktion  
37 in der Stadt, sowie die Schrebergärten der Arbeiter\*innen die ihnen häufig dabei halfen die  
38 Lebensunterhaltungskosten niedrig zu halten, geriet diese zwischenzeitig häufig und  
39 vermehrt aus dem Blickfeld politischer Akteure. Heute haben wir guten Grund von einer  
40 neuen und starken kommunalpolitischen Steuerung auszugehen.

41

42 In den unmittelbaren Blick gerät die mit kommunalen Mitteln finanzierte  
43 Gemeinschaftsverpflegung (Kindertagesstätten, Schulen, Pflegeheime, Krankenhäuser und  
44 Kantinen, sowie darin und auch darüberhinausgehend die Versorgung des durch die  
45 wachsende soziale Ungleichheit finanziell abgehängten Teils der Bevölkerung sowie die  
46 Bedeutung der Tafeln. Weiterhin spielen die Vermeidung von ernährungsbedingten  
47 Krankheiten und die Unterstützung der Rehabilitation eine wesentliche Rolle. In Zeiten von  
48 Umwelt- und Klimakrise ist die Nachhaltigkeit der Verpflegung der Bevölkerung ein weiterer  
49 natürlicher Schwerpunkt dieses politischen Feldes. Von höchster Relevanz ist die  
50 kommunale Ernährungspolitik für den progressiven Tierschutz auf kommunaler Ebene. Noch  
51 vor Zirkus, Zoo, Haustieren und Wildtieren fällt die Gewalt an Tieren in der Produktion der  
52 Ernährungsangebote an. Mitzudenken sind in Zeiten der Distinktion durch Lebensmittel  
53 ferner die Themen Wirtschaftsförderung (Regional) sowie die Wahrnehmung der Bedeutung  
54 der Ernährung durch den Tourismus.

55

56 Zusammengefasst lässt sich somit sagen, dass die Themen Soziales, Gesundheit,  
57 Nachhaltigkeit und Tierschutz im Zentrum kommunaler sozialdemokratischer  
58 Ernährungspolitik stehen und die Wirtschafts- und Tourismuspolitik einen weiteren, äußeren  
59 Kreis, um diese ziehen.

60 Wir sehen weiterhin die Überschneidungen mit weiteren politischen Bereichen wie etwa der  
61 Stadt- und Verkehrsplanung, wenn es etwa um die Wohnbebauung über Supermärkten

62 sowie die Bedeutung des Transports von Lebensmitteln vom Einkaufsort zur Wohnung für  
63 die Gesamtproduktemissionen geht.

64

65 Die Sozialdemokratie muss zudem insbesondere die demokratischen Akteure vor Ort und  
66 ihre Aktivitäten wahr- und ernstnehmen und mit diesen zusammenarbeiten. In vielen Städten  
67 gibt es etwa Initiativen zu Ernährungsräten, Essbare Städte und Stadtgärten. Aber auch die  
68 Bedeutung der Schrebergärten kann gerne wieder in den Blick genommen werden. Die  
69 Gewerkschaft Nahrung- Genuss-Gaststätten (NGG) ist der natürliche Verbündete der  
70 Sozialdemokratie. Der Gewerbebetrieb sowie der Deutscher Hotel- und Gaststättenverband  
71 (DEHOGA) werden als relevante Akteure und mögliche Multiplikator\*innen wahrgenommen.  
72 Die SPD will Benachteiligungen beenden und setzt sich für den Erhalt der natürlichen  
73 Lebensgrundlagen ein. Sie ist nicht die Partei der freiwilligen Verbindlichkeit!

74

75 Nach dem Fachtag "Wirsing|Walnuss|Weckwerk -Wie is(s)t die Stadt der Zukunft?". am 6.  
76 November 2015 ([http://wwwsvc2.stadt-kassel.de/imperia/md/images/cms04-  
77 miniwebs/zukunft/2016-02\\_dokumentation\\_fachtag\\_walnuss\\_wirsing\\_weckwerk.pdf](http://wwwsvc2.stadt-kassel.de/imperia/md/images/cms04-miniwebs/zukunft/2016-02_dokumentation_fachtag_walnuss_wirsing_weckwerk.pdf)) wollen  
78 wir jetzt endlich ernst machen mit einer progressiven Ernährungspolitik in Kassel!

79

80 Für Kassel fordern wir:

81

- 82 • Wir wollen in den städtisch betriebenen oder finanzierten Einrichtungen, leckere,  
83 gesunde und nachhaltige Angebote für alle schaffen.
- 84 • Ab vier Menülinien soll es täglich mindestens ein veganes Angebot geben, bei drei  
85 und weniger Menülinien sollen mehrmals wöchentlich vegane Angebote geschaffen  
86 werden.
- 87 • In den städtischen Einrichtungen mit Speiseangebot werden künftig vermehrt Speisen  
88 und Produkte angeboten, die aus biologischem und regionalem Anbau hergestellt  
89 wurden. Ziel ist eine Quote 10 % über dem Bundesschnitt.
- 90 • Wir wollen die Verbraucher\*innenbildung in Hinblick auf den Umgang sowie  
91 Zubereitung von Lebensmittel durch Kurse an der Volkshochschule, in den  
92 Kindertagesstätten, Schulen und Einrichtungen des Jugendamtes stärken.
- 93 • Kinder- und Jugendliche, die die Einrichtungen des Jugendamtes besuchen sollen  
94 regelmäßig mit den Mitarbeiter\*innen kochen und essen können.
- 95 • Bei den Bringdiensten und der Gastronomie wollen wir für gute Arbeitsbedingungen  
96 sorgen.
- 97 • Kassel veröffentlicht nach § 40 Abs. 1a LFGB und analog zu Wiesbaden, wenn  
98 Betriebe gegen Grenzwertregelungen und allen sonstigen Vorschriften im  
99 Anwendungsbereich des Gesetzes, die dem Schutz der Verbraucherinnen und

- 100 Verbraucher vor Gesundheitsgefährdungen oder vor Täuschung oder der Einhaltung  
101 hygienischer Anforderungen verstoßen.
- 102 • Beim Lebensmitteleinzelhandel (LEH) wollen wir nachhaltige Transportwege der  
103 Konsument\*innen unterstützen und gegenüber dem LEH wo immer möglich  
104 einfordern (z.B. attraktive Fahrradparkplätze).
  - 105 • Wir wollen die Prävention, insbesondere des Alkoholkonsums, weiter voranbringen.
  - 106 • Solange es keinen Ernährungsrat Kassel mit Beteiligung der Verwaltung gibt, soll  
107 diese mit einem Forum Ernährungspolitik eine konstruktive Austauschplattform für  
108 Zivilgesellschaft (nahhaft.de, Greenpeace, BUND, DRK, Essbare-Stadt, ProVeg,  
109 Albert-Schweitzer-Stiftung) , Bürger\*innen und Gewerbetreibende zur Verfügung  
110 stellen.
  - 111 • Mittelfristig soll Kassel einen Ernährungsrat bekommen. Dessen Ausgestaltung soll  
112 durch das Forum Ernährungspolitik und die Stadtverordnetenversammlung festgelegt  
113 werden.
  - 114 • Die im aktuellen Koalitionsvertrag bereits genannte urbane Landwirtschaft soll weiter  
115 gefördert werden.
  - 116 • Die GWG soll Flächen für den Lebensmittelanbau bei neuen Projekten  
117 einzubeziehen.
  - 118 • Über Steuern und Gebühren sollen Anreize geschaffen werden die Dächer zu  
119 bewirtschaften.
  - 120 • Wir wollen Aquaponiksysteme in Kassel verhindern.
  - 121 • Nachdem bereits Köln, Frankfurt und Berlin den „Urban Food Policy Pact“  
122 unterzeichnet haben prüft auch die Stadt Kassel die Unterzeichnung des Pakts. Der  
123 Pakt würde die Stadt Kassel zu Anstrengungen hin zu einem nachhaltigen  
124 kommunalen Ernährungssystem verpflichten.
  - 125 • Veranstaltungen und Feste der Stadt Kassel sollen zukünftig vorbildhaft im Hinblick  
126 auf Ressourcen (u.a. Verpackungen) und Ernährungsangebot durchgeführt werden.
  - 127 • Bei zukünftigen Änderungen bei Schrebergärten sind die Bedürfnisse nach  
128 Wohnraum, Erholungsraum und Biodiversität gegeneinander abzuwägen.

129

130 **Begründung:**

131

132 Erfolgt mündlich.



# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag O1

---

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag  
SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt

Betrifft: Diskussionskultur einladender gestalten

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern den Unterbezirksvorstand dazu auf, einen Vorschlag für eine Geschäftsordnung
- 2 für den Unterbezirksausschuss zu entwickeln, der sowohl eine Redezeitbegrenzung von drei
- 3 Minuten, als auch eine quotierte Erstredeliste beinhaltet.

4

#### 5 **Begründung:**

6

- 7 Diese zusätzlichen Gesprächsregeln sollen es allen erleichtern sich in Diskussionen  
8 einzubringen. Häufig verhindern zu lange Redebeiträge, dass alle gehört werden oder  
9 schrecken davon ab, sich zu melden. Außerdem soll es Frauen erleichtert werden sich zu  
10 Wort zu melden, da unsere Debatten immer noch männlich dominiert sind und so ein  
11 Gleichgewicht geschaffen werden kann.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag O2

---

Antragsteller: AG 60 plus

Adressat: SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt

Betrifft: Diskussionskultur einladender gestalten

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern den Unterbezirksvorstand dazu auf, einen Vorschlag für eine
- 2 Geschäftsordnung für den Unterbezirksausschuss zu entwickeln, die sowohl eine
- 3 Redezeitbegrenzung von 3 min, als auch eine quotierte Erstredeliste beinhaltet.

4

#### 5 **Begründung:**

6

- 7 Diese zusätzlichen Gesprächsregeln sollen es allen erleichtern sich in Diskussionen
- 8 einzubringen. Häufig verhindern zu lange Redebeiträge, dass alle gehört werden oder
- 9 schrecken davon ab, sich zu melden. Außerdem soll es Frauen erleichtert werden sich zu
- 10 Wort zu melden, da unsere Debatten immer noch männlich dominant sind und so ein
- 11 Gleichgewicht geschaffen werden kann.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag O3

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Wehlheiden  
Adressat: SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt  
Betrifft: Diskussionskultur einladender gestalten

angenommen       abgelehnt       überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern den Unterbezirksvorstand dazu auf, einen Vorschlag für eine Geschäftsordnung
- 2 für den Unterbezirksausschuss zu entwickeln, die sowohl eine Redezeitbegrenzung von drei
- 3 Minuten als auch eine quotierte Erstredeliste beinhaltet.

4

#### 5 **Begründung:**

6

- 7 Diese zusätzlichen Gesprächsregeln sollen es allen erleichtern, sich in Diskussionen
- 8 einzubringen. Häufig verhindern zu lange Redebeiträge, dass alle gehört werden oder
- 9 schrecken davon ab, sich zu melden. Außerdem soll es Frauen erleichtert werden, sich zu
- 10 Wort zu melden, da unsere Debatten immer noch männlich dominiert sind und so ein
- 11 Gleichgewicht geschaffen werden kann.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag O4

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Holland

Adressat: SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt

Betrifft: Diskussionskultur einladender gestalten

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir bitten den Unterbezirksvorstand in die Geschäftsordnung für die kommenden
- 2 ordentlichen Unterbezirksparteitage eine quotierte Erstredner\*innenliste aufzunehmen, bei
- 3 der Wortmeldungen von weiblichen und männlichen Redner\*innen abwechselnd das Wort
- 4 erteilt wird, auch wenn das nicht der chronologischen Reihenfolge entspricht.
- 5 Zusätzlich fordern wir den Unterbezirksvorstand auf, eine Geschäftsordnung für den
- 6 Unterbezirksausschuss zu entwickeln, die sowohl eine Redezeitbegrenzung von 3 min, als
- 7 auch eine quotierte Erstredner\*innenliste beinhaltet.

8

### Begründung:

9

10

11

12

13

14

15

Diese zusätzlichen Gesprächsregeln sollen es allen erleichtern sich in Diskussionen einzubringen. Häufig verhindern zu lange Redebeiträge, dass alle gehört werden oder schrecken davon ab, sich zu melden. Außerdem soll es Frauen erleichtert werden sich zu Wort zu melden, da unsere Debatten immer noch männlich dominiert sind und so ein Gleichgewicht geschaffen werden kann.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag O5

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Wehlheiden  
Adressat: SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt  
Betrifft: UBAs langfristig terminieren

angenommen       abgelehnt       überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die SPD Kassel fordert den Unterbezirksvorstand (UBV) auf, spätestens zum 15. Mai 2019
- 2 die Termine der Unterbezirksausschüsse (UBA) für die nächsten zwei Jahre zu terminieren.
- 3 Ziel ist es, die inhaltliche Arbeit sowie die Vernetzung der Ortsvereine durch den UBA als
- 4 höchstem beschlussfassenden Gremium des Unterbezirks in einem höheren Maße als
- 5 bisher zu gewährleisten.

6

### 7 **Begründung:**

8

- 9 Statt die programmatische Linie der Ex-Regierungen H. Schmidt und G. Schröder Die
- 10 Anwesenheit stimmberechtigter Mitglieder im UBA ist zu vielen Terminen der letzten Jahre
- 11 desolat gewesen. Dies betrifft sowohl die von den Ortsvereinen gewählten Mitglieder, die
- 12 direkt gewählten acht Vertreter sowie die Mitglieder des UBVs.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag O6

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Holland

Adressat: SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt

Betrifft: Sachstandsbericht Parteierneuerungsprozess

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern den Unterbezirksvorstand auf, auf der nächsten Sitzung des
- 2 Unterbezirksausschusses einen Sachstandsbericht zum Parteierneuerungsprozess auf
- 3 Unterbezirksebene zu geben. Grundlage ist die Beschlusslage des Unterbezirksparteitags
- 4 2018.

5

6 **Begründung:**

7

8 Erfolgt mündlich.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag O7

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Altkassel-Bettenhausen

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag  
SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt

Betrifft: Für mehr Ideen in der Öffentlichkeitsarbeit

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Der Unterbezirksvorstand richtet einen Arbeitskreis für den Bereich der Social-Media und  
2 Öffentlichkeitsarbeit ein. Der Arbeitskreis erarbeitet Strategien, Ziele und bespricht Ideen für  
3 die Öffentlichkeitsarbeit der SPD Kassel – Stadt.

4

5 Der Arbeitskreis übernimmt nicht die Leitung der Kanäle, sondern bündelt Ideen für die  
6 weitere Anwendung. Der Arbeitskreis ist nicht nur von Mitgliedern des  
7 Unterbezirksvorstandes zu besetzen.

8

### 9 **Begründung:**

10

11 Unterschiedliche Medien und Plattformen zu bespielen ist ein wichtiger Bestandteil der  
12 politischen Arbeit. Um Ideen zu sammeln und umsetzen zu können, braucht es einen  
13 geeigneten Rahmen. In einem Arbeitskreis können Ideen gesammelt, Strategien entwickelt  
14 und eine große Bandbreite an Expertise genutzt werden.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag O8

---

Antragsteller: Jusus

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag  
SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt

Betrifft: Zeitliche Begrenzung von Grußworten

angenommen       abgelehnt       überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Der Unterbezirksvorstand wird dazu aufgefordert, bei kommenden ordentlichen und  
2 außerordentlichen Unterbezirksparteitagen die Dauer der einleitenden Worte des  
3 Unterbezirksvorsitzenden sowie aller weiteren Grußworte auf jeweils 10 Minuten zu  
4 begrenzen. Die Einhaltung ist durch das Präsidium sicherzustellen.

5  
6 **Begründung:**

7  
8 Die einleitenden Worte bei einem Unterbezirksparteitag sollten genau dies sein, eine kurze  
9 Ansprache zur Begrüßung der teilnehmenden Genossinnen und Genossen. Diese können  
10 dafür genutzt werden, den Parteitag auf aktuelle Themen einzustimmen, organisatorisches  
11 klarzustellen oder die Motivation und Stimmung der Anwesenden anzufachen.

12  
13 Jedoch sollte die Arbeit des Parteitages in Anträgen und Wahlen nicht durch lange oder  
14 thematisch ausschweifende Grußworte gemindert werden. Diese hatten jedoch bei allen  
15 vergangenen Parteitagen einen erheblichen Anteil an der Gesamtdauer der Veranstaltungen.

16  
17 Es wurden immer wieder Lösungen gesucht, um möglichst alle Anträge vor Ende des  
18 Parteitages zu behandeln und einen Beschluss darüber zu fassen sowie die nötigen Wahlen  
19 abzuhalten.

20  
21 Um die Zusammenarbeit auf den Parteitagen weiter zu verbessern, sollte daher die Redezeit  
22 der Begrüßung sowie weiterer Grußworte auf jeweils 10 Minuten beschränkt werden.



# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag O9

---

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Bundesparteitag  
Juso-Bezirkskonferenz  
Juso-Bundeskongress

Betrifft: Öffnung der innerparteilichen Demokratie

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Wir fordern ein Rotationsprinzip bei der Aufstellung der Delegierten zu Bundesparteitagen  
2 sowie die Öffnung von Parteikonventen.

3

4 Das bedeutet im Einzelnen, dass diejenigen Genoss\*innen, die bereits zwei Wahlperioden  
5 hintereinander gewählt wurden, für die nächsten zwei Wahlen aussetzen müssen.

6

7 Außerdem fordern wir zusätzlich eine Quotenregelung, dass nur bis zu 50% der Delegierten  
8 Landtags, Bundestags- und Europaabgeordnete sein dürfen.

9

### 10 **Begründung:**

11

12 Ein Rotationsprinzip führt dazu, das mehr Leute die Chance bekommen an  
13 Bundesparteitagen als Delegierte teilnehmen zu können.

14

15 Eine Erneuerung sollte zwar in erster Linie inhaltlicher Natur sein, sollte aber auch beim  
16 Personal ansetzen.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag O10

---

Antragsteller: Jusos

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Landesparteitag  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Landtagsfraktion  
SPD-Bundestagsfraktion  
S&D-Fraktion  
Juso-Bezirkskonferenz  
Juso-Bundeskongress

Betrifft: Paritätische Wahllisten

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Wir fordern die Wahlgesetze so zu ändern, dass die Wahllisten aller Parteien auf  
2 kommunaler Ebene, auf Landes-, Bundes- und Europaebene paritätisch besetzt werden  
3 müssen.

#### 4 5 **Begründung:**

6  
7 Seit Jahren nimmt die Diskussion über die anhaltende Unterrepräsentanz von  
8 Parlamentarierinnen und ein immer noch fehlendes paritätisches Wahlrecht in Deutschland  
9 immer stärker zu – insb. unter Juristinnen. Sie halten aufgrund eigener Sachkompetenz die  
10 herrschenden Verhältnisse in den Parlamenten für verfassungswidrig, weil die weibliche  
11 Bevölkerungsmehrheit mit ihren Perspektiven und Interessen nicht angemessen in den  
12 Parlamenten repräsentiert und „gespiegelt“ wird. Daher fehle der Mehrheit des Volkes (51%  
13 Frauen) die Möglichkeit, auf staatliche Entscheidungen „effektiv Einfluss“ zu nehmen. Hier  
14 zeigt sich ein verfassungsrechtliches Problem. Denn die „effektive Einflussnahme“ des  
15 (Wahl-)Volkes ist laut BVerfG erforderlich, um die demokratische Legitimation zwischen  
16 Bürgerinnen, Bürgern und Staatsgewalt zu vermitteln – anderenfalls fehlt den Herrschenden  
17 die demokratische Legitimation. 1 Die Parité-Diskussion (Parität; Gleichheit) ist nicht neu, sie  
18 ist mindestens so alt wie die Bundesrepublik Deutschland – seit Dr. Elisabeth Selbert (SPD)  
19 für das Grundrecht der Gleichberechtigung von Frauen und Männern 1948/49 im  
20 Parlamentarischen Rat stritt, dem fast nur Männer angehörten, die über die  
21 Gleichberechtigung von Frauen befinden und Art. 3 Abs. 2 GG vereiteln wollten. Sie  
22 schafften es nicht, weil sich die „einfachen Frauen“ im Nachkriegsdeutschland ihnen  
23 entgegenstellten und gleichberechtigte gesellschaftspolitische Mitsprache in der  
24 Lebenswirklichkeit einforderten. Daher zielte Art. 3 Abs. 2 GG von Anfang an gerade auch  
25 auf Sicherung der gleichberechtigten politischen Teilhabe aller Frauen in der neuen  
26 parlamentarischen Demokratie. Diese fehlt bis heute. Daher sehen zahlreiche Juristinnen  
27 und auch Juristen nun die Gesetzgebung in der Pflicht, ein paritätisches Wahlrecht zu

28 schaffen. Denn: Ohne gleichberechtigte Parlamente keine gleichberechtigte Gesetzgebung –  
29 und keine gleichberechtigte Gesellschaft. Gesetzliche Paritéregelungen gelten bereits in acht  
30 EU-Mitgliedstaaten: Frankreich, Irland, Belgien, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien und  
31 Griechenland.<sup>2</sup> Vorbildfunktion kommt nicht nur aus Sicht der EU-Kommission dem  
32 französischen Parité-Gesetz zu. Bayerische Juristinnen wollen nun selbst tätig werden, um  
33 Parité-Veränderungen bewusst anzustoßen. Im März 2014 gründeten sie in München das  
34 „Aktionsbündnis Parité in den Parlamenten“, das nicht nur das Wahlrecht in Bayern für  
35 reformbedürftig hält. Das Aktionsbündnis plant für 2016 eine Popularklage vor dem  
36 Bayerischen Verfassungsgerichtshof, um das nicht-paritätische Wahlrecht im Freistaat auf  
37 seine Verfassungsmäßigkeit überprüfen zu lassen.<sup>3</sup> Davon könnte eine Signalwirkung für  
38 das ganze Bundesgebiet ausgehen. „Parité in den Parlamenten“ gehört angesichts der  
39 bevorstehenden Landtagswahlen 2016 in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Berlin,  
40 Mecklenburg-Vorpommern und Baden Württemberg sowie der Bundestagswahl 2017 auf die  
41 rechtspolitische Agenda – on top!

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag O11

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Holland

Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
Hessische Mitglieder des SPD Bundesvorstandes  
SPD-Bundesparteitag

Betrifft: Urwahl der Kanzlerkandidat\*in

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern:
- 2 Es findet eine Urwahl zur Findung der nächsten sozialdemokratischen Kanzlerkandidat\*in
- 3 statt.
- 4
- 5 **Begründung:**
- 6
- 7 Erfolgt mündlich.

# Mitgliederversammlung am 6. April 2019

## Antrag O12

---

Antragsteller: SPD-Ortsverein Wehlheiden

Adressat: SPD Bezirkspartei  
SPD Landesparteitag  
SPD Bundesparteitag

Betrifft: Kasseler Manifest

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Der SPD Unterbezirksparteitag, Stadt Kassel, am 6. April 2019 möge folgende Grundsätze  
2 und Thesen beschließen:

3

4 **I.**

5 Die SPD war und ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit!

6 Soziale Gerechtigkeit bedeutet:

7

8 - das Ermöglichen einer gleichberechtigten Teilhabe von Kindern und Erwachsenen  
9 an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Prozessen und Entwicklungen  
10 unabhängig vom persönlichen Einkommen.

11 Der Staat muss seine Bürger und Bürgerinnen vor strukturell bedingten Notlagen  
12 schützen und bei biografischen Bruchstellen Hilfsangebote machen, um seinen  
13 Bürgern und Bürgerinnen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen  
14 Leben zu ermöglichen. Dies ermöglicht soziale Sicherheit und damit sozialen  
15 Frieden.

16

17 Die Herstellung und Aufrechterhaltung sozialer Gerechtigkeit bedeutet dabei auch direkt den  
18 Schutz von Demokratie und Rechtsstaat.

19

20 **II.**

21 Weltweit und auch in Deutschland werden die Reichen immer reicher und die Armen immer  
22 ärmer und die Mittelschicht verliert strukturell betrachtet an Einfluss, denn auf einen Beitrag  
23 der Mittelschicht zur wirtschaftlichen Wertschöpfung können die Reichen zunehmend  
24 verzichten; wenn nämlich die Mittelschicht wirtschaftlich durch Digitalisierung, künstliche  
25 Intelligenz und immer weitergehende voll automatisierte Produktionsprozesse zunehmend  
26 entbehrlich wird und damit wirtschaftlich und politisch an Bedeutung verliert.

27

28 Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit ist daher alles andere als überholt und muss heute und  
29 zukünftig mehr denn je zum Ziel haben, diejenigen die strukturell gesehen keine oder nur  
30 eine schwächere wirtschaftliche Bedeutung haben, dennoch zu gesellschaftlicher Teilhabe  
31 und politischer Teilhabe an der Macht zu befähigen.

32

33 Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit ist in diesem Zusammenhang auch ein Einsatz zur  
34 Bewahrung von Demokratie und Rechtsstaat, denn wie nie zuvor ermöglicht der sogenannte  
35 technische Fortschritt potenziell heute schon eine totalitäre Kontrolle aller Lebensbereiche  
36 und spielt damit antidemokratischen und autoritären Strömungen in die Hände.

37 Wir leben in einer Zeit, in der die dunkelsten Visionen einer totalitären Zukunft sich als  
38 gefährliche Alternativen einer gesellschaftlichen Entwicklung am Horizont immer klarer  
39 abzuzeichnen beginnen.

40 Regelbrecher wie Trump, Putin und Orbán weisen unter dem Applaus ihrer willigen  
41 Helfershelfer in allen Teilen der Welt den Weg in diese Richtung.

42

43 **III.**

#### 44 **Kasseler Manifest**

45

46 Die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit setzt sich daher ein für:

47

48 1. Eine Verminderung der ungleichen Vermögens- und Einkommensverhältnisse in  
49 Deutschland durch eine angemessene Besteuerung von großen Vermögen und  
50 Erbschaften

51

52 2. Für eine faire Verteilung der Steuerlast gemessen am tatsächlichen Gewinn von  
53 Personen und Unternehmen bei gleichzeitiger effektiver Bekämpfung von  
54 Steuervermeidung und Wirtschaftskriminalität.

55

- 56 3. Für die Einführung von Steuern und Sozialversicherungsabgaben auf Gewinne die  
57 durch spezialisierte, automatisierte Dienstleitungen und Produktionsprozesse  
58 generiert werden  
59
- 60 4. Für den Ausgleich von Nachteilen die durch Strukturwandel in industriellen  
61 Fertigungsprozessen und durch die flächendeckende Einführung der Digitalisierung  
62 im Rahmen einer globalisierten Wirtschaft für die Bevölkerung entstehen können  
63
- 64 5. Für die Aufhebung von Nachteilen insbesondere für Kinder aus  
65 einkommensschwachen oder Transferleistungen beziehenden Familien  
66
- 67 6. Für die Schaffung der strukturellen Rahmenbedingungen, die es auch Bürgerinnen  
68 und Bürgern mit niedrigem Einkommen ermöglichen, zu erschwinglichen Mieten in  
69 guten städtischen Lagen eine Wohnung zu finden.  
70
- 71 7. Für eine faire und angemessene materielle Würdigung einer langen  
72 Erwerbsbiographie auch wenn diese wesentlich durch ein niedriges Einkommen  
73 geprägt war  
74
- 75 8. Für einen umfassenden auch kollektiven Schutz der Bürgerinnen und Bürger als  
76 Verbraucher vor den übervorteilenden und betrügerischen Machenschaften und  
77 Geschäftsmodellen lediglich an Profit ausgerichteter internationaler und nationaler  
78 Konzerne und Wirtschaftsunternehmen  
79
- 80 9. Für eine Stärkung und Sicherung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf  
81 nationaler und europäischer Ebene  
82
- 83 10. Für einen umfassenden auch kollektiven Schutz der Meinungsfreiheit und der  
84 politischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger, vor manipulativer Ausnutzung  
85 der über das Internet und die Sozialen Netzwerke zur Verfügung stehenden BIG  
86 DATA  
87
- 88 11. Für die Kontrolle und Transparenz von Lobbying durch Wirtschaftsunternehmen,  
89 Verbände und sonstige Interessengruppen und Einzelpersonen  
90
- 91 12. Für eine tatsächliche Steuerung des Staates durch die gewählte Regierung selbst,  
92 nicht durch anonyme Berater und Beraterinnen.  
93

94 13. Für die Stärkung demokratischer Prozesse, transparenter Strukturen und  
95 transparenter inhaltlicher und personeller Entscheidungsfindung innerhalb unserer  
96 Partei

97

98 14. Für eine effektive Bekämpfung der Ursachen und Folgen der weltweiten  
99 Klimakatastrophe, insbesondere soweit diese auch soziale Konsequenzen für  
100 Deutschland hat.

101

102 15. Für die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements im Interesse einer  
103 solidarischen, kreativen Entwicklung der Gesellschaft.

104

105 Für jeden Mandatsträger und jede Mandatsträgerin oder den Inhaber oder die Inhaberin  
106 eines Parteiambtes in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist die Orientierung des  
107 eigen politischen Handelns an den obengenannten Inhaltspunkten verpflichtend und muss  
108 sich daran messen lassen.

109

110 **Begründung:**

111

112 Erfolgt mündlich.